

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Politische Ökonomie von El Buen Vivir / Das Gute Leben

Potenzial und Grenzen einer Alternative zur wirtschaftlichen „Entwicklung“ in
Ecuador

Verfasserin

Emily Amann BSc

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Dr. Johannes Jäger

"Die Wirtschaft kann nur so gerecht sein wie das kulturelle Wertsystem, als dessen Teil sie sich fühlt."

Daniel Bell (1919-2011)

Für meine Eltern

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	ii
Abbildungsverzeichnis	iv
Tabellenverzeichnis	iv
1. Einleitung	1
1.1 Forschungsfrage	3
1.2 Theoretischer Rahmen und Vorgangsweise	4
2. Vom Kritischen Realismus zur Politischen Ökonomie	6
2.1 Ontologie, Epistemologie und Methode des Kritischen Realismus	6
2.2 Politische Ökonomie – Regulationstheorie	8
2.3 Staats- und Hegemonietheoretische Erweiterung der Regulationstheorie	13
2.4 Staatlichkeit in der Peripherie	18
3. Politökonomische Entwicklung Ecuadors (1830-2006)	23
3.1 Die Entstehungsphase nach der Unabhängigkeit (1830-1859)	25
3.2 Konsolidierungsphase des Staates und exportorientierte Akkumulation (Kakao) (1860-1924)	27
3.3 Kakaokrise und Neuorientierung (1925-1948)	29
3.4 Exportorientierte Akkumulation (Bananen, Erdöl) und später Versuch einer Importsubstituierenden Industrialisierung (ca. 1948-1979)	32
3.5 Die Neoliberale Strukturanpassung und der Weg zu einem gegen-hegemonialem Projekt (1980-2006)	42
4. Buen Vivir: Eine Alternative zu (wirtschaftlicher) Entwicklung?	53
4.1 Ursprung und zentrale Aspekte des Buen Vivir	54
4.2 Widersprüche zum westlichen Weltbild und dem konventionellem „Entwicklungsbegriff“	56
4.3 Die Verankerung des Buen Vivir in der Ecuadorianischen Verfassung 2008	60
4.4 Die Etablierung eines sozialen, solidarischen und nachhaltigen Wirtschaftssystems	63
5. Politökonomische Transformationen (2007-2011)	68
5.1 Die Rückkehr des Staates: Staatliche Reorganisation und Extraktivismus	70
5.2 Sozialpolitische Reformen unter der Regierung Correa	82
5.3 Exkurs: Die Rolle Chinas in Ecuador	86
5.4 Die Yasuní-ITT Initiative – Paradigmenwechsel oder Rückschritt?	93
6. Conclusio	100
7. Literaturverzeichnis	108
8. Anhang	118
8.1 Zusammenfassung	118
8.2 Abstract	119
8.4 Curriculum Vitae	120

Abkürzungsverzeichnis

ALCA	Área de Libre Comercio de las Américas
Art.	Artikel
BCA	Banco Comercial y Agrícola
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BNF	Banco Nacional de Fomento
CAIC	Comisión para la Auditoría Integral del Crédito Público
CAOI	Coordinadora Andina de Organizaciones Indígenas
CDB	Chinese Development Bank
CENDES	Centro de Desarrollo Industrial del Ecuador
CEPAL	Comisión Económica para América Latina y el Caribe
CEPE	Corporación Estatal Petrolera Ecuatoriana
CLAES	Centro Latinoamericano de Ecología Social
CONADE	Consejo Nacional de Desarrollo
CONAIE	Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador
COP-15	Conference of the Parties
EP	Empresa Pública de Hidrocarburos del Ecuador
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative
GDAE	Global Development and Environment Institute
ICBC	Industrial and Commercial Bank of China
IDB	Inter-American Development Bank
IESS	Instituto Ecuatoriano de Seguridad Social
ITT	Ishpingo-Tambococha-Tiputini
IWF	Internationaler Währungsfonds
Mio.	Million(en)
MPD	Movimiento Popular Democrático
Mrd.	Milliarde(n)
MRNNR	Ministerio de Recursos Naturales no Renovables (de Ecuador)
NGO	Non Governmental Organisation
OPC	Oleoducto de Crudos Pesados
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
PDVSA	Petróleos de Venezuela S.A.

PRIAN	Partido Renovador Institucional Acción Nacional
PSC	Partido Social Cristiano
PSP	Partido Sociedad Patriótica
REDD	Reducing Emissions from Deforestation und Forest Degradation
SDP	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SENPLADES	Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo
SOTE	Sistema Oleoducto Transecuatoriano
ToT	Terms of Trade
UNDP	United Nations Development Programme
UNESCO	United Nations Education, Science and Cultural Organization
USD	US-Dollar
WTO	World Trade Organization

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Preisentwicklung des ecuadorianischen Erdöls pro Barrel (1970-2009)	38
Abbildung 2: Öffentliche Auslandsverschuldung Ecuadors in Mio. USD und Prozent des BIP (1970-2009)	41
Abbildung 3: Verlauf der Inflationsrate in Ecuador (1970-2009)	44
Abbildung 4: Exportgüter nach Kategorie, Anteil am BIP in Prozent (2002-2011)	71
Abbildung 5: Entwicklung der privaten und öffentlichen Erdölförderung Ecuadors in Mio. Barrel (2000-2011)	73
Abbildung 6: Entwicklung des ecuadorianischen Erdölpreises pro Barrel (Jahresdurchschnitt) in USD (1970-2011)	75
Abbildung 7: Entwicklung der Steuereinnahmen in Mio. USD und Steuerbelastung in Prozent (2002-2011)	76
Abbildung 8: Handelsbilanz Ecuadors in Mio. USD (1995-2011)	77
Abbildung 9: Teufelskreis des ecuadorianischen Akkumulationsmodells	78
Abbildung 10: Vergleich der öffentlichen Sozialausgaben vs. Schuldendienst in Mio. USD (2001-2011)	83

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt (BIP) Ecuador in Mio. USD (2007-2011)	69
Tabelle 2: Erdöleinnahmen nach Regierungsperioden in Mio. USD (1979-2011)	74
Tabelle 3: Ecuador: BIP nach Industrie und Ausgabenkategorie, jährliches prozentuelles Wachstum (2004-2011)	85
Tabelle 4: Chinesische Kredite an Ecuador in Mio. USD (2009-2011)	87
Tabelle 5: Kredite der Weltbank, IDB und chinesischer Banken an ausgewählte Länder in Lateinamerika in Mio. USD (2005-2011)	88
Tabelle 6: Armutsrate Ecuadors nach Einkommen (2006-2011)	92

1. Einleitung

Der lateinamerikanische Andenstaat Ecuador befindet sich in einem tiefgreifenden Wandlungsprozess. Verschiedene Gruppen der Indigenen Bewegung Ecuadors haben es seit der Jahrtausendwende geschafft durch ihren Diskurs und ihre Fähigkeit andere soziale Schichten zu mobilisieren, eine breite Transformation des gesamtgesellschaftlichen sozialen und wirtschaftlichen Lebens in die Wege zu leiten. 2008 kulminierte dieser Prozess schließlich in der Verabschiedung einer neuen Verfassung, die auf dem Leitprinzip des Buen Vivir / Guten Lebens bzw. >>sumak kawsay<< (auf kichwa, der am Meisten gesprochenen indigenen Sprache in Ecuador) aufbaut. Dieses „gegen-hegemoniale“ Projekt zielt nach langjährigen Auseinandersetzungen im Zuge der vorangegangenen polit-ökonomischen Krisen im Land, auf ein „Ende der langen neoliberalen Nacht“ ab und wird als fundamentale Restrukturierung der öffentlichen Politik und auch als umfassende Dekolonisierung des Staates verstanden. Erstmals weltweit wurden der Natur institutionell Rechte anerkannt.

Diesen zum Teil radikalen Versuch einer gesellschafts-politischen und ökonomischen Neuorientierung gibt es nicht nur in Ecuador, sondern kann in die breite „Linkswende“, die mehr oder weniger stark seit dem Jahr 2000, im lateinamerikanischen Kontinent vorzufinden ist, eingeordnet werden. Dazu zählen die Länder Argentinien, Bolivien, Brasilien, Uruguay und Venezuela.

Die Besonderheiten des angestrebten Wandels in Ecuador sind vielfältig: im politischen Kontext geht es nicht nur um die Anerkennung und Umsetzung von Plurinationalität und Interkulturalität oder der Ausweitung der Demokratie und Partizipation, sondern um einen grundlegend anderen „Gesellschaftsvertrag“, der die Beziehungen zwischen der Gesellschaft, dem Staat und der Natur neu regelt. Ökonomisch betrachtet steht im Zentrum des Wandels, der Bruch mit dem auf der Ausbeutung der Natur (in diesem Fall vor allem der Erdölressourcen) basierenden Wirtschafts- und Entwicklungsmodell, welches eine *condicio-sine-qua-non* für die erfolgreiche Umsetzung des Buen Vivir in Ecuador ist. Die „Entwicklung“ des Landes soll also – laut Verfassung – nicht mehr dem konventionellen Muster mit dem Primat des Wirtschaftswachstums folgen, sondern ein soziales, demokratisches und nachhaltiges Wirtschaftssystem aufgebaut werden. Die Annahmen die dieser

Überlegung zu Grunde liegen sind, dass die Umwelt- und Sozialschäden durch die Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe die wirtschaftlichen Gewinne übersteigen und die Bekämpfung von Armut zu keinem Trade-off mit dem Erhalt der Biodiversität und der Natur führen darf.

Der 2007 eingeleitete Transformationsprozess, von der Regierung Correa zur „Revolución Ciudadana“ deklariert, hatte anfangs nicht nur den Anspruch eine postextraktivistische, sondern sogar eine „postkapitalistische“ Wende einzuleiten. Als thematische Schwerpunkte für die geplante Transformation wurden im Regierungsplan „Plan de Gobierno de Alianza País 2007-2011“ folgende fünf Bereiche festgelegt (vgl. Alianza País 2006):

- 1) Konstitutionelle und demokratische Revolution
- 2) Ethische Revolution: direkte Bekämpfung der Korruption
- 3) Ökonomische und produktive Revolution
- 4) Revolution im Bildungs- und Gesundheitsbereich
- 5) Revolution für die Würde, Souveränität und die lateinamerikanische Integration.

Ein solch umfassendes Vorhaben kann klarerweise nicht innerhalb kurzer Zeit umgesetzt werden. Nach fünf Jahren (2007-2011) sollte es allerdings möglich sein eine Zwischenbilanz zu ziehen und zu analysieren, ob grundlegende Schritte in Richtung einer Umsetzung des angestrebten Wandels erfolgt sind.

Aufgrund meiner beiden Studien (Internationale Entwicklung und Volkswirtschaftslehre) war es für klar, dass ich über ein Thema, welches beide Bereiche umfasst, schreiben wollte. Mein familiärer Hintergrund hat mich dazu bewogen mich bei meiner geographischen Eingrenzung auf Lateinamerika zu fokussieren. Ecuador und die Umsetzung des Buen Vivir haben mich bei der Themensuche gerade deswegen überzeugt, weil eine vierte Dimension in diesem Zusammenhang bedeutend ist: das kritische Hinterfragen von „Entwicklung“ bzw. „Unterentwicklung“.

Zudem bezieht sich der derzeitige Forschungsstand zu diesem Themengebiet (zumindest im deutschsprachigen Raum) einerseits vordergründig auf Publikationen über die gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Transformationsprozesse in Bolivien – im Zusammenhang mit der Wahl von Evo Morales, dem ersten indigenen Präsident des Konti-

nents im Jahr 2005, und der Umsetzung des Buen Vivir in diesem Kontext (zum Beispiel Ernst; Schmalz 2009) – sowie auf die Veränderungen in Venezuela im Zuge des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ unter Hugo Chávez (zum Beispiel Azzellini 2007). Deshalb erscheint es mir sinnvoll und interessant Ecuador als Fallbeispiel zu analysieren.

Andererseits möchte ich mit dieser Arbeit auch einen Beitrag zu jenen Diskussionen über alternative Wirtschafts- und „Entwicklungsmodelle“ leisten, die über verkürzte Analysen und oberflächliche Argumentationslinien hinausgehen. Denn im Zuge der letzten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2008 ihren Höhepunkt erreichte, und der aktuellen „Eurokrise“ werden auch hierzulande und Abseits des lateinamerikanischen Kontexts Alternativen wie das Buen Vivir immer häufiger diskutiert. Oftmals werden aber in diesem Zusammenhang die ökonomischen Strukturen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die solche Transformationsprozesse fördern bzw. limitieren, sowie wichtige Faktoren, wie die geschichtlichen Erfahrungen der jeweiligen Länder, außer Acht gelassen.

1.1 Forschungsfrage

In dieser Arbeit sollen, wie im Titel bereits festgehalten wurde, das Potenzial und die Grenzen einer Alternative zur wirtschaftlichen „Entwicklung“ in Ecuador analysiert werden. Konkret ist beabsichtigt die Transformationsprozesse die in Ecuador seit 2007/08, dem Amtsantritt von Präsident Rafael Correa, in Zusammenhang mit der Etablierung des Konzepts vom Buen Vivir in der Verfassung und als nationale Entwicklungsstrategie, stattgefunden haben, aufzuzeigen und aus einer polit-ökonomischen Perspektive zu beleuchten. Im Zentrum der Analyse stehen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die ökonomischen Strukturen Ecuadors, die entscheidend für die praktische Umsetzung des Buen Vivir sind. Der Fokus dieser Arbeit wird auf dem Bereich der Umwelt- und Ressourcenpolitik Ecuadors liegen, einerseits weil genau darin, in der Umgestaltung des Akkumulationsregimes, der Prüfstein für die Transformation des Landes liegt und andererseits, weil der Umfang dieser Arbeit nur die Bearbeitung eines Teilaspekts zulässt.

Die zentrale Forschungsfrage, die meiner Arbeit zugrunde liegt, lautet:

Welche gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und ökonomischen Strukturen limitieren bzw. fördern eine umfassende Umsetzung des Buen Vivir in Ecuador?

Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses steht somit das Bestreben, die Reichweite des angestrebten Wandels, durch die Etablierung des Buen Vivir als „nationale Entwicklungsstrategie“, konkret im polit-ökonomischen Spannungsfeld der Umwelt- und Ressourcenpolitik Ecuadors zu überprüfen.

1.2 Theoretischer Rahmen und Vorgangsweise

Zur Untersuchung sozialer Phänomene können unterschiedliche Theorien herangezogen werden, die sich in ihrer ontologischen, epistemologischen und methodologischen Herangehensweise unterscheiden. Damit sind die jeweiligen Annahmen darüber, was in der realen Welt existiert, was überhaupt wissenstheoretisch erfasst werden kann und mit welchen Mittel sowie die Art und Weise, wie Wissen systematisch gewonnen werden kann, gemeint.

Diese Arbeit wird sich an den wissenschaftstheoretischen Annahmen des Kritischen Realismus orientieren, da er durch seine dialektische Herangehensweise für die Analyse sozialer Phänomene besonders geeignet ist. In Kapitel 2 werden daher die wichtigsten Prinzipien des Kritischen Realismus vorgestellt sowie diese zu den Annahmen anderer wissenschaftstheoretischer Strömungen, wie die des Positivismus, abgegrenzt.

Anschließend wird die aus dem Feld der Politischen Ökonomie stammende Regulations- theorie – erweitert um einen staats- und hegemonietheoretischen Ansatz – vorgestellt und zur weiteren theoretischen Fundierung herangezogen. Diese soll eine historische Faktorenanalyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der ökonomischen Struktur Ecuadors ermöglichen, mit Hilfe derer es herauszuarbeiten gilt, inwiefern das Konzept des Buen Vivir, welches in der Verfassung ausformuliert und im nationalen Aktionsplan postuliert wurde, das Potential hat zu einer gesamt-gesellschaftlichen Transformation des Landes zu führen. Weiters, wird die Literaturanalyse durch empirische Daten unterlegt.

Kapitel 3 widmet sich der Analyse der politökonomischen Entwicklung Ecuadors und seiner Weltmarkteinbindung aus einer historischen Perspektive. Im Zentrum des Kapitels steht die Ausarbeitung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und ökonomischen Strukturen des Landes von Beginn des 19. Jahrhunderts bis 2006. Ziel ist es aufbauend auf diesen Einsichten, die Transformationsprozesse, die in der Jahrtausendwende ihren Ausgang genommen haben, besser verstehen zu können.

Im darauffolgendem Kapitel 4 werden das Konzept des Buen Vivir und seine zentralen Annahmen vorgestellt. Weiters, werden die Widersprüche zum westlichen Weltbild und dem konventionellen Entwicklungsbegriff diskutiert sowie die Verankerung des Buen Vivir in der neuen Verfassung analysiert. Schließlich behandelt der letzte Abschnitt des Kapitels die angestrebte Etablierung eines sozialen, solidarischen und nachhaltigen Wirtschaftssystems in Ecuador.

Kapitel 5 geht auf die konkret erfolgten politökonomischen Transformationsprozesse von der ecuadorianischen Regierung im Zeitraum 2007-2011 ein. Den Rahmen der Analyse bilden die zwei Eckpfeiler der neuen Wirtschaftspolitik unter Correa: die Rückkehr des Staates als zentraler Akteur der Wirtschaftspolitik und die Priorisierung der Sozialpolitik gegenüber des Schuldendienstes. Zusätzlich wird im Rahmen eines Exkurses über die Rolle Chinas in Ecuador diese neue „wirtschaftliche Beziehung“ und ihre möglichen Konsequenzen für eine Umsetzung des Buen Vivir untersucht. Abschließend wird die Yasuní-ITT Initiative vorgestellt, welche unter bestimmten Bedingungen ein Paradigmenwechsel einleiten könnte, gleichzeitig aber die gegenwärtigen Konflikte und widersprüchlichen Aktivitäten rundum die Ressourcen- und Umweltpolitik in Ecuador verdeutlicht.

Im letzten Kapitel werden die Forschungsergebnisse zusammengefasst und die Forschungsfrage, welche gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und ökonomischen Strukturen eine umfassende Umsetzung des Buen Vivir in Ecuador limitieren bzw. fördern, beantwortet.

2. Vom Kritischen Realismus zur Politischen Ökonomie

Der Kritische Realismus als alternative wissenschaftsphilosophische Strategie zu Erforschung sozialer Phänomene wurde maßgeblich durch die Werke des britisch-indischen Philosophen und Ökonomen Roy Bhaskar (geb. 1944) geprägt¹. Seine Überlegungen sind ab den 1980er Jahren, auch in unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen aufgenommen worden. Als weitere VertreterInnen des Kritischen Realismus gelten unter anderem: Andrew Collier / Ruth Groff (Philosophie), Margaret Archer / Andrew Sayer (Politikwissenschaft/Soziologie), Anna G. Jonasdóttir, Caroline New (Feministische Theorien), Steve Fleetwood, Paul Lewis (Ökonomie) (Pühretmayer; Puller: o.S.).

Ein Hauptanliegen des „critical realism“ (auf Englisch) ist es den wissenschaftstheoretischen Erkenntnisprozess offenzulegen, zu reflektieren und zu begründen, denn: *„JedeR WissenschaftlerIn macht notwendigerweise wissenschaftstheoretische (ontologische und epistemologische) Grundannahmen, allerdings bleiben diese meist implizit und daher unreflektiert“* (ebd.).

Im folgenden Abschnitt werden die wichtigsten Grundprinzipien dieses Ansatzes erläutert.

2.1 Ontologie, Epistemologie und Methode des Kritischen Realismus

Die Strömung des Kritischen Realismus basiert auf dem *Primat der Ontologie* und geht davon aus, dass eine „Vorherrschaft des Seins über das Denken“ besteht, also die Ontologie vor der Epistemologie betrachtet werden muss. Um überhaupt herausfinden zu können was der Mensch Wissen „kann“, muss er oder sie sich über die Natur und Struktur der Realität im Klaren sein. Wie der Positivismus nimmt der „Kritische Realismus“ an, dass die Welt unabhängig von der Erkenntnis der Menschen über sie existiert.

Im Unterschied zum Positivismus, in dem die Wirklichkeit nur empirisch durch Beobachtungen, Experimenten und Messungen erfassbar ist, geht der Kritische Realismus einen Schritt weiter und unterteilt diese durch das sogenannte Konzept der *Stratifikation* in eine empirische, eine tatsächliche und eine reale Ebene. Dieses Konzept ermöglicht es der

¹ Dazu gehören: (1975): A Realist Theory of Science. Leeds: Leeds Books. / (1989): Reclaiming Reality. A Critical Introduction to Contemporary Philosophy. New York: Verso. / et al. (1998): Critical Realism Essential Readings. London: Routledge.

Komplexität der Wirklichkeit gerechter zu werden: soziale Phänomene spielen sich nicht nur auf der empirischen, also beobachtbaren Ebene ab, sondern auch auf einer tatsächlichen und realen Ebene. Das „Tatsächliche“ umfasst alle Ereignisse und materielle Dinge, unabhängig von der Wahrnehmung und Interpretation der Menschen, und das „Reale“, alle *potenzielle* Ereignisse und materielle Dinge. Diese Erweiterung der Wirklichkeit ist besonders wichtig, da sie aufzeigt, dass es (nicht immer sichtbare) „generative Mechanismen“ bzw. Strukturen sowie konstitutive Prozesse gibt – abgesehen von empirisch beobachtbaren Phänomenen – die bei der Erforschung von sozialen Phänomenen auch berücksichtigt werden müssen (vgl. Frauley; Pearce 2007).

Der Kritische Realismus grenzt sich auch insofern vom Positivismus ab, in dem es ablehnt die Methoden der Naturwissenschaften ohne Modifizierung dieser für die Sozialwissenschaften zu übernehmen. Dahinter liegt die Kritik am ahistorischen Verständnis von Wissen und Erkenntnis sowie am Glauben einer kausal konstruierten Welt.

Ein weiterer Ausgangspunkt ist die Annahme, dass sich alle Ereignisse in einem sozialen Raum abspielen und somit in einem offenen und nicht geschlossenem System, welches einerseits ermöglicht, dass Phänomene sowohl in ihrer isolierten Natur als auch im Zusammenspiel mit anderen Mechanismen und Strukturen auf verschiedenen Ebenen analysiert werden können und andererseits, dass Strukturen auch transformierbar sind.

Nach dieser kurzen Darstellung der ontologischen Grundlagen über die Natur und Struktur der Realität aus Sicht des Kritischen Realismus werden die daraus abgeleiteten Möglichkeiten des Erkenntnisprozesses vorgestellt.

Anstelle der Induktion (Schlussfolgerung vom Speziellen auf das Allgemeine) oder der Deduktion (Schlussfolgerung vom Allgemeinen zum Speziellen) bedient sich der „Kritische Realismus“ der *Retroduktion* als Methode, um Phänomene zu erklären und Wissen zu generieren. Dieses Konzept hängt mit der bereits erwähnten Erweiterung der Realität durch das Konzept der Stratifikation eng zusammen: das was existiert, kann nicht allein auf das empirisch beobachtbare reduziert werden. Bei der Methode der Retroduktion gilt es diese „potenziellen“ Kräfte und Mechanismen, egal ob sie ausgeübt oder direkt beobachtet werden (können) oder nicht, herauszuarbeiten. Im Zusammenhang damit steht die Frage nach der Relation von Individuen und den räumlichen und historischen Strukturen: Auf welchen Strukturen basieren die menschlichen Handlungen beziehungsweise welche machen diese verständlich oder erst möglich? Auf welche Art wirken ideelle und materi-

elle Phänomene auf das Handeln von Menschen und inwiefern hängen diese Kategorien zusammen?

Um diese Fragen beantworten zu können hat Bhaskar das sogenannte „Transformational Model of Social Activity“ (TMSA) entwickelt. In diesem Modell geht er davon aus, dass jedes Individuum wenn es auf die Welt kommt – je nach zeitlichem Kontext – bestimmten räumlichen Strukturen sowie materiellen und ideellen Verhältnissen „ausgesetzt“ ist. Um überhaupt die Handlungen der einzelnen Menschen verstehen zu können, müssen zuerst diese analysiert werden. Strukturen ermöglichen und beschränken gleichzeitig das Handeln von Menschen. Sie sind aber auch transformierbar (vgl. Bhaskar 1998: 34f.).

2.2 Politische Ökonomie – Regulationstheorie

Theorien der Politischen Ökonomie analysieren den Zusammenhang zwischen ökonomischen Prozessen und gesellschaftlichen sowie politischen Verhältnissen im Unterschied zu einer traditionellen Sichtweise, welche Phänomene aus einer rein „disziplinierten“ Betrachtungsweise heraus untersucht.

Genauer gesagt zählen zum Erkenntnisinteresse einer integrativen politökonomischen Sichtweise neben der Analyse der Ökonomie und Politik auch die dahinterliegenden Strukturen und die handelnden Akteure, eingebettet im jeweiligen Raum und historischen Kontext. Zusätzlich sollen Wechselwirkungen von externen und internen Determinanten einer polit-ökonomischen Entwicklung im Rahmen einer Mehr-Ebenen-Analyse miteinbezogen werden. Damit ist gemeint, dass internationale Einflüsse und Kräfteverhältnisse, wie sie oft im Zusammenhang mit der „Globalisierung“ genannt werden, nationale und lokale Entwicklungen beeinflussen.

Besonders passend für diese Arbeit erscheint es in diesem Sinne verschiedene Konzepte der, ursprünglich in den 1970er Jahren in Frankreich entwickelten, Regulationstheorie, als theoretische Grundlage zu wählen, „[d]enn die Regulationstheoretiker haben [...] Raum und Zeit zum expliziten Bestandteil ihrer Theoriebildung gemacht und ausdrücklich Institutionen ins Zentrum ihrer Konzeptionalisierungen gerückt“ (Becker 2002: 12).

Als Begründer und bedeutende Vertreter dieser Theorie gelten Michel Aglietta, Gérard Destanne de Bernis, Alain Lipietz und Robert Boyer. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit liegt die

Analyse der kapitalistischen Produktionsweise und die Vielfalt ihrer Ausprägungen anhand zwei zentraler Elemente, die als „Akkumulationsregime“ und „Regulationsmodus“ bezeichnet werden. Konkret suchten sie eine Antwort auf die Frage wie eine grundsätzlich widersprüchliche Wirtschaftsordnung wie der Kapitalismus (vorübergehend) stabilisiert werden kann.

Durch Arbeiten von Jean-Pierre Chanteau, Erik Swyngedouw, Ulrich Brand oder Joachim Becker wurde die Regulationstheorie maßgeblich erweitert: einerseits durch ihre staatstheoretische Fundierung der Konzepte von Akkumulation und Regulation und andererseits durch eine Analyse neuer Ebenen von Regulationsweisen, die sich nicht nur auf den nationalstaatlichen Rahmen beziehen, sondern beispielsweise infolge von regionalen Integrationsprojekten das Verhältnis zwischen verschiedenen räumlichen Ebenen der Staatlichkeit (lokal, national, supranational) verändern (vgl. Becker 2003: 11f.).

Ein „Akkumulationsregime“ entsteht dann, wenn in bestimmten Phasen und Räumen eine bestimmte Form der Akkumulation stabilisiert werden kann. Dies kann nur dann geschehen, wenn die Akkumulationsstrategien mit dem „Regulationsmodus“, also den gesellschaftlichen Normen sowie politisch-rechtlichen Regulierungen der Reproduktionssphäre zusammenpassen. Gelingt dies, folgt eine relative Stabilisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese ist jedoch immer auf eine bestimmte Zeit befristet, denn es folgen immer wieder Krisen unterschiedlicher Ausprägung und Intensität in denen: „[...] die konkrete Ausformung der Regulation im Rahmen sozialer Konflikte verändert wird“ (Becker et al. 2007: 34).

Wie diese unterschiedlichen Akkumulationsstrategien aussehen können und welche Regulationsweisen die gesellschaftlichen Reproduktionsverhältnisse beeinflussen, wird im Folgenden Abschnitt genauer dargestellt.

Den Ausgangspunkt des Regulationsansatzes bildet, der marxistischen Werttheorietradition folgend, der *Akkumulationsimperativ des Kapitalismus*, der dazu führt, dass in einem kapitalistischen System durch einen Verwertungsprozess aus Geld Ware und aus Ware mehr Geld wird ($G - W - G'$) (vgl. Becker 2002: 269). Die Theorie differenziert in einem nächsten Schritt anhand der Typisierung des Verwertungsprozesses, inwiefern sich das *Akkumulationsregime*, welches die Funktion der Regulierung auf Produktionsebene erfüllt, in seiner Form sowohl zeitlich und räumlich unterscheiden kann.

Folgende vier „Achsen der Akkumulation“ (Becker et al. 2007: 35ff.) stehen im Fokus:

1. Verbindung der kapitalistischen mit anderen Produktionsweisen

Oftmals gibt es in kapitalistischen Räumen ein Fortbestehen agrarischer Subsistenzwirtschaft. Diese unterschiedlichen Produktionsweisen (Lohnarbeit und Selbstversorgung) existieren in den wenigsten Fällen parallel und unabhängig voneinander, sondern sind verschränkt. Da ein Teil der Lebenserhaltung durch die Eigenproduktion gedeckt ist, kann der Lohn für die gesamte Lebenserhaltung niedriger ausfallen oder anders ausgedrückt: die kapitalistische Produktion wird durch die Subsistenzproduktion „indirekt subventioniert“. In diesem Zusammenhang spricht González Casanova auch von einem „inneren Kolonialismus“, wenn diese Verschränkung von verschiedenen Produktionsweisen zudem mit einer „ethnischen Schichtung“ und Diskriminierung verbunden ist (vgl. Becker et al. 2007: 36). Auf diesen Aspekt wird später, in der staatstheoretischen Erweiterung der Regulationstheorie, genauer eingegangen.

2. Produktive oder finanzielle Akkumulation

Kapital kann, je nach Interesse und Möglichkeiten, in die produktive Sphäre wie z.B. in Infrastruktur, Maschinen usw. und/oder in Form von Wertpapieren und Ähnliches „fiktiv“ auf den Finanzmärkten, investiert werden. Beide Akkumulationsstrategien hängen auf folgender Weise zusammen: die Dividenden bzw. Zinsen, die als Renditen der Wertpapiere gelten müssen zuerst in der produktiven erwirtschaftet werden. Finanzielle Akkumulation ist durch hohe Instabilität gekennzeichnet, da die Kurse der Wertpapiere vielmehr von den Erwartungen der AnlegerInnen als von den tatsächlichen Gewinnen beeinflusst werden. Länder der (Semi-)Peripherie, deren Akkumulation auf sehr hohen und mittel- bis langfristig nicht durchhaltbaren Kapitalimporten beruht, sind besonders von dieser Instabilität betroffen.

3. Extensive und intensive Akkumulation

Diese Achse der Akkumulation unterscheidet auf welche Art der Mehrwert in der produktiven Sphäre erhöht wird und in welchem Zusammenhang dies mit den unterschiedlichen Branchen steht (vgl. Becker 2002: 269f.). Bei der extensiven Akkumulation kommen mehr Arbeitskräfte und Ressourcen zum Einsatz mit dem Nebeneffekt, dass die Beschäftigten konsumtechnisch kaum von (eventuellen) Produktivitätssteigerungen profitie-

ren. Tendenziell wird dies bei Ländern der Peripherie durch eine starke Exportorientierung bemerkbar.

Die intensive Akkumulation zeichnet sich hingegen durch eine stärkere Orientierung der Löhne am Produktivitätswachstum und einer engeren Verbindung der Kapital- und Konsumgüterproduktion aus, was wiederum positive Effekte auf die Konsummöglichkeiten der Beschäftigten hat (vgl. Becker 2002: 67ff.).

Dies ist jedoch nur der Fall, wenn es verbreitete Lohnarbeit (und eine relativ starke Gewerkschaft) und eine Kapitalgüterindustrie, die starke Verflechtungen zwischen den Branchen aufweist, gibt – und nicht wie oftmals in der Peripherie ein Großteil der Produktivitätssteigerungen auf dem Import von Maschinen und Technologie beruht.

4. Intra- vs. Extraversion

Zuletzt können Akkumulationsstrategien anhand ihrer Binnen- oder Außenorientierung differenziert werden. Dabei können die verschiedenen Formen von Kapital (Waren, Geld- und Produktionskapital) unterschiedlich ausgerichtet sein.

Faktoren welche die Möglichkeit einer binnenmarktorientierten Akkumulation beeinflussen sind beispielsweise sozioökonomischer Art, wie Widerstände gegen eine Agrarreform von Seiten der Agraroligarchie oder auch die Importabhängigkeit von strukturell schwachen Ökonomien.

Extraversion kann zusätzlich in eine passive und aktive Form unterteilt werden: Bei der aktiven Außenorientierung stehen der Export von Waren und Kapital (z.B. in Form von Direktinvestitionen) im Zentrum und umgekehrt, bei der passiven Extraversion der Import dieser. Wiederum ist vor allem bei Staaten der (Semi-)Peripherie eine hohe Abhängigkeit von Waren- und Kapitalimporten wie z.B. von Maschinen verbreitet. Ihre Handelsbilanz fällt bei Wachstumsphasen aufgrund von Devisenmangel häufig negativ aus und führt aufgrund von Verschuldung zu großer Instabilität.

Dieser Aspekt der Konditionierung der Akkumulationsdynamik wird ebenfalls später bei der Thematisierung peripherer Staatlichkeit vertieft.

Das zweite wesentliche Element der Regulationstheorie, der dieser Schule auch ihren Namen gab, bildet wie bereits erwähnt der *Regulationsmodus*, welcher im engeren Sinn die Reproduktion der Gesellschaft strukturiert und dadurch im weiteren Sinn auch die Akkumulationsstrategien abstützt. Hierbei spielt der Staat (eine genaue Definition dieses Begriffs folgt im nächsten Abschnitt) eine zentrale Rolle, da dieser fiskalisch auf eine

„gut laufende Akkumulation“ angewiesen ist. Folgende Formen der „strukturellen“ bzw. „institutionellen Regulation“ werden unterschieden (vgl. Becker et al. 2007: 40ff.; Becker 2002: 271ff.):

1. Das Lohnverhältnis

Das Lohnverhältnis ist sowohl aus Sicht der Kapitalakkumulation als auch für die Lebensverhältnisse der abhängig Beschäftigten zentral. Es umfasst Konflikte um Lohnhöhe, Formen der Lohnfindung, Arbeitszeit- und Bedingungen sowie die soziale Absicherung, also „[die] Frage nach der Aneignung des und Disposition über das gesellschaftliche Mehrprodukt bzw. der Kontrolle über eigene und fremde Arbeitskraft“ (Becker 2002: 276).

2. Das Konkurrenzverhältnis

Die zweite Form struktureller Regulation hängt eng mit Möglichkeiten und Strategien der Kapitalverwertung von Einzelkapitalen (im Unterschied zum „abstrakten gesellschaftlichen Kapital“) zusammen. Diese spielen sich nicht nur auf der Warenebene ab, sondern auch zwischen den Lohnabhängigen (z.B. durch die Verlagerung von Produktionsstätten oder durch das gegenseitige Ausspielen von heimischen und migrantischen Arbeitskräften) sowie auf staatlicher Ebene (z.B. Grenzpolitik durch Zölle).

3. Die monetäre Restriktion

Geld kommt eine besondere Bedeutung in kapitalistischen Systemen zu, denn es steht am Anfang und am Ende von jedem Akkumulationszyklus und wirkt sowohl beschränkend als auch ermöglichend: bei der Finanzierung der Produktion, beim Verkauf der Waren und nicht zuletzt bei der Bezahlung des Lebensunterhalts der LohnarbeiterInnen kommt der dialektische Handlungsspielraum von Geld zum Ausdruck.

Der Staat ist beispielsweise durch die fiskalische Abhängigkeit einer monetären Restriktion unterworfen aber auch durch monetäre Normen und Geldpolitik. Phänomene wie beispielsweise Inflation bzw. Deflation können weitreichende Folgen für die Akkumulation und die Verteilung der Einkommen haben: im Falle einer Hyperinflation kommt es z.B. zu einer Umverteilung zuungunsten der abhängig Beschäftigten und Löhne werden fast immer sofort in Konsum umgesetzt. Dies kann als Ausdruck ungelöster sozialer Konflikte aufgefasst werden (vgl. Becker et al. 2007: 47).

Weiters sind allgemein Währungssysteme bzw. die Wechselkurse zwischen den Währungen und damit zusammenhängend auch der Zugang zu Krediten (börsenfinanziert, bankenzentriert oder durch Auslandskredite) bedeutsam für die monetäre Restriktion von kapitalistischen Räumen. Export- und Importmöglichkeiten sowie letztendlich die Akkumulation von Kapital, hängen von diesen Faktoren ab.

Um wiederum das Beispiel der Hyperinflation aufzugreifen, lässt sich bei solchen Fällen eine „Neigung zur Flucht aus den peripheren Währungen“ beobachten, die im Extremfall in der vollständigen Aufgabe der nationalen Währung, enden können, wie z.B. die Dollarisierungstendenzen einiger Länder Lateinamerikas gegen Ende des 20. Jahrhunderts (darunter auch in Ecuador, wo im Jahr 2000 der US-Dollar als nationale Währung eingeführt wurde) deutlich machen (vgl. Becker et al. 2007: 49).

4. Die ökologische Restriktion

Die materielle Natur steht – wie das Geld – auch am Anfang und Ende des Verwertungsprozesses. Sie wird für die Produktion und den Konsum entnommen und in Form von Abfällen wieder an die Natur „zurückgegeben“. Was als natürlich Ressource betrachtet wird bedarf jedoch zunächst einer bestimmten gesellschaftspolitischen Durchsetzung und hängt von konkreten Akkumulationsstrategien und verfügbaren Techniken ab. Die ökologische Restriktion kann folgendermaßen definiert werden:

„Sie reguliert den Zugang zur und die Nutzung der materiellen Welt für produktive wie für reproduktive Aktivitäten. Daher reguliert sie die räumliche und zeitliche Verteilung ökologischer Kosten und Erträge dieser (re-)produktiven Aktivitäten“ (Becker/Raza 2003 zitiert nach Becker 2002: 277). Diese Regulierungsform ist oft Gegenstand zahlreicher sozialer Konflikte, wenn es um den Zugriff und die Ausbeutung auf und von Rohstoffquellen geht, denn wie im Zitat angesprochen wird, sind ökologische Fragen auch immer Verteilungsfragen.

2.3 Staats- und Hegemonietheoretische Erweiterung der Regulationstheorie

In einer jüngeren Phase hat die Regulationstheorie, wie bereits erwähnt, auch eine staats-theoretische Weiterentwicklung erfahren, in der herausgehoben wird, dass „[...] kapitalistische Entwicklung sich in unterschiedlichen Phasen von Stabilisierung und Krise vollzieht, und dass der kapitalistische Markt nicht nur in den Staat, sondern in ein dichtes Geflecht außerökonomischer Institutionen und Wertvorstellungen eingebettet ist“ (Brand

2010: 150). Hierbei wurde der Begriff des „nationalen Wettbewerbsstaats“ von Joachim Hirsch, als Bezeichnung für den „postfordistischen“ Staat, geprägt.

Doch was ist eigentlich „der Staat“? Die wohl bekannteste Definition des Staatsbegriffes stammt vom deutschen Soziologen Max Weber (1864-1920), einem Vertreter der klassischen Staatstheorie:

„Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes – dieses „Gebiet“ gehört zum Merkmal – das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht“ und weiter „[d]er Staat ist [...] ein auf das Mittel der legitimen (das heißt: als legitim angesehenen) Gewaltsamkeit gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen“ (Müller 2007: 137).

Kritische staatstheoretische Ansätze bieten eine weitergehende Definition an und betonen, dass der Staat ein institutionalisiertes und gleichzeitig umkämpftes soziales Verhältnis mit Herrschaftscharakter ist. Der Staat sichert die bestehenden herrschaftsförmigen gesellschaftlichen Verhältnisse ab – seien dies kapitalistische, patriarchale, international-strukturierte oder ähnliche Verhältnisse. Des Weiteren wird die Rolle sozialer Kräfte und Kämpfe für die Konstitution des Staates betont sowie seine historische Konstitution, Krisenhaftigkeit und Transformation beleuchtet.

Diese Konzeptualisierung steht im Widerspruch mit Definitionen vom Staat des Mainstreams, die den Staat als „neutrale“ Instanz und als einem dem Allgemeinwohl verpflichteten Problemlöser darstellen. Oftmals wird hier der Staat auch einfach als gegeben angenommen (vgl. Brand 2010: 145f.).

Ein bedeutender kritischer staatstheoretischer Ansatz ist die materialistische Staatstheorie, welche auf die zentralen gesellschaftstheoretischen Einsichten von Karl Marx und der Hegemonietheorie von Antonio Gramsci aufbaut. Sie macht gesellschaftliche Verhältnisse besonders greifbar und soll in Folge genauer dargestellt werden.

Die materialistische Staatstheorie (vgl. Brand 2010: 147ff.) basiert, wie die Regulationstheorie auf der Annahme, dass die Grundlage von Gesellschaftlichkeit darauf beruht, sich aus der alltäglichen Notwendigkeit der Individuen materiell zu reproduzieren. Daraus folgt der zentrale Blick auf die Kategorie Arbeit und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Ein weiteres zentrales Merkmal ist die erweiterte Reproduktion des Kapitals, wel-

che unter den Bedingungen struktureller Konkurrenz stattfindet. Damit ist gemeint, dass die Bourgeoisie und Kapitalbesitzenden gezwungen sind, die Produktions- und Distributionsprozesse ständig umzuwälzen, um aus vorgeschossenem Kapital mehr Kapital und damit Akkumulation zu generieren. Dies kann über Effizienz und Produktivitätssteigerungen oder durch technologische Entwicklungen geschehen und hat unmittelbare Auswirkungen auf die Konsum- und Lebensverhältnisse.

Schließlich befasst sich diese Theorietradition mit dem was von Brand als „weiteres dynamisches Moment in kapitalistischen Gesellschaften“ bezeichnet wird:

„Die Auseinandersetzung zwischen herrschenden und beherrschten Klassen um die Produktion und Aneignung des Mehrwerts im engeren Sinne sowie um die Umgestaltung der Produktions- und Lebensweise im weiteren Sinne“ (Brand 2010: 147).

Weitere Fragestellungen die diese Theorie versucht zu beantworten, hängen wie bereits erwähnt mit der eigentlichen Konstitution des Staates zusammen, also welche Rolle dieser im Prozess der gesellschaftlich eingebetteten Kapitalakkumulation spielt und inwieweit seine Struktur mit grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen verbunden ist. Auch stellt sich die Frage in wie fern der Staat dadurch ein strategisches Feld hegemonialer Kämpfe der Kompromissbildung verkörpert.

Einerseits wird die Rolle des Staates aus dieser Perspektive in der *Sicherung der allgemeinen Reproduktionsbedingungen* gesehen. Damit sind „planbare Rahmenbedingungen und rechtsstaatliche Verhältnisse für dauerhafte Kapitalverwertung“, wie die Sicherung des Eigentums gemeint. Dies ist deshalb notwendig, weil die Bourgeoisie auch untereinander in Konkurrenz steht: Würden nur die „Marktgesetze“ wirken, könnten bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften nicht existieren, so das Argument. Andererseits liegt eine weitere fundamentale „Aufgabe“ des Staates auch darin den *herrschenden Machtblock* nicht nur zu repräsentieren, sondern viel wichtiger, *zu stabilisieren*. Dieses Argument lehnt sich an die Definition Nicos Poulantzas an, der den kapitalistischen Staat als „*spezifische und materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen*“ begreift (Poulantza 1978/2002: 114ff. zitiert nach Brand 2010: 148).

Die historisch-materialistische Theorietradition wird durch die Einbeziehung des Begriffs der Hegemonie von Antonio Gramsci (1891-1937) entscheidend erweitert. Gramsci war Journalist, Kulturkritiker, Theoretiker und Vorsitzender der kommunistischen Partei Italiens, weshalb er von den italienischen FaschistInnen inhaftiert wurde und nach zehnjähri-

ger Haft an den Folgen dieser verstarb. Während seiner Zeit als Inhaftierter verfasste er die postum veröffentlichten „Gefängnishefte“, die seine theoretischen Entwürfe zu Hegemonie, Staat, Zivilgesellschaft, Kultur, Bildung und Intellektuellen enthalten und welche bis heute noch starken Einfluss auf verschiedene Theorien haben (vgl. Merckens 2010: 193).

Gramsci zufolge steht *Hegemonie* in enger Verbindung mit den Konzepten von „Politischer Führung“ und „Konsens“ und kann wie folgt definiert werden:

„[...] [Hegemonie ist die] Fähigkeit der herrschenden Klassen, ihre Interessen dahingehend durchzusetzen, dass sie von den subalternen Klassen als Allgemeininteresse angesehen werden, und dass es weitgehend geteilte gesellschaftliche Vorstellungen über die gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Entwicklung gibt“ (Gramsci 1991: 101f.).

Laut Gramsci bedarf es eines „national-populären Programms“, welches auch die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen widerspiegelt, denn politische Herrschaft kann nicht allein durch die Durchsetzung von Klasseninteressen abgesichert werden. Es bedarf der Herstellung von Zustimmung und Einverständnis um Herrschaft zu konstituieren und zu erhalten (vgl. Brand 2010: 149). Damit ist gemeint, dass eine gesellschaftliche Gruppe oder Klasse nur dann hegemoniefähig ist, wenn sie es schafft von einer „korporativ-partikularistischen Phase in eine ethisch-politische Phase überzugehen“. Mit anderen Worten: sie muss den Bereich der Eigeninteressen überschreiten und eine progressive Funktion für die gesamte Gesellschaft übernehmen – die Gruppe muss dazu aber auch im Kern der Ökonomie eine entscheidende Funktion ausüben (vgl. Merckens 2010: 195; Becker 2002: 274).

Wie kann ein solcher politischer Konsens hergestellt werden?

Dies erfolgt durch Prozesse der Durchsetzung von Werten und Normen die der Herstellung von Einverständnis dienen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die „unmittelbaren ökonomischen oder staatlichen Struktur- und Zwangsmomente verschwinden“, sondern, dass eine „[...] gewisse *Balance zwischen den Elementen des Zwangs und des Konsens*“ (Merckens 2010: 194) vorherrscht. Demnach ist der „[...] *Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie gepanzert durch Zwang*“ (Gramsci 1992: 783), wobei auch der Zwang durch „konsensuale Elemente“ wie z.B. durch Sozialpolitik gestützt wird.

Nach Gramsci spielt sich der gesellschaftliche Kampf um Hegemonie in der *Zivilgesellschaft* („società civile“) ab. Darunter fasst er alle möglichen privaten formellen und informellen Initiativen und Gruppen, z.B. privatkapitalistische Organisationen, formalisierte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder soziale Institutionen wie die Familie, deren gemeinsames Kennzeichen ist, dass sie vordergründig aus „privaten“ Beziehungen bestehen, welche formell vom Staat unabhängig sind. Anzumerken ist hier, dass der Staat massiv über Gesetze, (Nicht-)Entscheidungen und Ähnliches Einfluss auf die Zivilgesellschaft ausüben kann und letztere keineswegs homogen strukturiert, sondern selbst von Machtbeziehungen und internen Konflikten durchzogen ist (vgl. Gramsci 1994: 1267). Im Kern gibt es nach Gramscis integralem Staatsverständnis, welches er auch als „erweiterten Staat“ bezeichnet, keine klare Trennung zwischen dem Staat bzw. der staatlichen Gesellschaft und der Zivilgesellschaft, sondern ineinandergreifende, fließende Grenzen: nicht nur in Bildungseinrichtungen, wissenschaftlichen Institutionen, Stiftungen, Parteien oder Gewerkschaften und Verbände, sondern auch in Medien- und Verlagswesen, Musik- und Theaterhäusern etc. wird um politische und kulturelle Hegemonie gerungen (vgl. Merckens 2010: 198). In diesen zivilgesellschaftlichen Feldern spielt eine indirekte Form des Regierens durch den Staat eine wichtige Rolle:

„Diese fortlaufende Umgestaltung der kulturellen Gebräuche, Sitten, Normen und Werte in Korrespondenz zur vorherrschenden Produktionsweise wird durch staatliches Handeln wesentlich pädagogisch angeleitet und strukturiert“ (Merckens 2010: 199). In den Worten Gramscis: „Der Staat [kann] als 'Erzieher' aufgefasst werden, insofern er gerade danach strebt, einen neuen Typus oder ein neues Niveau der Zivilisation zu schaffen²“ (Gramsci 1996: 548).

Ein weiterer Aspekt, der dieser Theorietradition folgend zu beachten ist, bezieht sich auf die Einbettung der jeweiligen Nationalstaaten in einen internationalen Kontext und die sich daraus ergebenden Wechselwirkungen. Zwei Dimensionen stehen dabei im Mittelpunkt:

Erstens, die Erkenntnis, dass die Entwicklung des Kapitalismus immer in einem Weltsystem und nicht auf einzelstaatlicher Ebene erfolgte, wodurch die einzelnen Räume eine sehr unterschiedliche internationale Arbeitsteilung und Integration in das internationale politische System aufweisen. Gemeinsam ist den kapitalistischen Nationalstaaten, dass

² Als Beispiel dient die tiefgreifende Umgestaltung der gesellschaftlichen Lebensweise im Zusammenhang mit der Etablierung des Fordismus als dominante Produktions- und Arbeitsweise in den Vereinigten Staaten nach dem Ersten Weltkrieg.

sie versuchen innerhalb dieses Weltsystems „[...] *möglichst viel Kapital und Mehrwert auf den eigenen Raum zu konzentrieren*“ (Brand 2010: 150). Als Metropolen werden folglich jene Länder bezeichnet, welche das im historischen Verlauf am „Erfolgreichsten“ (ohne hier auf die dabei verwendeten Mittel genauer einzugehen) gemacht haben. Dies zeigt, dass Politik im nationalstaatlichen Rahmen von besonderer Bedeutung für das Spannungsfeld der internationalen Konkurrenz ist.

Zweitens, dass die Kapitalverwertung auch auf internationaler Ebene erfolgt. Das internationale politische System wird dazu allen voran von RepräsentantInnen, der international dominanten bzw. hegemonialen Länder/Räumen in Form von Kooperationen oder kolonialen bzw. neokolonialen Politiken strukturiert (vgl. Brand 2010: 150).

2.4 Staatlichkeit in der Peripherie

Die im vorangegangenen Absatz beschriebenen Merkmale des Staates in der kritischen und materialistischen Staatstheorie beziehen sich auf „moderne“ Gesellschaften und können nicht einfach auf periphere oder postkoloniale Gesellschaften übertragen werden. Ecuador befindet sich räumlich gesehen innerhalb des Weltsystems als teilindustrialisiertes Land in der Peripherie. Seine Vergangenheit als ehemalige Kolonie Spaniens hat bis heute tiefgreifende Auswirkungen auf die Entwicklungen von Nationalstaatlichkeit ab dem Jahr 1830 und auf das Akkumulationsmodell. Daher werden im folgenden Teil *Merkmale der Staatlichkeit in der Peripherie*, vor allem bezogen auf Lateinamerika, und Unterschiede zur Staatlichkeit im Zentrum herausgearbeitet.

Zum besseren Verständnis zuerst noch ein paar einleitende Bemerkungen zur Debatte der letzten Jahre über den Staat in der Peripherie.

Grob lassen sich die Diskussionen im Bereich der Entwicklungstheorie über die Einflussfaktoren auf den Staat und Formen von Staatlichkeit in zwei Stränge unterteilen. Jene, die Veränderungen in peripheren Gesellschaften vordergründig externen Ursachen zuschreiben (Globalisierung, Mobilität des Kapital oder beispielsweise die Strukturanpassungsprogramme der Bretton-Woods-Institutionen) und umgekehrt, jene, die sich auf die internen Faktoren (Binnenkapazität, staatliche Strukturen etc.) in ihrer Analyse konzentrieren (vgl. Ataç; Lenner; Schaffar 2008: 5). Diese Dichotomie wird durch einen Beitrag von Nicos Poulantzas aufgelöst. Er plädiert in seinem Buch „Die Krise der Diktaturen“ (1977) – damals bezogen auf die Peripherie Europas – dafür, dass die Annahme, dass externen

Faktoren nur von außen wirken und die inneren sich nur in einem internen Wirkungsraum entfalten können, gebrochen werden sollte. Er postuliert das *Primat der internen Faktoren*:

„Die jedem Land von „außen“ gesetzten Beschränkungen wirken auf diese Länder kraft ihrer *Interiorisierung*. [A]bgesehen von Extremfällen einer massiven, direkten und offenen Intervention [...] können derlei Eingriffe in abhängige Länder [...] einen *entscheidenden Effekt nur dann erzielen, wenn sie mit den inneren Kräfteverhältnissen dieser Länder vermittelt sind*“ (Poulantzas 1977: 20 zitiert nach Ataç; Lenner; Schaffar 2008: 5 – Hervorhebung durch AutorInnen).

Mit anderen Worten: innere und äußere Faktoren müssen verschränkt analysiert werden und nicht voneinander getrennt.

Eine solche Analyse hat Joachim Becker (2008), aus regulationstheoretischer Perspektive, zur Beantwortung der Frage, inwiefern der Staat in der Peripherie sich zum Staat im Zentrum in seiner *strategischen Selektivität* unterscheidet, vorgenommen. Der Begriff der „strategischen Selektivität“ wurde von Bob Jessop geprägt, der darunter den: „[...] *spezifischen Einfluss [des Staates] auf verschiedene Gruppen, ihre Interessen und Strategien über den Zugang zu bzw. ihre Kontrolle über staatliche Entscheidungszentren zu verfolgen*“ (Jessop 2002: 4 zitiert nach Becker 2008: 11) verstand. Damit ist gemeint, dass staatliche Apparate für bestimmte Anliegen und Strategien zugänglicher sind als für andere (Brand 2009: 71).

Für Becker – angelehnt an dem klassischen Werk von Tilman Evers über die bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt (1977) – zeichnet sich periphere Staatlichkeit durch folgende Merkmale aus:

1. Extraversion

(Semi-)Periphere Staaten verfügten nach ihrer politischen Unabhängigkeit über relativ schwach ausgeprägte kapitalistische Märkte, wenig akkumuliertes Kapital und eine Infrastruktur die auf den Weltmarkt ausgerichtet war und großteils, immer noch ist. Unter Extraversion wird diese Außenorientierung der peripheren Staaten verstanden, die in den meisten Fällen unmittelbar durch die Kolonialmächte durchgesetzt wurde und in einer einseitigen Orientierung auf den Export von Rohstoffen resultierte. In der Regel werden die Schlüsselsektoren der Volkswirtschaften aufgrund von Kapitalmangel von ausländischem Kapital kontrolliert. Becker spricht hier von einer *passiven* Extraversion, in der ei-

ne Importabhängigkeit von Waren und/oder Devisen über Leistungsbilanzüberschüsse oder Kredite für langfristige Investitionen vorherrscht – im Gegensatz zu einer *aktiven* Extraversion bei der Exportüberschüsse erzielt werden. Problematisch ist bei rohstoffexportierenden Ländern, darunter auch Ecuador, zudem, dass die fiskalischen Einnahmen überwiegend aus den Renten und Konzessionen stammen und dadurch die Legitimität staatlichen Handelns gegenüber der eigenen Bevölkerung sinkt (vgl. Becker 2008: 12ff, 26).

2. Strukturelle Heterogenität der Sozialstruktur

Dieses Merkmal umfasst drei Dimensionen. Die erste Dimension bezieht sich auf die Folgen der angesprochenen Extraversion auf die Sozialstruktur der nationalen Ökonomie und auf die politische Interessensformierung. Durch das hohe politische Gewicht des Auslandskapitals in vielen (semi-)peripheren Gesellschaften kommt es zu dem, was Nicos Poulantzas aber auch Theoretiker der Dependenztheorie herausgearbeitet haben: zur *Internalisierung externer Interessen* (Cardoso; Faletto 1976: 218 zitiert nach Becker 2008: 16). Damit ist eine mögliche Interessensübereinstimmung zwischen den lokalen herrschenden Klassen und dem internationalen Kapital in Form von Bündnisbildungen gemeint, wobei Konflikte durchaus auch beobachtbar sind, wie wir in Folge sehen werden. Die zweite Dimension behandelt die oftmals vorhandenen „hybriden Klassenverhältnisse“, die in einigen Ländern Lateinamerikas noch zu finden sind: die Gesellschaften weisen verknüpfte Formen vor-kapitalistischer und kapitalistischer Produktionsweisen auf, beispielsweise landwirtschaftliche Subsistenzproduktion kombiniert mit Wanderarbeit. Und drittens umfasst die strukturelle Heterogenität der Sozialstruktur die Tatsache, dass in vielen Ländern der Peripherie die Menschen weder in der subsistenzorientierten Agrarproduktion noch in der städtischen Lohnarbeit einen Platz finden und folglich Teil einer rasch wachsenden städtischen Marginalbevölkerung sind, die sich im informellen Sektor ihren Unterhalt verdient (vgl. Becker 2008: 16ff.).

Welche Auswirkungen haben diese Merkmale peripherer Staatlichkeit nun auf die „strategische Selektivität“ staatlicher Institutionen?

Grundsätzlich begrenzen die Extraversion und die strukturelle Heterogenität der Sozialstruktur die Möglichkeiten einer Hegemoniefähigkeit der dominanten Kräfte eines peripheren Staates sehr stark. Eine Zivilgesellschaft im Verständnis von Gramsci kann sich unter diesen Bedingungen auch nur schwach entfalten. Dadurch lassen sich die „leichte-

re“ Etablierung von autoritären Machtverhältnissen, wie es wiederholt in den 1970er und 1980er Jahren in Lateinamerika der Fall war, erklären.

3. Klientelismus

Für Becker spielt des Weiteren bei der Durchsetzung staatlicher Politik im Rahmen peripherer Staatlichkeit, neben der Herstellung von Hegemonie und der Anwendung von Zwangselementen, auch eine dritte Komponente eine bedeutende Rolle: der Klientelismus (vgl. Becker 2008: 19f.). Dieser tritt nämlich dann verstärkt auf, wenn ein herrschender Block nicht hegemoniefähig ist und sich deshalb durch klientelistische Praktiken die Zustimmung erkaufte. Zu unterscheiden ist hier das Phänomen der Korruption, welches eher auf einzelne (Führungs-)Personen abzielt, während der Klientelismus stärker auf Massen bezogen ist und die materielle Besserstellung der Zielgruppe verfolgt. Klientelismus wird hier als „ [...] eine im Abtausch für Loyalität gewährte individuelle Gunst, aber kein verbrieftes Recht und keine systematische Konzession gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Kräften [...]“ (Becker 2008: 20) dargestellt.

Aus diesen Beobachtungen folgt, dass die politischen Entscheidungszentren in peripheren Staaten im Allgemeinen schwer zugänglich sind.

Die oben angesprochene „unvollständige Durchkapitalisierung“ von Gesellschaften in der (semi-) Peripherie hat gerade in den letzten Jahren, nach langer Mobilisierung durch indigene Bündnisse und sozialen Bewegungen, dazu geführt, dass „indigenistische“ Fragen in den Mittelpunkt der politischen Bühne gerückt sind und gemeinschaftliche Produktions- und Lebensweisen Eingang in die neue „plurinationale“ und „interkulturelle“ Verfassung gefunden haben. Bolivien gilt diesbezüglich als Vorreiter mit der Angelobung des ersten indigenen Präsidenten des Kontinents, aber auch in Ecuador war dies mit der Verabschiedung der neuen Verfassung von 2008 und der Etablierung des Buen Vivir als Leitkonzept zur Umgestaltung des Staates und der Gesellschaft der Fall. Hier stellt sich allerdings die Frage in wie fern man in Ecuador von „hybriden Klassenverhältnissen“ sprechen kann. In wie weit bestehen real noch gemeinschaftliche Strukturen und welche unterschiedlichen Ausprägungen nehmen sie in der Stadt und am Land an?

Betrachtet man den (erweiterten) Staat als Konfliktterrain, in dem gesellschaftliche Kräfte um Hegemonie ringen, und nicht als politisches Instrument, das unter Zwang bestimmte Politiken durchsetzt, so besteht laut Becker (2008) eine der schwierigsten aber auch zent-

ralsten Aufgaben der linken Kräfte in Lateinamerika darin, die oben genannte „strategische Selektivität“ der staatlichen Institutionen zu verändern.

Formelle Änderungen, wie die Verabschiedung einer neuen Verfassung und die daraus resultierende Neuausrichtung der staatlichen Institutionen, bilden nur den ersten Schritt oder zumindest nur ein Teil des Veränderungsprozesses. Um die staatlichen Handlungsspielräume zugunsten progressiver Politik wirklich nachhaltig zu erweitern bedarf es neben der Bekämpfung von Klientelismus, korrupten Staatspraktiken und der Fixierung auf einer Führungspersönlichkeit (wie es vor allem in Venezuela der Fall ist) vor allem einer veränderten Einbindung der nationalen Ökonomie in die Akkumulationsprozesse. Politische Widerstände, aber auch die fehlende Planungs- und Umsetzungskapazität der zuständigen Staatsapparate machen dies zu einer großen Herausforderung (vgl. Becker 2008: 25f.).

Im nächsten Kapitel folgt eine historische Darstellung der politökonomischen Entwicklung Ecuadors. Insbesondere wird hierbei die Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und ökonomischen Strukturen von Beginn des 19. Jahrhunderts an bis 2006 dargestellt, um die Veränderungsprozesse, die in der Jahrtausendwende ihren Ausgang genommen haben, besser verstehen zu können.

3. Politökonomische Entwicklung Ecuadors (1830-2006)

Das an Kolumbien und Peru angrenzende Ecuador, mit einer Fläche von 276.840 km² und rund 14,5 Millionen Einwohner (2010), erlangte 1822 offiziell die Unabhängigkeit von der früheren Kolonialmacht Spanien. Bis 1830 war es Teil des großkolumbianischen Reiches, welches die heutigen Staaten Kolumbien, Ecuador, Panama, Venezuela und Gebiete von Peru und Guyana umfasste. Der andine Staat, aufgeteilt in 24 Provinzen, ist nicht nur durch hohe Biodiversität und Artenvielfalt gekennzeichnet, sondern auch die ethnische und kulturelle Vielfalt des Landes ist beachtlich: laut der letzten offiziellen Volkszählung 2010 definieren sich 71,9% der Bevölkerung als Mestizen, 7,4% als MontubierInnen (Montubios), 7,2% als Afro-EcuadorianerInnen, 7% als Indigene und 6,1% als Weiße³ (vgl. INEC 2010). Neben der offiziellen Landessprache Spanisch existieren 13 verschiedene indigene Sprachen, welche aus 8 unterschiedlichen Sprachfamilien stammen (Bacaboa, Chocó, Jívaro, Quechua, Tukano, Záparo und zwei unabhängige Sprachfamilien Cofan (A'i) und Wao Terero) (vgl. Flacso 2011).

Geographisch gesehen lässt sich das Land in vier verschiedene Klima- und Topographiezonen unterteilen, welche aufgrund unterschiedlicher Formen von Landbesitz und Besiedelung die produktive Basis des Landes im historischen Verlauf maßgeblich determiniert haben:

Im Westen befindet sich die sogenannte *Küstenregion* (costa), welche im Osten an den Pazifik angrenzt und durch niedrige Gebirgskämme und fruchtbaren Böden gekennzeichnet ist. Auf diesem Gebiet, welches rund ein Viertel der Landesfläche ausmacht lebt heute rund die Hälfte aller BewohnerInnen Ecuadors. Im südlichen Teil der Küste befindet sich Guayaquil, die größte Stadt der Region mit rund drei Mio. Einwohnern und gleichzeitig dem wichtigsten Hafen des Landes.

Der mittlere Teil des Landes wird durch zwei große Gebirgsketten der Anden durchzogen und deshalb als *Andenhochland* (sierra) bezeichnet. Im nördlichen Teil der sierra liegt auf rund 2800 Metern Höhe über dem Meeresspiegel Ecuadors Hauptstadt Quito, mit ca. 1,4 Mio. Einwohnern, die höchstgelegene Hauptstadt der Welt.

³ 0,4% der Bevölkerung hat keine Angabe diesbezüglich gemacht.

Im Osten des Landes befindet sich das an Peru angrenzende *Amazonas-Tiefland* (el oriente), welches zwar rund die Hälfte der Gesamtfläche des Landes umfasst jedoch nur 5% der Bevölkerung. Diese Region erlangte im Zuge der Erdölfunde 1967 große Bedeutung. Rund 1000 km von der Pazifikküste entfernt befinden sich die Galapagos-Inseln, die eine Gesamtfläche von ca. 8000km² aufweisen (vgl. GIZ o.J.).

Nach diesem kurzen Überblick über das Land Ecuador stehen folgende Fragen im Zentrum der anschließenden Analyse der politökonomischen Entwicklung des Landes: Welche unterschiedlichen Akkumulationsmodelle haben sich aufgrund welcher sozialen Kräftekonstellationen im Verlauf der Geschichte Ecuadors herausgebildet? Welchen Einfluss hatte die Weltwirtschaft auf diese Entwicklungen? Sind Kontinuitäten und Brüche im Zeitverlauf erkennbar?

Grob gesagt lässt sich Ecuadors polit-ökonomische Entwicklung und Weltmarkteinbindung seit der Unabhängigkeit anhand von drei Primärgütern, die jeweils einen bestimmten geschichtlichen Zyklus dominierten, charakterisieren: war es zunächst der Anbau und Export von Kakao (rund 1860-1920), so wird Ecuador zwei Jahrzehnte später innerhalb kurzer Zeit zum führenden Bananenexporteur weltweit katapultiert (vor allem zwischen 1950-1965). Ab den 1970-er Jahren löst die Erdölförderung die Banane als Hauptexportgut ab. Alle Exportprodukte haben auf unterschiedliche Art und Weise die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und ökonomischen Strukturen Ecuadors beeinflusst, wobei sich letzteres kaum mit den führenden Exportgütern der Vergangenheit vergleichen lässt. Gründe dafür sind, dass Erdöl einerseits aufgrund seiner weltwirtschaftlichen Bedeutung ein „strategisches Produkt“ ist, charakterisiert durch einen – langfristig betrachtet – Trend der steigenden Preisentwicklung und andererseits, dass es dem Staat, als oberste Kontrollinstanz dieser Ressource, infolge der massiven Deviseneinnahmen erstmals die Möglichkeit einer bedeutenden Autonomie gegenüber den dominanten Herrschaftsklassen gibt (vgl. Hoffmann 2008: o.S.).

Aufbauend auf diesen Merkmalen orientiert sich der historische Rückblick über die politökonomische Entwicklung Ecuadors und auch in Anlehnung an die Periodisierung von Dieter Boris (2007) bezüglich der Herausbildung von Staatlichkeit in Lateinamerika, an folgenden fünf Phasen:

- 1) Die Entstehungsphase nach der Unabhängigkeit (1825-1859)
- 2) Konsolidierungsphase und exportorientierte Akkumulation (Kakao) (1860-1920)
- 3) Krise und Modernisierung (1920-1948)
- 4) Exportorientierte Akkumulation (Bananen, Erdöl) und später Versuch einer Imports substituierenden Industrialisierung (ca. 1948-1979)
- 5) Die neoliberale Strukturanpassung und der Weg zu einem gegen-hegemonialen Projekt (1980-2006)

3.1 Die Entstehungsphase nach der Unabhängigkeit (1830-1859)

Der Errichtung einer unabhängigen Republik 1830 waren zwischen 1809 und 1822 langjährige Kämpfe vorangegangen, die ihre Spuren in der Erosion der bereits schwachen ökonomischen Strukturen hinterließen. Zeitweise anarchische bzw. bürgerkriegsähnliche Zustände durch das Auftreten von Caudillo-Herrschaften (lokale Militärführer), eine schwache Ökonomie, nichtgelöste Fragen der territorialen Grenzziehung nach dem Ende des Reichs von Großkolumbien, Despotismus und vor allem eine starke „Regionalisierung“, sind Kennzeichen dieser Phase der Konsolidierung des neuen Staates Ecuador (vgl. Boris 2007: 246; Mora 2008: 26).

Der Begriff der „*Regionalisierung*“ beschreibt die prekären Beziehungen und den geringen Austausch der lange Zeit zwischen den historisch gesehen, drei großen geographischen Räumen des Landes herrscht⁴: „*Cada cual [de las regiones] estaba vinculada económicamente al sur de la actual Colombia, al norte del Perú o a la costa pacífica, pero no constituían entre ellas un mercado que las articulara*“ (Mora 2008: 26). Folgende Regionen mit ihren unterschiedlichen Produktionsweisen sind damit gemeint:

Erstens, das nördliche Andenhochland (la sierra centro-norte) rund um Quito, wo zunächst der Hauptteil der Bevölkerung (82% der rund 750.000 Menschen umfassende Bevölkerung Ecuadors um 1858 (Acosta 2006: 34) unter dem Regime der *hacendarios* (ländliche Großgrundbesitzer) lebt. In der nördlichen Sierra werden damals hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte für den Binnenmarkt angebaut.

Zweitens, das südliche Andenhochland (la sierra sur) in dessen Mittelpunkt die Stadt Cuenca liegt. Hier dominieren „vorkapitalistische“ Strukturen wie klein-bäuerlicher Subsistenzanbau und das Kunsthandwerk bzw. die Textilerzeugung.

⁴ Wobei hier die Infrastruktur der damaligen Zeit eine große Rolle spielt: die Strecke Guayaquil-Lima konnte einfacher und schneller zurück gelegt werden als Guayaquil-Quito (vgl. Acosta 2006: 25).

Drittens, das Becken am Guayas Fluss in der Küstenregion (la costa) des Landes mit der wichtigen Hafenstadt Guayaquil. Die produktive Basis dieser Region konzentriert sich immer mehr auf das beschleunigte Wachstum der Latifundien und dessen Verbindung zum Export von Primärgütern⁵.

Da viele wirtschaftliche Strukturen im Zuge der Unabhängigkeitskämpfe und den kriegesischen Auseinandersetzungen danach regelrecht verwüstet worden sind, kommt es zu einer Re-Agrarisierung der Wirtschaft. Damit ist gemeint, dass die Bedeutung der städtischen Zentren zugunsten der Hacienda- und Latifundienwirtschaft abnimmt (Boris 2007: 247). Den Großteil der Bevölkerung bilden indigene Bauern, die durch den Zwang Steuern bzw. Tribute bezahlen zu müssen, bei den Großgrundbesitzern hoch verschuldet und daher lebenslang der Hacienda unterworfen sind⁶. In manchen Teilen der Sierra und Guayaquil werden bis 1851 SchwarzafrikanerInnen als Sklaven gehalten. In den Städten, die sich vor allem in der Sierra herausbilden, leben vor allem HändlerInnen, HandwerkerInnen, BürokratInnen und Geistliche (vgl. Mora 2008: 26).

Die Macht des politisch unabhängig gewordenen Landes konzentriert sich folglich auf eine Allianz bestehend aus der Großgrundbesitz- und Exportoligarchie (sogenannte „criollos“ (Hispanoamerikaner, Nachfahren der Europäer), die den notwendigen Rückhalt des Militärs und der Kirche genießt. Diese Allianz füllt das politische Vakuum und instrumentalisiert einen Großteil des geerbten kolonialen Staatsapparats zu ihren Gunsten, um ihr eigenes nationales Projekt, „*un proyecto nacional criollo*“, welches die fortführende Unterordnung bzw. den Ausschluss der anderer sozialer Klassen (Indigenen, Mestizen und SchwarzafrikanerInnen) beinhaltet, voranzutreiben (vgl. Acosta 2006: 24f.).

Die Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen, vor allem zwischen den regionalen dominanten Oligarchien der *costa* und *sierra* sind aufgrund konkurrierender Interessen dauerhaft angespannt. Im Mittelpunkt stehen Konflikte um die Kontrolle der Arbeitskräfte, denn während in der *sierra*, wo noch der Großteil der Bevölkerung lebt, die beschriebenen feudalen Arbeitsbeziehungen vorherrscht, konzentriert sich der Landbesitz an der Küste auf wenige Familien, die ebenfalls auf die Arbeitskraft der

⁵ Als vierte Region wären die Galapagos Inseln zu nennen, die 1832 unter dem ersten Präsidenten der Republik, General Juan José Flores, offiziell an Ecuador eingegliedert wurden. Ökonomisch betrachtet spielt diese Region jedoch erst ab dem 21. Jahrhundert im Zuge des zunehmenden Tourismus eine Rolle.

⁶ Diese neue Art der pre-kapitalistischen ökonomischen „Beziehung“ wird als „concertaje“ bezeichnet und wurde erst 1918 in Ecuador abgeschafft (vgl. Moya 2008: 19; Acosta 2006: 28).

Bauern und Bäuerinnen angewiesen sind. Aber auch protektionistische Maßnahmen welche zwar die Textilproduktion in der *sierra* begünstigen, den sonstigen Handel jedoch limitieren, führen zu Konflikten. Zudem beginnt in dieser Phase auch die Auseinandersetzung zwischen liberal-laizistischen und konservativ-klerikalen Kräften, die sich in unterschiedlicher Intensität über Jahrzehnte hinweg fortsetzt (vgl. Boris 2007: 246). Die Konflikte eskalieren so sehr, dass es schließlich im Jahr 1859 aufgrund dieser internen Widersprüche zu einer landesweiten Krise kommt, welche die kurzfristige Errichtung autonomer Regierungen in Quito, Guayaquil, Cuenca und Loja zur Folge hat und mit der Besetzung ecuadorianischer Gebiete durch Peru verschärft wird (vgl. Mora: 2008: 29).

Wie Boris treffend formuliert, kann gesagt werden, dass: „[...] [Die] *Formierung eines anerkannten Nationalstaats weitgehend abstraktes Leitbild und Zielvorstellung blieb* [...]“ (Boris 2007: 247).

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts setzt sich dieses auf der Exklusion breiter Bevölkerungsteile und sozialökonomischer Dominanz basierende Herrschaftsmodell fort, abgesichert in den einzelnen Verfassungen (1830, 1835, 1843, 1845, 1852, 1861), beispielsweise durch die Beschränkung der Bürgerrechte auf eine Minderheit: nur verheiratete Männer mit einem bestimmten Besitz an Grund und Boden, die auch Lesen und Schreiben können, kommen auch in den „Genuss“ der Bürgerrechte (vgl. Mora 2008: 27).

3.2 Konsolidierungsphase des Staates und exportorientierte Akkumulation (Kakao) (1860-1924)

Durch das Fortschreiten der industriellen Revolution in Europa und später auch in den USA sehen sich diese Metropolen der Weltwirtschaft teilweise gezwungen die Grenzen ihrer Binnenmärkte zu überwinden und außerhalb dieser Absatzmärkte für ihre industriellen Waren zu „finden. Gleichzeitig sollen Rohstoffe für den industriellen Prozess aus den peripheren Regionen importiert werden. Diese Umstände führen zu einem neuen Austauschverhältnis zwischen den lateinamerikanischen Ländern und Europa bzw. den USA, welches auch als „Export-Import-System“ bezeichnet wird (vgl. Boris 2007: 248).

Auch in Ecuador kommt es in dieser Periode durch die rapide steigenden Primärgüterexporte (die Kakaoproduktion Ecuadors war bereits im kolonialen Handel bekannt⁷) zur

⁷ Kakao wurde schon bei den Toltecas und Aztecas in Mexico und den Inkas in Peru konsumiert und um 1620 von den spanischen Eroberern nach Europa gebracht. Erst Ende des 19. Jahrhunderts wird Kakao jedoch zu einem Produkt des Massenkonsums, ermöglicht durch die industrielle Revolution: *‘Technological progress in an industrialising Europe enabled manufacturers to produce a more palatable beverage, and the popular confection, milk chocolate’* (Othick 1976 zitiert nach Henderson 1997: 171).

gradualen Integration in den weltweiten Handel, der zu dieser Zeit durch Grossbritannien dominiert wird – mit tiefgreifenden Auswirkungen. Liberale Kräfte unter der Führung von García Moreno (1860-1875) und später Eloy Alfaro (1895-1912) treiben die Modernisierung und Zentralisierung des Landes an, um eine Wiederholung der Krise wie der von 1859 zu vermeiden und das exportorientierte Akkumulationsmodell zu fördern (vgl. Acosta 2006: 41ff.; Mora 2008: 29f.). Darunter fallen beispielsweise folgende Reformen: Die Verwaltung und Bürokratie wird ausgebaut und die Infrastruktur verbessert. 1872 beginnt der Bau der Eisenbahnstrecke Guayaquil-Quito die 1908 eröffnet wird. Öffentliche Arbeiten werden erstmals geplant durchgeführt, darunter auch die Errichtung zahlreicher Schulen und Krankenhäuser.

1906 wird in der neu verabschiedeten Verfassung die Trennung von Kirche und Staat offiziell festgehalten. Die liberalen Regierungen sind jedoch nicht im Stande alle Probleme der weiterbestehenden Regionalisierung zu lösen, weshalb die Kirche weiterhin großen Einfluss, zum Beispiel im Bereich der Bildung, ausübt (vgl. Henderson 1997: 178).

Mit dem Aufschwung des Kakaoexports gibt es auch erste entscheidende Impulse für die Konsolidierung des Finanz- und Handelssektors des Landes. Verschiedene Banken werden gegründet, darunter die Bank Ecuadors 1868 (El Banco del Ecuador) oder 1894 die einflussreiche Landwirtschafts- und Kommerzbank (Banco Comercial y Agrícola - BCA), die immer mehr Kredite zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben an den Staat vergeben. Gleichzeitig wird in diesem Zeitraum auch die Basis für eine chronische Verschuldung im Finanzsektor gelegt.

Zwischen 1900 und 1920 – um 1894 exportiert Ecuador fast ein Drittel aller Kakaoerzeugnisse weltweit – verdoppeln sich die Kakaoexporte von rund 18.000 Kilogramm auf rund 40.000 Kilogramm jährlich, wobei der Anteil von Kakao an den Gesamtexporten bei 70% (neben Kakao wurde auch Kaffee, Kautschuk und Leder exportiert) über den genannten Zeitraum relativ konstant bleibt. Die landwirtschaftlichen Flächen auf denen sich Kakaoplantagen in der Costa-Region befinden, stehen zu über 70% im Besitz von rund 20 Familien wie der Aspiazu, Morla und Seminario, um nur einige Namen zu nennen (vgl. Henderson 1997: 173f.). Von den sich an der Küste anbietenden Möglichkeiten infolge des Kakaobooms angezogen, kommt es zu einer starken Migration weg von den verarmten indigenen „serranos“ hin zu den Kakaoplantagen, was wiederum zum Anwachsen der Stadt Guayaquil (1894: 50.000 Einwohner – 1925: 120.000) führt. Die starke Konkurrenz um Arbeitskräfte, vor allem während der Erntezeit, führt auch zur Einführung

von Lohnarbeit (vgl. Henderson 1997: 177f.). Es kommt zu einer Machtverschiebung zugunsten der Küstenelite, die nicht nur aus den Plantagenbesitzern (nur Männer), sondern auch aus einem dichten Geflecht an den aufstrebenden Banken-, Versicherungs-, Makler- und Handelsgesellschaften besteht, das mit Ersteren eng verwobene Interessen aufweist. Diese dominante Herrschaft ging in die Literatur als ecuadorianische Plutokratie (1912-1924) ein: „*El predominio político e ideológico del latifundismo clerical fue desmontado por la burguesía y sus aliados*“ (Mora 2008: 32).

3.3 Kakaokrise und Neuorientierung (1925-1948)

Ab den 1920er Jahren werden auch in Ecuador die „Grenzen der außenorientierten Entwicklung“ (Boris 2007: 251) deutlich. Trotz seiner enormen Bedeutung für die ecuadorianische Wirtschaft, führt der durch den Kakaoboom ausgelöste wirtschaftliche Aufschwung nicht zu einer weiter reichenden ökonomischen oder sozialen Transformation des Staates. Die Gründe dafür sind vielfältig und keineswegs auf rein externe oder interne Faktoren zurückzuführen.

Das einseitig exportorientierte Akkumulationsmodell Ecuadors fällt ab 1914 durch die zunehmende Konkurrenz im Kakaoanbau in Brasilien und an der Goldküste in eine immer tiefere Krise – Ecuador produziert in diesem Jahr nur noch rund 15% der weltweiten Kakaoerzeugnisse. Verschärft wird diese Situation durch das Aufkommen von verschiedenen Pflanzenkrankheiten und durch einen Bürgerkrieg (1912-1916), der das Land zusätzlich destabilisiert. Aufgrund fehlender technologischer und produktiver Steigerungen sowie dynamischen Wechselwirkungen zwischen dem Kakaosektor und anderen Wirtschaftsbereichen (den sogenannten „backward and forward linkages“) wird während des Kakaobooms keine Diversifizierung der nationalen Ökonomie in Gang gesetzt. Dies führt zu einer immer stärkeren Abhängigkeit vom Weltmarkt und zur gleichzeitigen Anfälligkeit gegenüber exogenen Preisänderungen. Zudem häuft sich der daraus gewonnene Reichtum wie bereits erwähnt in den Händen einiger weniger Menschen an, die aufgrund der fehlenden Diversifizierung des Binnenmarktes dieses gewonnene Kapital wiederum im Ausland in Form von Importen, oftmals Luxusgütern, investieren (vgl. Acosta 2006: 46).

Die weltweite Überproduktion von Kakao ab 1916, der Krieg in Europa und die Spekulationskrisen von 1918/19, führen schließlich zu einem Preisverfall von 12,31 USD Cent

pro Pfund auf 7,83 USD Cent pro Pfund in 1918. Als Folge der gleichzeitigen Abnahme der Exportmenge und des Exportwerts kommt es zur Abwertung der Wechselkursrate des Sucre, der 1885 eingeführten nationalen Währung, und einer steigenden Inflation. Soziale Unruhen, ausgehend von der durch die Krise stark verarmte Arbeiterklasse und den Bauern und Bäuerinnen folgen und kulminieren 1922 in einem blutig niedergeschlagenen Generalstreik in Guayaquil. Aufgrund der immer geringeren staatlichen Einnahmen aus den Exporterlösen bei gleichzeitig ansteigenden Ausgaben, verschuldet sich der Staat zunehmend bei den oben genannten Banken – vor allem die BCA avanciert zu dieser Zeit zum „*banquero del estado*“ (vgl. Henderson 1997: 180). Ein anderer wichtiger Akteur ist die 1912 zur Erhöhung bzw. Stabilisierung der Exportpreise ins Leben gerufene „Asociación de Agricultores“, welche 1916 bereits 77% der nationalen Kakaoproduktion aufkaufte. Finanziert werden diese Käufe einerseits durch die von der Regierung erteilte Erlaubnis Steuern beim Export dieser Kakaomengen einzuhoben und andererseits (da diese Steuern nicht ausreichen) durch Kredite von der BCA. Diese Konstellation, gefördert durch eine enge Beziehung zu den liberalen Regierungen, bedeutete eine starke Monopolstellung und Kontrolle der BCA und der Asociación über einen großen Anteil des nationalen Außenhandels, ‘[...] *a fact, that did not go unnoticed by sierra nationalists*’ (Henderson 1997: 181).

Das Jahr 1925 markiert einen Wendepunkt in der ecuadorianischen Geschichte: es stellt den Höhepunkt der Kakaokrise dar – Ecuador exportiert nur noch 6% der weltweiten Kakaerzeugnisse – und es kommt nach dem am 9. Juli 1925 erfolgten Putsch zur „Juli-Revolution“, angeführt von jungen Militäroffizieren und dem Rückhalt der entstehenden Mittelschicht, die die Küstenelite für die schlechte ökonomische Lage des Landes verantwortlich machen. 1926 wird die BCA geschlossen.

Es folgt eine Periode wirtschaftlicher Stagnation und Isolation in der Veränderungen der sozialen Allianzen, der Machtkonflikte und der Rolle des Staates deutlich werden. Der Staat: „[...] *obligado por la crisis cacaotera y sus secuelas [...] empezó a actuar más activamente en la vida económica, asumiendo una función moderadora del sistema de acumulación capitalista*“ (vgl. Acosta 2006: 87). Zahlreiche staatliche Institutionen – die teilweise bis heute wenn auch mit unterschiedlichen Namen noch existieren – und neue Gesetze werden, als Teil einer langsam einsetzenden Industrialisierungsorientierung und

zur monetären Stabilisierung, auf Ratschlag der „Kommission Kemmerer“⁸, gegründet bzw. verabschiedet: darunter die Zentralbank Ecuadors (1927), die Kontrollaufsicht der Banken, die Pensionskasse, die Zollverwaltung, ein Gesetz zum Schutz der nationalen Industrie und ein Zollgesetz zum Schutz der Textilindustrie. Ein umfassenderer Versuch die nationale Wirtschaft durch eine importsubstituierende Industrialisierung voranzutreiben wird erst, wie nachfolgend gezeigt wird, etwas später, ab den 1960er Jahren unternommen (vgl. Acosta 2006: 86).

Die fortschreitende Urbanisierung, vorangetrieben durch eine starke Migration an die Küstenregion bringt neue politische Akteure hervor, die sich neben dem Machtkampf zwischen der Küstenbourgeoisie und der Sierra-Oligarchie auch zu positionieren versuchen: die ersten politischen Parteien werden zu dieser Zeit gegründet (1923 Partido Liberal Radical, 1925 Partido Conservador Ecuatoriano, 1926 Partido Socialista Ecuatoriano, 1931 Partido Comunista) – 1928 wird schließlich das Frauenwahlrecht eingeführt (vgl. Mora 2008: 34).

Die Kakaokrise verursacht eine lange Phase politischer Instabilität (abwechselnde Militärregierungen und Präsidenten aus der Oligarchie) und eine beinahe chronische Rezession, die erst mit dem einsetzenden Bananenboom nach dem Zweiten Weltkrieg überwunden werden sollte. Verschärft wird die schlechte wirtschaftliche Situation durch die darauffolgende Weltwirtschaftskrise 1929, die viele lateinamerikanischen Länder aufgrund der geringen Importmöglichkeiten infolge des Zusammenbruchs der Exporterlöse, regelrecht zwingt eine binnenmarktorientierte Entwicklung, bekannt geworden unter dem Begriff ISI – Importsubstituierende Industrialisierung, voranzutreiben. Ecuadors Bevölkerung ist um 1930 auf rund 2,16 Mio. Einwohner angestiegen und verzeichnet zwischen 1913 und 1929 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 1.6% jährlich. Das exportorientierte Akkumulationsmodell wird jedoch nicht überwunden, sondern in überschaubarem Maße diversifiziert: neben dem Export von Kakao (der nunmehr weniger als die Hälfte der Exporte ausmacht) werden weitere Primärgüter wie Kaffee, Reis und Zucker angebaut und auch Rohstoffe wie Gold und Erdöl sowie die bekannten „Panamá“-Strohhüte exportiert.

⁸ Eine aus US-amerikanischen Ökonomen bestehende Gruppe, die einige Regierungen Lateinamerikas, darunter auch die Ecuadors (1926) beriet. Für detaillierte Informationen: Gozzi, Eugenia; Tappatá, Ricardo (2010): La Misión Kemmerer. Primera iniciativa de reforma financiera profunda en América Latina. http://www.fitproper.com/documentos/propios/Mision_Kemmerer.pdf (Zugriff 7.7.2012)

In der Zeit ab 1930 steigen erstmals die ausländischen Direktinvestitionen deutlich an, welche vor allem von den USA dominiert werden (21 Mio. Sucres um 1930) und hauptsächlich für den Rohstoffabbau bestimmt sind. International tätige Unternehmen wie die Anglo Ecuatorian Oilfields Limited, eine Tochterfirma von British Petroleum, fördern ab dieser Periode auf der Halbinsel Santa Elena, wo bereits 1858 erste Erdölfunde verzeichnet wurden, Erdöl. Diese Unternehmen erhalten nach den 1921 (das erste dieser Art) und 1937 verabschiedeten Gesetzen über den Abbau von Rohstoffen sehr entgegenkommende Konzessionen vom Staat, nach denen sie faktisch 99% der Gewinne behalten können und nur 1% der Exporterlöse an den Staat abgeben mussten. Verständlich ist diese Situation nur, weil die Vergabe der Konzessionen von klientelistischen Beziehungen zwischen der Regierung und wohlhabenden Familien sowie durch Korruption geprägt ist⁹ (vgl. Gordillo 2004: 46).

Der Zweite Weltkrieg (1939-1945) lässt die Nachfrage nach Primärgütern wieder ansteigen und bedeutet für Ecuador einen Lichtblick in der Krise – wobei dieses Ereignis gleichzeitig auch die Importmöglichkeiten beschränkt. Zwischenzeitlich steigt Reis im Jahr 1946 zum Hauptexportgut auf (vgl. Acosta 2006: 92f.).

3.4 Exportorientierte Akkumulation (Bananen, Erdöl) und später Versuch einer Importsubstituierenden Industrialisierung (ca. 1948-1979)

Die theoretische Grundlage und Fundierung dieser neuen „Entwicklungsstrategie“ der ISI, die beinahe in ganz Lateinamerika, natürlich mit unterschiedlicher Intensität, im 20. Jahrhundert verfolgt wurde, liefert 1948 die neu gegründete CEPAL (Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik der Vereinten Nationen / Comisión Económica para América Latina y el Caribe de las Naciones Unidas), unter der Leitung des argentinischen Ökonomen Raúl Prebisch (1948-1962). Prebisch setzte sich in seinen Arbeiten¹⁰ mit der Frage nach den Ursachen von „Unterentwicklung“ auseinander und wählte dafür im Gegensatz zu den Modernisierungstheoretikern (wie Walt W. Rostow) einen historischen Zugang, der die strukturellen Faktoren, die eine ungleiche Entwicklung zwischen den ehemaligen Kolonien und den Mutterländern hervorbrachten, sichtbar machte. Basie-

⁹Die Bedeutung der Erdölförderung und später des Exports aus dieser Region ist im Vergleich zur zweiten Periode des Erdölabbaus ab 1972 in der Amazonas-Region unbedeutend: zwischen 1928 und 1957 exportiert Ecuador rund 42 Millionen Barrel (ein Barrel umfasst 159 Liter). Dieses Volumen ist in etwa vergleichbar mit der Menge an Barrel, die nach dem Erdölboom ab 1972 allein in acht Monaten exportiert wurde (vgl. EP Petroecuador 2010: 9).

¹⁰ Prebisch, Raúl (1950): *The Economic Development of Latin America and its Principal Problems*. New York, UN.

rend auf einer Analyse der wirtschaftlichen Austauschverhältnisse (Terms of Trade - ToT) zwischen Entwicklungs- und Industrieländern entwickelte er die Theorie:

„[...] der säkularen Verschlechterung der terms of trade, derzufolge die Preise der exportierten tropischen Rohstoffe langfristig fallen, während gleichzeitig die Preise für den Import industrieller Fertiggüter steigen, so daß [sic] sich die realen Austauschverhältnisse für die Entwicklungsländer ständig verschlechterten“ (Bernecker o.J.: o.S.).

Exemplarisch dafür ist beispielsweise der Vergleich der Preisentwicklung für den Export von Kaffee-Säcken zum Import eines Traktors. Im Zeitverlauf müssten, so Prebisch, lateinamerikanische Länder immer mehr Kaffeesäcke für den Import eines Traktors exportieren.

Die als „Cepalismo“ bekanntgewordene Theorie-Schule hatte maßgeblichen Einfluss auf die wirtschaftspolitische Entwicklung vieler lateinamerikanischer Länder. Im Kern ihrer Theorie zur Überwindung von „Unterentwicklung“ stand das Vorantreiben des Industrialisierungsprozesses auf Grundlage der Importsubstitution mittels einer aktiven staatlichen Planungs- und Investitionspolitik, und wenn notwendig unterstützt durch protektionistische Maßnahmen, wie z.B. Zollbeschränkungen.

In Ecuador werden unter der Präsidentschaft von Galo Plaza Lasso (1948-1952), José María Velasco Ibarra (1952-1956) und Camilo Ponce Enríquez (1956-1960) die ersten Schritte in diese Richtung gelegt, wobei gleichzeitig auch die in Krise geratene Kakao-produktion zunehmend durch das Anlegen von Bananenplantagen ersetzt und somit das auf den Export von Primärgütern basierte Akkumulationsmodell fortgesetzt wird. Erst nach 1965 mit der Krise der Bananenproduktion kann man in Ecuador von ernsthaften Versuchen einer ISI sprechen.

Faktoren für Ecuadors (kurzzeitigen) Aufstieg zum weltgrößten Bananenexporteur

Die bis dahin stark exportierenden „Bananenökonomien“ Zentralamerikas und der Karibik (zwischen 1935 und 1939 waren sie für 65% des gesamten weltweiten Bananenexports verantwortlich, der zu 90% an Nordamerika ging) werden zu jener Zeit von Pflanzenkrankheiten (Sigatoka und der sogenannten Panama-Krankheit) und schlechten Klimaverhältnissen heimgesucht, weshalb Ecuador ohne starke Konkurrenz in diesen Markt eintreten kann. Ähnlich wie beim Primärgut Kakao, wurden auch schon während der Ko-

lonialzeit in Ecuador (an der Ostküste) Bananen für den heimischen Konsum angebaut. Die ersten Bananenexporte (hauptsächlich nach Chile und Peru) beginnen um 1910 und nehmen bis in die 1930er Jahre leicht Jahre zu, sie betragen allerdings nie mehr als ein Prozent des gesamten Exportwerts und sind somit bezogen auf den weltweiten Export noch unbedeutend. In einem relativ kurzen Zeitraum, ab 1947 bis Mitte der 60er Jahre kommt es allerdings zu einem gewaltigen Bananenboom in Ecuador: die Bananenexporte steigen zwischen 1947 und 1955 um 800%, von rund 68.000 auf fast 603.000 Tonnen. In den frühen 60er Jahren sind Bananenexporte für beinahe 60% der gesamten Exporterlöse Ecuadors verantwortlich und machen einen Anteil von 30% der weltweiten Bananenexporte aus (vgl. Schodt 1991: 1f.).

Der Impulsgeber für diesen Boom ist hauptsächlich in der Verschiebung der Produktions- und Nachfrageländer dieses Primärguts zu finden, denn wie bereits angesprochen, war die Bananenproduktion in Zentralamerika und der Karibik aufgrund dem Ausbruch von Pflanzenkrankheiten beschränkt und durch die notwendigen Investitionen in Schädlingsbekämpfungsmittel teurer geworden, während gleichzeitig die Importnachfrage nach Bananen aus Europa (zwischen 1948 und 1955 erhöhte sich diese um 195%) anstieg. Ecuador bot in vielerlei Hinsicht optimale Bedingungen für den Anbau von Bananen: große Landflächen an der Ostküste standen dafür im Süden entweder in Form von verlassenen Kakaoplantagen oder im Norden in Form von unberührtem Regenwald zur Verfügung. Die jährliche Niederschlagsmenge, die passende Temperatur, die Tatsache, dass keine Wirbelsturmgefahr wie in Zentralamerika und der Karibik herrschte, sowie die günstige Haupterntezeit für die nördliche Hemisphäre (während dem dortigen Winter) zwischen September und März, fördern die Bananenproduktion in Ecuador zusätzlich. Auch das Vorhandensein der im Zuge des Kakaobooms an die Ostküste migrierten „billigen“ Arbeitskraft¹¹ und die bereits davor genutzten Flusstransportwege zum wichtigsten Hafen in Guayaquil bedeuten für die Bananenindustrie einen Startvorteil. Mit der Expansion des Anbaues und dem Ansteigen der Bananenexporte wird ein Ausbau des Strassennetzes für den Transport vom Landesinneren zur Küste unumgänglich, denn im Gegensatz zu Kakao reifen Bananen kontinuierlich und die Flüsse sind nur in der Regenzeit (Dezember-Mai) schiffbar (vgl. Schodt 1991: 5f.). In den Jahren 1954 und 1957 erhält Ecuador dafür jeweils von der Weltbank einen Kredit in Höhe von 8.5 Mio. USD und 14.7 Mio. USD –

¹¹ Laut der ersten offiziellen Volkszählung von 1950 bewohnten bereits 40,5% der 3,2 Mio. Einwohner Ecuadors die Küstengebiete des Landes – 1962 stiegen diese Zahlen bereits auf 47,5% von 4,5 Mio. Einwohnern (vgl. Acosta 2006: 105).

allein zwischen 1944 und 1967 wird das bestehende Strassennetz um 50% (3.500 km) erweitert (vgl. Schodt 1991: 11,17).

Der ecuadorianische Staat spielt jedoch nicht nur durch den Ausbau der Strassen, sondern auch ab 1947 durch die Vergabe von subventionierten Krediten des „Banco Nacional de Fomento“ (BNF), dem Angebot an technischer Hilfe (zur Bekämpfung der ab den 1950er Jahre auch in Ecuador auftretenden Pflanzenkrankheit Sigatoka) sowie durch das Fixieren von Mindestabnehmerpreisen von Exporteuren an Bananenproduzenten, eine wichtige Rolle beim Aufbau der Bananenindustrie. Gründe dafür sind das Bestreben von Seiten der Regierung auch klein- und mittelgroße Bananenproduzenten (die oftmals keinen Zugang zu Krediten von privaten Banken hatten) zu fördern und seitens der Küstenelite ausländisches Interesse in Grenzen zu halten (vgl. Schodt 1991: 8f.). Laut dem Landwirtschaftszensus stammt 1954 rund 60 Prozent der Bananenproduktion aus Betrieben mit weniger als 100 Hektar Fläche: *‘Unlike the pattern in Central America, at no time in the post-war years did foreign firms control a large share of banana production in Ecuador’* (Schodt 1991: 12).

Verglichen mit der Bananenproduktion waren die Lenkungs- und Kontrollmöglichkeiten des Staates bezüglich des Exports der Bananen aufgrund der Notwendigkeit von Kühlschiffen für die langen Transportwege nach Nordamerika oder Europa weitaus geringer. Zwischen den 1930er Jahren bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bestimmen zwei große Firmen in Ecuador den Großteil der Bananenexporte: die „Compañía Frutera de Sudamerica“ (aus Chile) und die „Compañía Bananera del Ecuador“ – eine Tochtergesellschaft der nordamerikanischen United Fruit Company. Ab den 1950er Jahren wird dieses Monopol, vor allem von Seiten der United Fruit Company stets geringer und auch andere europäische Exportfirmen werden in Ecuador tätig. Auch vereinzelt einheimischen Bananenproduzenten wie Luis Noboa Naranjo, dem größten ecuadorianischen Bananenexporteur, der 1955 für 16% der gesamten Bananenexporte verantwortlich war, gelingt es in diesem Bereich Fuß zu fassen (vgl. Schodt 1991: 14f.).

In einem 1954 von der CEPAL veröffentlichten Bericht wird der ecuadorianische Staat aufgrund seiner schwachen Institutionen und unternehmerischen Strukturen als noch zu schlecht „ausgestattet“ befunden, um eine aktive Industrie- und Investitionspolitik betreiben zu können. Als Maßnahme diesbezüglich werden in den oben genannten Regierungsperioden der Staatsapparat und die Zahl der Staatsbeschäftigten entsprechend ausgebaut. Unterschiedliche staatliche Kontrollorgane wie „La Junta de Planificación“ (die 1979 zu

„Consejo Nacional de Desarrollo – CONADE“ umbenannt wurde) oder „El Centro de Desarrollo Industrial del Ecuador (Cendes)“ werden gegründet. Diesen gelingt es auch die Investitionen im Industriesektor erheblich zu steigern: waren es zwischen 1953 und 1957 durchschnittlich nur 15,6 Mio. Sucres steigt diese Zahl auf 867 Mio. Sucres zwischen 1969-72. Ein erheblicher Teil der Erlöse aus den Bananenexporten fließt auch in den weiteren Ausbau der Infrastruktur, vor allem in das Strassennetz zwischen Quito und Guayaquil. Die Bananenexporte reichen jedoch nicht zur Deckung aller staatlichen Ausgaben, weshalb es zum Kapitalimport und einer immer größeren Auslandsverschuldung in dieser Zeit kommt (vgl. Martín-Mayoral 2009: 121f.).

Zusammengefasst bedeutet der Export von Bananen für Ecuador beinahe 20 Jahre lang ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum. Im Zeitraum zwischen 1940 und 1945, wächst Ecuadors Wirtschaft aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln (Reis, Kaffee) ausgelöst durch den Zweiten Weltkrieg, jährlich um 4,4%. Mit dem einsetzenden Bananenboom ab 1945 bis 1950 (der Exportwert stieg in dieser Zeit von 2,8 Mio. Sucres auf 112,1 Mio. Sucres) beträgt die jährliche Wachstumsrate beinahe 7%. In den nachfolgenden zehn Jahren (1950-1965) führen unterschiedliche Faktoren zu einem Rückgang des Wachstums, der aber immer noch bei beachtlichen 4,8% liegt.

Insgesamt betrachtet hatte der Anbau und Export von Bananen tiefergreifende Auswirkungen auf nationaler Ebene als der vorherige Kakaoboom, vor allem durch den nicht monopolisierten Anbau, der erheblichen Verbesserungen der Infrastruktur, die auch für die einsetzende Industrialisierung von Bedeutung war und einer gewissen Stärkung des Binnenmarkts vorangetrieben durch die Ausbreitung von Lohnverhältnissen (vgl. Acosta 2006: 100).

Ab 1965 gerät das exportorientierte Akkumulationsmodell infolge eines starken Rückgangs der Bananenexporte, aber auch der nachteiligen weltweiten Entwicklung der Kakao- und Kaffeepreise erneut in eine Krise. Allein die Bananenexporte nach Nordamerika halbieren sich in der Zeit von 1964-1973. Die Einführung einer neuen und robusteren Bananenpflanze (der sogenannten „Cavendish“) in Mittelamerika, die im Vergleich zur ecuadorianischen Bananensorte („Gross Michell“) zudem kostengünstiger ist, hat tiefgreifende Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftsmodell Ecuadors. Trotz der Einführung von „Cavendish“ Bananen auch in Ecuador ab 1967 kann dieser negative Trend nicht mehr umkehrt werden. Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise treffen die sozialen

AkteurInnen in ungleichem Maße: während die Exportfirmen einfach zu den neuen bzw. neu-aktivierten Produktionsstandorten ausweichen „können“, verlieren die klein- und mittelgroßen Bananenproduzenten einen Großteil ihrer Einnahmen, was sich wiederum negativ auf die Löhne der in den Plantagen beschäftigten Bauern und Bäuerinnen und TagelöhnerInnen auswirkt (vgl. Maldonado 1987: 56f.). Die Konzentration auf dem Exportsektor, die bis in die Gegenwart eine Rolle spielt, verstärkte sich folglich weiter: 1964 konzentriert Noboa über 50% der Bananenexporte, die sich zu 90% in den Händen von weniger als acht Exportfirmen befinden (vgl. Acosta 2006: 101).

Aufgrund der zunehmenden Verschlechterung der Wirtschaft, sichtbar am wachsenden Handelsdefizit, versuchen die damaligen Regierungen, an Stelle tiefgreifender struktureller Reformen, durch die Aufnahme von externen Krediten, wie sie ab 1961 vom Internationalen Währungsfonds (IWF) gewährt werden, die Lage zu stabilisieren.

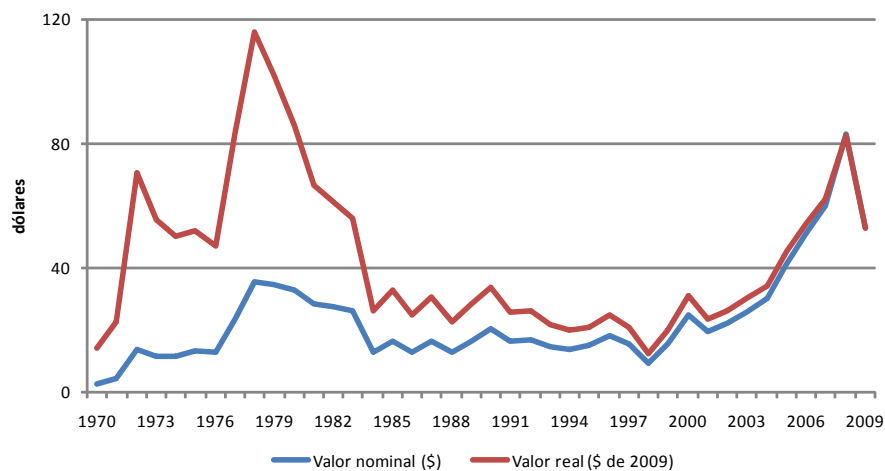
In dieser Periode setzt auch in Ecuador (im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern wie Mexiko, Argentinien oder Chile erst relativ spät) der Versuch einer ISI ein, mit dem Ziel den Binnenmarkt zu stärken und die Abhängigkeit vom primärgüterexportorientierten Akkumulationsmodell zu überwinden.

Der ecuadorianische „desarrollismo“ vollzieht sich hauptsächlich unter den darauffolgenden Militärregierungen (1963-66, 1972-76 und 1976-79), die die Rolle des Staates als „Motor für Entwicklung“ intensivieren. Begünstigt wird die angestrebte Modernisierung der Wirtschaft und die Stärkung des Industriesektors durch den gleichzeitigen Beginn der zweiten und bedeutenderen Phase der Erdölförderung und insbesondere des Exports aus Ecuador, infolge von Ölfunden im Amazonasgebiet (Oriente) im Jahr 1967 durch die ausländische Texaco-Gulf Firma. Nach Jahrzehnten weitgehender Abgeschiedenheit von den anderen Regionen des Landes markiert dieses Datum letztendlich die vollständige Integration der Amazonasregion in den modernen Nationalstaat Ecuadors – „sichtbar“ gemacht am Transport des Erdöls aus dieser Region durch eine 503 km langen Pipeline (Sistema Oleoducto Transecuatoriano – SOTE) bis zum Hafen Balao, in der nördlichen Provinzregion Esmeraldas, dessen Ankunft dort erstmals vor 40 Jahren, am 26. Juli 1972, erfolgte.

Die hohen staatlichen Einnahmen (allein von 1970 bis 1981 steigen diese um das Dreizehnfache, von 190 Mio. USD auf 2.500 Mio. USD) aus den rapide ansteigenden Erdölpreisen auf dem Weltmarkt (siehe Abbildung 1) – von 2,5 USD pro Barrel 1972 auf 35,2

USD im Jahr 1980 – ermöglichen es dem Staat in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß in die Wirtschaftspolitik einzugreifen.¹²

Abbildung 1: Preisentwicklung des ecuadorianischen Erdöls pro Barrel (1970-2009)



Quelle: Hurtado 2011: 5

Trotz einer aktiven Wirtschaftspolitik – die unter anderem großzügige Steuervergünstigungen für Fertigungsbetriebe, subventionierte Kredite, den zollfreien Import von Maschinen, Ersatzteilen, Ausrüstungsgütern und Erzeugnissen, die am Binnenmarkt nicht verfügbar waren, umfasst – sowie der Errichtung hoher Zollmauern zum Schutz der eigenen Industrieprodukte vor ausländischer Konkurrenz und dem Aufbau von Staatsunternehmen und einer wachsenden Klasse von IndustriekapitalistInnen, einer urbanen ArbeiterInnenklasse, BürokratInnen und TechnokratInnen, gelingt es nicht den Binnenmarkt soweit auszubauen, dass die Abhängigkeit vom exportorientierten Akkumulationsmodell überwunden werden kann (vgl. Hoffmann 2008: o.S.).

Die Gründe für das Versagen der ISI in Ecuador sind vielfältig:

¹² Bereits ein Jahr davor (1971) wurde ein neues Kohlenwasserstoff-Gesetz erlassen, welches dem Staat im Vergleich zu vorher, weitaus größere Beteiligungen an den Gewinnen durch den Erdölabbau und den Exporten garantierte. 1972 wird auch die erste staatliche Erdölfirma gegründet: Corporación Estatal Petrolera Ecuatoriana (CEPE), welche die Aufgabe hatte, neue Erdölfelder zu erkunden, das Erdöl zu verarbeiten und zu kommerzialisieren und ein Jahr später wird Ecuador Mitglied der Organisation der Erdölexportierenden Länder – OPEC (vgl. Acosta 2009: 39f.). 1989 wird Petroecuador (Empresa Estatal Petróleos del Ecuador) zur Nachfolgeorganisation von CEPE ernannt.

„En primer lugar por la incapacidad de las elites para crear las condiciones propicias para su cristalización. No se transformó dinámicamente el mercado interno, no se dio una redistribución productiva, no se garantizó el flujo adecuado de capitales para la readecuación del aparato productivo superando su heterogeneidad estructural, no hubo una real concentración de esfuerzos privados y estatales para crear la infraestructura necesaria y tampoco se diseñó – mucho menos aplicó – una verdadera política arancelaria que hubiera protegido activamente a la naciente industria hasta que ésta alcanzara niveles prudentes de competitividad internacional” (Acosta 2006: 115).

Ein weiterer Hemmfaktor ist die fehlende Schaffung von Arbeitsplätzen in den Wirtschaftsbereichen mit höherer Produktivität. Diese resultiert einerseits aus den oben genannten Gründen und andererseits aus der hohen Geldentwertung im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsboom der 1970er Jahre, die dazu führt, dass Importe für die Industrieproduktion weiter erhöht werden mit dem Effekt, dass den steigenden inländischen Löhnen mit den immer billiger werdenden kapitalintensiven Fertigungstechniken entgegengewirkt wird. Auch die Vernachlässigung des Agrarsektors, sichtbar durch das Ausbleiben von Investitionen der exportierenden Landwirtschaftsfirmen in Technologieverbesserungen und damit auch Produktivitätssteigerungen sind Kennzeichen der kurzsichtigen Wirtschaftspolitik, denn aufgrund der mangelnden internationalen Konkurrenzfähigkeit der nationalen Industrieerzeugnisse war die Produktion des Sekundärsektors vor allem von den Erfolgen des Erdöl- und Agrarexports abhängig (vgl. Hoffmann 2008: o.S.).

Zudem ist zu dieser Zeit die Mehrheit der Bevölkerung noch weitgehend ländlich geprägt und wie Lefebvre in den 1980er Jahren festhielt: „[los campesinos] *son los últimos en beneficiarse de las facilidades otorgadas por el Estado para el desarrollo del sector agrícola*“ (Lefebvre 1985: 25).

Die Militärregierungen führten zwar einige Reformen durch, wie z.B. 1964 und 1973 die ersten Agrarreformen, bewirken damit jedoch keine Umverteilung der konzentrierten Eigentumsverhältnisse¹³, sondern „lediglich“ ein Verbot der semifeudalen Arbeitsverhältnisse. Auch eine weitere Steuerreform, die zum Ziel hatte die fiskalischen Einnahmen zu erhöhen wird durchgesetzt. Doch trotz aller Bemühungen bleibt die Steuerbelastung (gemessen als Verhältnis zwischen fiskalischen Einnahmen und dem Bruttoinlandsprodukt - BIP) bei nur 8% des BIP. Parallel zu diesen Maßnahmen kommt es auch schrittweise zu Handelsliberalisierungen und der Förderung von ausländischem Kapital, insbesondere

¹³ Laut dem landwirtschaftlichen Zensus von 1974 lagen in Ecuador folgende Landeigentumsverhältnisse vor: „[...] 1,9% de las explotaciones de más 100 hectáreas abarcaba 42% de la superficie explotada, mientras que 67% de las explotaciones de menos de cinco hectáreas tan solo tenía 6,8% de la superficie“ (Martín-Mayoral 2009: 125).

mit der einsetzenden Erdölförderung aus dem Amazonasgebiet ab den 1970er Jahren (vgl. Martín-Mayoral 2009: 123).

Im Kern ist es der Nexus zwischen den staatlichen Institutionen und den Interessen der Finanz- und Exportbourgeoisie, der eine weitgehende Industrialisierung und ein inklusives Wirtschaftswachstum verhindert. Überspitzt formuliert führt die staatlich gelenkte „Entwicklung“ sogar zu einer Erneuerung der dominanten Herrschaftsstruktur durch die primärgüterexportierende Klasse, die es schafft den Großteil der vom Staat aus den Erdöleinnahmen bereitgestellten staatliche Fördermitteln in Form von Subventionen und Krediten, für ihre eigenen Konsumtätigkeiten zu verwenden (sog. „rent seeking“) und nicht in den Ausbau des Binnenmarktes weiter zu investieren:

“Este intento de industrialización no alteró el parrón tradicional de la acumulación primario-exportadora. Fue un esfuerzo asociado y subordinado a la lógica del capital externo, lo cual delineó la orientación de la producción para satisfacer las necesidades de grupos minoritarios de la población, fortaleciendo la producción de bienes de consumo para satisfacer la demanda de dichos grupos, por sobre la de productos intermedios y de bienes de capital. **Una de las barreras para el cambio representó el patrón de consumo de los estratos altos y también medios, propio de realidades regionalmente diferentes y concentradoras, lo que influyó en la producción industrial local y en las importaciones.** [...] Con lo cual la lógica de la industrialización tenía un componente externo determinante y, por lo tanto, limitante a cualquier propuesta nacional” (Acosta 2006: 116. – Hervorhebung EA).

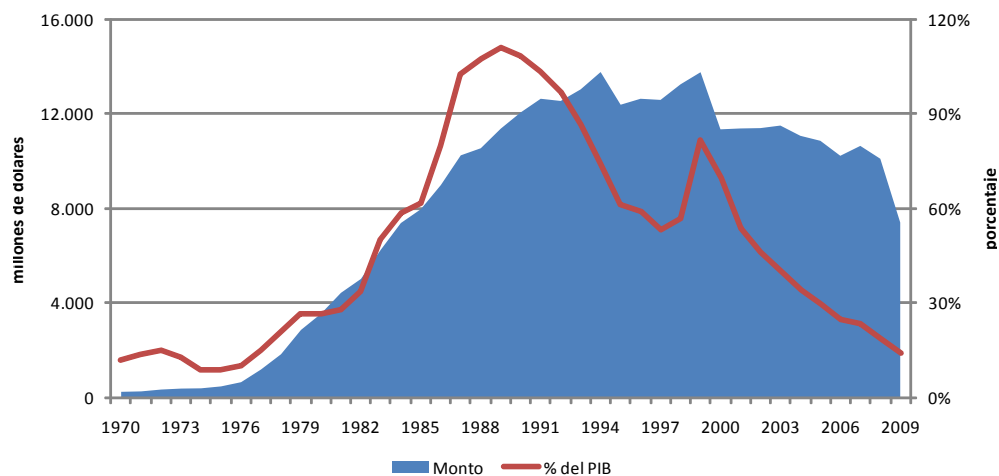
Die steigenden fiskalischen Ausgaben zur Förderung der Industrie und dem Ausbau der Infrastruktur sowie dem Gesundheits- und Bildungssektor können trotz hoher Deviseneinnahmen nicht alle aus den Erdölexporten gedeckt werden, sondern werden auch weiterhin durch ausländische Kredite finanziert.

Die erste internationale Erdölkrise 1973/74 sowie der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems (1973) und die damit verbundene Deregulierungen der Finanzmärkte, erleichtert vielen lateinamerikanischen Staaten aufgrund der bedeutenden Erhöhung internationaler Liquidität („Petrodollarschwemme“) und internationaler Kreditströme zu extrem niedrigen Zinsen, maßgeblich den Zugang zu günstigen Krediten (vgl. Boris 2001: 69f.). In diesem Umfeld steigt auch Ecuador aufgrund der Entdeckung großer Ölvorkommen im Amazonasgebiet vom „armen Bananenproduzenten“ zum „reichen Erdölexporteur“ auf und genießt bei international agierenden Geschäftsbanken Kreditwürdigkeit – weshalb es sich die Machthaber auch leisten können, die Stärkung der internen Steuer-

basis zu vernachlässigen. Fällige Rückzahlungen werden ebenfalls durch die Aufnahme neuer Kredite geleistet und auch der Umstand, dass Ministerien und zahlreiche andere staatliche Einrichtungen ohne der Zustimmung der amtierenden Regierung Kredite aufnehmen können, führen zu einem raschen Anstieg der öffentlichen Auslandsverschuldung (vgl. Hoffmann 2008: o.S.; Martín-Mayoral: 2009: 124).

Wie anhand der nächsten Abbildung 2 deutlich wird steigt allein zwischen 1975 und 1980 die Verschuldung von rund 500 Mio. USD auf vier Mrd. USD an.

Abbildung 2: Öffentliche Auslandsverschuldung Ecuadors in Mio. USD und Prozent des BIP (1970-2009)



Quelle: Hurtado 2011: 6

Der Erdölboom, der zwischen 1971 und 1981 zu jährlichen Wachstumsraten¹⁴ (durchschnittlich) von 8% und einem starken Bevölkerungsanstieg von rund 8 Mio. Einwohnern führt, hat insgesamt gesehen trotz einer nie dagewesenen Höhe an Deviseneinnahmen kaum positive Effekte hinsichtlich der allgemeinen Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung, denn die Akkumulation erfolgt, „[...] *sobre las mismas estructuras anteriores y reprodujo, a una escala mayor, gran parte de las antiguas diferencias*“ (Acosta 2006: 125). Die ökonomischen Strukturen und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse sind weiterhin durch Korruption und klientelistische Netzwerke gekennzeichnet,

¹⁴ In diesem Zeitraum (1971-1981) kommt es aufgrund der niedrigen Löhne auch zu einem beachtlichen Anstieg der Exporterlöse von anderen Primärgütern außer dem Erdöl: die Bananenexporte steigen merklich von 88,2 Mio. USD auf 212,8 Mio. USD, der Kaffee von 36,1 Mio. USD auf 102,4 Mio. USD und auch der Kakaoexport steigt von 24,3 Mio. USD auf 39,5 Mio. USD. Zudem fängt ende der 1970er-Jahre der großzügige Export von Shrimps, dessen Exporterlöse in der Zeit von 4,4 Mio. USD auf 92,8 Mio. USD ansteigen (vgl. Acosta 2006: 137).

weshalb der Erdölboom aus einer sektoralen, regionalen und sozialen Perspektive einen ausschließenden und ungleichen Charakter hat.

Die Jahre 1979 und 1982 gelten als weitere Wendepunkte im Verlauf der politökonomischen Entwicklung des Landes. Bald nach der Rückkehr zur Demokratie unter Präsident Jaime Roldós (1979-1981) wird auch Ecuador von der sich in der ganzen Region ausbreitenden Schuldenkrise getroffen. Auslöser dieser ist die plötzliche massive Anhebung des Dollar-Leitzinssatzes 1979, die durch die Stellung des USD als Weltreservewährung zum rapiden Anstieg des internationalen Zinsniveaus führt.¹⁵ Somit erhöhen sich quasi über Nacht die zu variablen Zinssätzen an den USD gekoppelte Kredite um bis zum Dreifachen, ein Umstand, der zum Zusammenbruch der Zahlungsmittelfähigkeit der lateinamerikanischen Länder führt. Gründe für die Anhebung des Dollar-Leitzinssatzes waren einerseits die restriktive Geldpolitik der US-Zentralbank zur Bekämpfung der hohen Inflation und andererseits die etwas später, vom 1981 gewählten US-Präsidenten Ronald Reagan, betriebene expansive Fiskalpolitik (vgl. Boris 2001: 72ff.).

Auch die volatilen Erdölpreise, die 1982 einen Rückgang verzeichnen und erst um 2000 wieder ansteigen (siehe Abbildung 1), erhöhen das fiskalische Defizit und verschlechtern die wirtschaftliche Lage des Landes zusätzlich. Es folgt eine lange Periode politischer und ökonomischer Instabilität: allein zwischen 1979 und 2009 gibt es in Ecuador 13 verschiedene Präsidenten (vgl. Martín-Mayoral: 2009: 128).

3.5 Die Neoliberale Strukturanpassung und der Weg zu einem gegen-hegemonialem Projekt (1980-2006)

Die Schuldenkrise bedeutet der endgültige Zusammenbruch des intensiven Akkumulationsregimes in Lateinamerika: ausgehend vom Geldregime wurde die nationalstaatszentrierte Regulation zerstört (vgl. Novy; Jäger o.J.: 79).

Als neue relevante Zielgröße, die vor allem den in- und ausländischen Geldkapitalanlegern und Gläubigern entgegenkommt, wird die „monetäre Stabilität“ in den Mittelpunkt aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen gestellt, neben den Zielen der Öffnung der Ökonomie, sowie der Deregulierung und Privatisierung der vorherigen öffentlichen Aufgaben. Die als Strukturanpassungsprogramme zusammengefassten Reformen kulminieren

¹⁵ Auch als „Volcker-Schock“, nach Paul Volcker, der zu der Zeit den Vorsitz der US- Zentralbank innehatte, bezeichnet.

im sogenannten „Washington Consensus“¹⁶ (Williamson 1990) und werden unter dem externen Druck des IWF, der Weltbank und den Gläubigerstaaten zur makroökonomischen Stabilisierung der lateinamerikanischen Länder durchgesetzt. Diese tragen dazu bei eine gänzlich neue Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Sinne des Neoliberalismus zu etablieren: *„Leitbild wurde der schlanke „Minimalstaat“, der sich jeglicher Subventionierungen und Stützungspolitiken sowie industriepolitischen Maßnahmen enthält, da mit diesen eine völlige Liberalisierung der Preise – die für die optimale Allokation der Ressourcen notwendig sei – nur gestört werde“* (Boris 2007: 254f.).

Auch die weitere polit-ökonomische Entwicklung Ecuadors steht im Zeichen dieser radikalen Umstellung von einem staats- zu einem marktzentrierten Entwicklungsmodell: die ersten Strukturanpassungen beziehen sich auf die Priorisierung der Schuldentrückzahlung, von der in erster Linie interne soziale Gruppen aus der Oberschicht sowie externe Gläubiger, Direktinvestoren bzw. Regierungen profitieren (vgl. Boris 2007: 254). Dazu werden alle anderen staatlichen Ausgaben, vor allem im sozialen Bereich gekürzt¹⁷ und Reformen in der Geld- und Fiskalpolitik, wie die Deregulierung und Flexibilisierung der Finanz- und Exportmärkte, implementiert und der vorangegangene unvollständige Versuch einer ISI durch eine völlige Exportorientierung ersetzt.

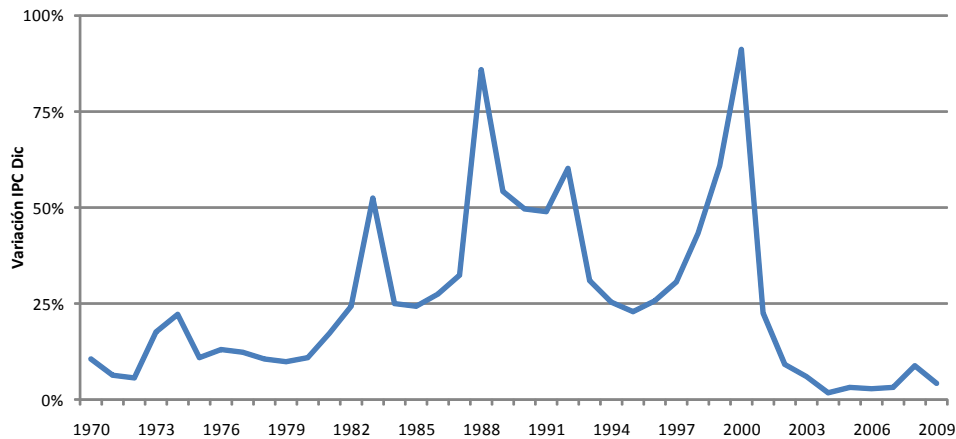
Paradoxerweise wird das staatliche Eingreifen nicht gänzlich unterbunden. Die dominanten Kräfte schaffen es, manche der vom Staat gewährten Subventionen aufrechtzuerhalten und selektiv nur den exportorientierten Sektoren zukommen zu lassen. 1984 gelingt es zum Beispiel dem Privatsektor, der sich ebenfalls großzügig im Ausland verschuldet hatte, die Zentralbank, also den Staat, mit dem Argument der Arbeitsplatzhaltung davon zu überzeugen, dass dieser seine externen Verbindlichkeiten übernimmt und die privaten Banken vor dem Bankrott bewahrt. Dieses Ereignis ging als *„sucretización“* in die Geschichte des Landes ein. Daraufhin steigt die öffentliche Verschuldung auf rund 8 Mrd. USD an (siehe Abbildung 2) (vgl. Hoffmann 2008: o.S.). Die Ausweitung des fiskali-

¹⁶ Der US-amerikanische Ökonom Williamson fasste die Reformen unter folgenden zehn Punkten zusammen und prägte diesbezüglich den Begriff des „Washington Consensus“: 1) Fiskalische Disziplin, d.h. Preisstützungen und Subventionen zurücknehmen. 2) Rigide Ausgabenkürzungen des öffentlichen Sektors. 3) Steuerreformen, um die Steuerbasis zu vergrößern. 4) Die Zinsrate liberalisieren. 5) Eine wettbewerbsfähige Wechselrate einführen. 6) Die Liberalisierung des Handels. 7) Die Liberalisierung von ausländischem Kapital. 8) Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. 9) Deregulierung: Die Öffnung des Marktes für Exporte und Importe. 10) Der Staat als Garant der privaten Eigentumsrechte.

¹⁷ Beispielsweise reduzierten sich die staatlichen Ausgaben für Bildung zwischen 1981 und 2000 von 4,8% des BIP auf 1,7% des BIP und die für Gesundheit im gleichen Zeitraum von 1,3% auf 0,6% (vgl. Martín-Mayoral 2009: 129).

schen Defizits gepaart mit der vorangegangenen expansiven Geldpolitik lässt die Inflation rapide ansteigen: wie folgende Abbildung 3 zeigt, ist der Verlauf ab 1979 bis 2000 (dem Jahr der Dollarisierung) tendenziell ansteigend und liegt immer im zweistelligen Bereich.

Abbildung 3: Verlauf der Inflationsrate in Ecuador (1970-2009)



Quelle: Hurtado 2011: 4

Weitere Ereignisse verschärfen die wirtschaftspolitische instabile Phase zusätzlich: starke Überschwemmungen verursacht durch das Klimaphänomen El Niño 1983 und 1998 aber auch Dürreperioden bzw. Seuchen wie die der „mancha blanca“ (weisser Fleck) in den Shrimpsfarmen¹⁸, reduzieren landwirtschaftliche Erträge und folglich auch die Exporte. Auch Teile der nationalen Infrastruktur werden in Mitleidenschaft gezogen. Das Erdbeben von 1987 beschädigt einen Abschnitt der Erdölpipeline, was zu einem sechsmonatigen Stopp der Erdölexporte führt (vgl. Hurtado 2011: 3f.).

In den Jahren 1981 und 1995 kommt es zudem zu wiederholten kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Ecuador und Peru aufgrund territorialer Streitigkeiten, die erst 1998 mit dem Vertrag von Brasilia beigelegt werden. Hohe Kosten infolge der militärischen Ausgaben, eine Reduktion der Handelsbeziehungen zwischen den Staaten sowie von internationalen Investitionen in Ecuador sind die negativen Folgen davon (vgl. Martín-Mayoral 2009: 126).

¹⁸ Mehr Informationen dazu: Gallitz, Patrick (o.J.): Die Rache der Mancha Blanca. http://www.global-reporter.net/deutsch/themen/garnelen_ekofarm.html (Zugriff 25.7.2012)

Aufkommen der Indigenen Bewegung in Ecuador

In der Ära der neoliberalen Reformen, die Ende des 20. Jahrhunderts in ganz Lateinamerika Einzug hielten, etabliert sich gleichzeitig der Diskurs der indigenen Völker als immer stärker werdendes Gegengewicht. Sie gewinnen auch innerhalb der so genannten sozialen Bewegungen zunehmend an Einfluss und schaffen es sich schrittweise als zentrale politische Akteure zu positionieren (vgl. Kuppe 2010: 112). Mit dem historischen Aufstand am 4. Juni 1990 („Levantamiento de Inti Raymi“), der von der 1986 gegründeten Dachorganisation der Indigenen Bewegung CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador) ausgerufen wird, nimmt auch in Ecuador diese Entwicklung ihren Anfang: *‘The uprising [...] was a real shake up. As a rural protest on national scale, it had no precedent in the country’s history’* (Zamsoc 2007: 9f.). In einer großen friedlichen Mobilisierung, die eine ganze Woche lang dauert, besetzen Zehntausende Indigene überwiegend aus dem Hochland (Sierra) strategisch wichtige Straßen und Gebäude, um ihre Frustration über die dramatische Verschlechterung ihrer sozialen Lage infolge der Strukturanpassungsprogramme und der anhaltenden Rezession der 1980er Jahre publik zu machen und Forderungen für eine Verbesserung ihrer Lage an den damaligen Präsidenten (Rodrigo Borja) zu stellen (vgl. Zamosc 2007: 9).

Der soziale Widerstand gegen die Implementierung der oben genannten neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen, die überproportional zulasten der ohnehin schon stark vernachlässigten und verarmten indigenen Bevölkerung gehen, wird ab diesem Zeitpunkt immer mehr von der Indigenen Bewegung, innerhalb derer die CONAIE eine prominente Rolle hat, angeführt (vgl. Buendia 2009: 1). Auch unter dem nächsten Präsidenten, Sixto Durán (1992-1996), der die Deregulierung und Flexibilisierung des Handelssektors und des Finanzmarkts sowie den Abbau der sozialen Leistungen und staatlichen Subventionen und die Privatisierung der staatlichen Betriebe in den Mittelpunkt seines wirtschaftspolitischen Handelns setzt, kommt es zu zahlreichen Konfrontationen. Ein von ihm vorgebrachtes Referendum zur Stärkung der Exekutive, Schwächung der Gewerkschaften und Privatisierung von Staatbetrieben sowie der Sozialversicherung bringt durch Kampagnen der „Coordinadora de Movimientos Sociales“, einer breiten Koalition bestehend aus der CONAIE, Bauernorganisationen, öffentlichen Gewerkschaften und einer großen Anzahl an Nachbarschaftsvereinigungen, feministischen Gruppierungen sowie MenschenrechtsaktivistInnen, ein „Nein“ als Abstimmungsergebnis – ein klarer Rückschlag für Duráns Agenda (vgl. Tamayo 1996 nach Zamosc 2007: 11).

Gestärkt durch diesen politischen Erfolg wird in der Generalversammlung der CONAIE 1995 der Beschluss gefasst eine eigene politische Partei, die die Interessen der Indigenen Bewegung und ihrer Alliierten vertreten soll, zu gründen. Unter dem Namen „Movimiento de Unidad Plurinacional Pachakutik“¹⁹ – Bewegung der Plurinationalen Einheit Pachakutik geht diese Partei 1996, in einer Allianz mit einer unabhängigen Gruppe geführt vom TV-Kommentator Freddy Ehlers, ins Rennen um das Präsidentenamt. Ehlers kann sich zwar nicht für die zweite Runde qualifizieren, Pachakutik gewinnt jedoch zehn Prozent der Kongresssitze und erhöht damit ihre Repräsentanz auf Provinz- und Lokalebene signifikant (vgl. Zamosc 2007: 11).

Mit der Wahl von Abdalá Bucaram 1996 beginnt eine noch turbulentere Phase wirtschaftspolitischer Instabilität in Ecuador, denn sowohl er als auch seine Nachfolger Jamil Mahuad (1998-2000) und Lucio Gutiérrez (2003-2005) können ihre Amtszeit nicht regulär beenden. Sie werden infolge massiver Proteste von Seiten der Bevölkerung, aufgrund Konfrontationen bzw. gegenseitiger Blockaden von Regierung und Parlament sowie durch die aktive Unterstützung der Zivilgesellschaft durch das Militär aus ihrem Amt gestürzt (vgl. Wolff 2008).

Bucaram, der sich im Wahlkampf als Präsident der armen Bevölkerung präsentiert und die Oligarchie sowie Duráns angepeilte Reformen kritisierte hatte, ändert, kaum an der Macht, völlig seinen Kurs und propagiert weitere umfassende neoliberale Reformen. Die Folge sind die wiederum massive Demonstrationen und Proteste, die auch die klientelistischen Ausverhandlungen von partikularen Leistungen und Gegenleistungen sowie die offene Korruption, die auf der Tagesordnung steht, anprangern (vgl. Wolff 2008). Bucaram wird nach weniger als einem Jahr im Amt 1997 vom Kongress aufgrund „geistigen Unvermögens“ abgesetzt und durch seinen Sprecher Fabian Alarcón ersetzt.

Als Zeichen der Erstarkung und Etablierung der Indigenen Bewegung als politische Akteurin kann auch die 1998 in Kraft getretene neue Verfassung gesehen werden, die neben der Anerkennung der kulturellen und sozialen Rechte der indigenen Völker auch ihre politische Autonomie und eigenständige Rechtsprechung festhält. Zu den wesentlichen Merkmalen zählen hier die Anerkennung der 14 verschiedenen Nationalitäten in Ecuador und der damit einhergehende Anspruch auf Rechte der Vielfalt in Sprache, Gesundheit Bildung, sowie auch die Definition Ecuadors als plurikultureller und multiethnischer

¹⁹ Pachakutik stammt aus dem Quichua und bedeutet „El retorno de los buenos tiempos“, die Rückkehr/das Wiederaufleben der guten Zeiten.

Staat (vgl. Ibarra 2010). Diese Neuerungen haben zum damaligen Zeitpunkt revolutionären Charakter. Allerdings war ihre Umsetzung sehr beschränkt, „[...] *da sie in einem juristischen Gesamtrahmen erfolgen mussten, der nach wie vor der Logik kultureller Homogenität entsprach* (Gómez 1998 zitiert nach Kuppe 2010: 132). Die Anerkennung der indigenen Völker innerhalb der liberalen Nationalstaaten bleibt letztendlich der äußeren Logik eines neoliberal strukturierten und auf kapitalistisches Wirtschaftswachstum ausgerichteten staatlichen Systems unterworfen (vgl. Kuppe 2010: 133).

Welche Benachteiligung dieser Bevölkerungsgruppe 1998 immer noch zuteil kam, macht beispielsweise die weitaus höhere Armutsrate der indigenen Bevölkerung von 87% (in den ländlichen Gebieten sogar 96%) im Vergleich zur Armutsrate der nicht-indigenen Bevölkerung von 61% bzw. der extremen Armutsrate von 56% der indigenen (71% der in den ländlichen Gebieten lebenden Indigenen) im Vergleich zu 25% der nicht-indigenen Bevölkerung) deutlich. Zudem bestärkten diese Zahlen die Annahme, dass in Ecuador ein Großteil der herrschenden Ungleichheit vordergründig mit ethnischen Kriterien und erst danach mit ökonomischen, sozialen oder politischen Herrschaftsstrukturen verbunden ist (vgl. Guillén 2010: 101).

1999 wird schließlich Jamil Mahuad von der christlich-demokratischen Partei zum neuen Präsidenten gewählt. Auch seine Regierung setzt angesichts des steigenden Drucks von Seiten des IWF aufgrund der Stagnation der bisherigen Reformen, eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, wie die Ausweitung der Privatisierungsmaßnahmen auf den Energie- und Telekommunikationssektor und die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, mit folglich hohen sozialen Kosten, um (Guillén 2007: 108). Währenddessen schlittert das Land in die schwerste Rezession seit 1930, verursacht durch eine sich wechselseitig verschärfende Verschuldungs-, Währungs- und Bankenkrise. Die Ursachen dafür liegen in den sinkenden Erdölpreisen (auf weniger als 10 USD pro Barrel ab 1998), den Auswirkungen der Finanzkrisen in Mexiko, Südostasien, Russland und Brasilien (1995-1999) sowie den bereits angesprochen Schäden, die 1997 durch das Klimaphänomen El Niño verursacht wurden (vgl. Wolff 2008). Die überhöhten nominalen Zinsen, die das nationale Sparen anregen und die Inflation bekämpfen sollen sowie die Liberalisierung der Kapitalmärkte, eine fehlende Bankenaufsicht und die konstante Abwertung des Sucre führen 1999 zum Bankrott zahlreicher Banken und dem endgültigen Zusammenbruch des Finanzsystems. Ende des 20. Jahrhunderts liegen fast alle wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren Ecuadors im negativen Bereich:

„Los sectores público y privado se encontraban en insolvencia, el PIB se redujo en 75.3%, había quebrado el 70% del sistema financiero, las empresas perdían hasta el 50% de su patrimonio, la tasa de inflación se acercaba a los tres dígitos, los salarios reales se depreciaban en 11%, la pobreza urbana ascendía al 46%²⁰. se había producido una devaluación anual del 174%, el déficit del sector público no financiero ascendía al 4% del PIB, un número elevado de ecuatorianos perdían sus depósitos bancarios, atemorizados capitales fugaban al exterior, hechos que provocaron una masiva emigración a Estados Unidos, España y otros países” (Osvaldo 2011: 5).

Wieder springt der Staat zur Rettung des Privatsektors ein und übernimmt die Schulden von 72% der Finanzinstitutionen mit Kosten von 4 Mrd. USD bzw. 20% des BIP von 1998. Das fiskalische Defizit liegt 1999 bereits bei über 100% des BIP (vgl. Martín-Mayoral 2009: 130).

Allein zwischen 1998 und 1999 finden drei weitere landesweite Proteste statt – angeführt von der CONAIE und unter der Miteinbeziehung von AkteurInnen der Mittelklasse, wie LKW- und BusfahrerInnen sowie von UnternehmerInnen klein- und mittelgroßer Betriebe – darunter fällt ein 48-stündiger nationaler Streik, der durch verstärkte Militärpräsenz im Land und der Ausrufung des Ausnahmezustands beendet wird (vgl. Zamsoc 2007: 12).

Am 11. Januar 2000 verkündet der Präsident, in einer von vielen als überstürzt angesehenen gefassten Entscheidung, die Dollarisierung des Landes, also die vollständige Aufgabe der nationalen Währung (und damit der eigenständigen Geld- und Währungspolitik) zugunsten des US-Dollars, mit einem Wechselkurs von 25.000 Sucres pro Dollar. Hauptargument für diesen radikalen Schritt war seitens der Regierung, die Bekämpfung der beinahe dreistelligen Inflationsrate. Als Reaktion belagern die CONAIE, andere indigene und nicht-indigene Organisationen sowie eine Gruppe des Militärs den Kongress und fordern die Absetzung von Mahuad, die wenig später, am 21. Januar, auch durch die Junta unter der Führung von Oberst Lucio Gutiérrez erzwungen wird. Vizepräsident Gustavo Noboa übernimmt nun die Amtsgeschäfte (vgl. Guillén 108f; Martín-Mayoral 2009: 130).

²⁰ In dieser Periode kam es nicht nur zu einer der schnellsten Verarmungen großer Bevölkerungsteile in der Geschichte des Landes, sondern auch zu einer rapiden Konzentration des Reichtums: während 1990 20% der Ärmsten noch 4,6% der Einnahmen erhielt waren es 2000 weniger als 2,5%. Im gleichen Zeitraum erhöhten die reichsten 20% der Bevölkerung ihren Anteil am Gesamteinkommen von 52% auf 61% (vgl. Martín-Mayoral 2009: 130f.)

Der Weg zu einem gegen-hegemonialen Projekt und das Ende des Neoliberalismus? (2003-2006)

Die Absetzung von Präsident Jamil Mahuad im Jänner 2000 spiegelt eine Neuzusammensetzung der Kräfteverhältnisse wider: „*Die Verbindung zwischen Indigenen und der Armee löste einen sozialen Aufruhr aus, der [...] die fast dreijährige Amtsperiode von Präsident Gustavo Noboa prägte*“ (Guillén 2007: 110). Dieser setzt nämlich im Kontext von Krise und Dollarisierung, ungeachtet zahlreicher weiterer massiver Proteste, an denen sich immer mehr Organisationen und Bündnisse aus allen Sektoren beteiligen²¹, den neoliberalen Kurs fort: er unterzeichnet ein neuerliches Abkommen mit dem IWF über einen Preisanstieg der Treibstoffe und von Gas (um 90%) für den privaten Gebrauch sowie der Stromversorgung (um 40%) und implementiert ein Wirtschaftspaket, das auch das Anheben der Preise für den öffentlichen Transport um 75% vorsieht. Die Mobilisierungen richteten sich nicht nur gegen die neoliberalen Reformen, sondern auch gegen die geplante Teilnahme Ecuadors am Plan Colombia²², die Nutzung des Militärstützpunktes Manta durch die USA, die Ausweitung der Erdölabbau Gebiete in der Amazonasregion und die Dollarisierung, die auch unter Noboa nicht zurückgenommen wird. Im Februar 2001 wird erneut der Ausnahmezustand verhängt und Protestmärsche, Versammlungen, sowie Demonstrationen offiziell verboten – ein Zeichen der: „*[...] Abnutzungerscheinungen einer Hegemonie, die durch Tatsachen und Aktionen immer mehr in Frage gestellt wurde*“ (Guillén 2007: 111).

Bei der nächsten Präsidentschaftswahl Ende 2002 gelingt es Lucio Gutiérrez, dem Anführer der Absetzung von Ex-Präsident Mahuad durch das Militär im Jahr 2000, durch ein Bündnis bestehend aus seiner Partei (Partido Sociedad Patriótica – PSP), der Pachakutik und der linksgerichteten MPD (Movimiento Popular Democrático) Partei, in der zweiten Wahlrunde gegen den Bananentycoon Álvaro Noboa, das Präsidentenamt für sich zu gewinnen. Dieser Aufschwung der gegen-hegemonialen sozialen Bewegungen, die in Gutiérrez einen Verbündeten in ihrem Kampf gegen die neoliberalen Reformen gesehen hatten, hält jedoch nicht sehr lange, denn: „*Wie seine Vorgänger verfolgte Gutiérrez nun*

²¹ Darunter u.a. die CONAIE, die Koordinationsstelle Sozialer Bewegungen (Coordinadora de Movimientos Sociales, CMS), die Nationale Lehrervereinigung (Unión Nacional de Educadores, UNE), die Einheitsfront der ArbeiterInnen (Frente Unitario de Trabajadores, FUT), das Bündnis der Kichwa-Völker Ecuadors (Confederación de Pueblos de la Nacionalidad Kichwa del Ecuador, ECUARUNARI), der StudentInnenverband Ecuadors (Federación de Estudiantes Universitarios de Ecuador, FEUE), die allgemeine Arbeitervereinigung Ecuadors (Unión General de Trabajadores del Ecuador, UGTE) (vgl. Guillén 2007: 110f.).

²² Mehr Informationen über den Plan Colombia: Quitzsch, Florian (2008): Plan Colombia. <http://www.quetzal-leipzig.de/lexikon-lateinamerika/plan-colombia-19093.html> (Zugriff 25.7.2012)

einen Kurs, der außenpolitisch die Nähe der USA suchte, wirtschaftspolitisch den Ratschlägen von IWF und Weltbank folgte, und allianzpolitisch auf opportunistische Bündnisse und klientelistische Patronagenetzwerke setzte“ (vgl. Wolff 2008). Es folgen wiederum zahlreiche Proteste, Streiks und Mobilisierungen, die jedoch keine Kursänderung des Präsidenten bewirken und mit der Spaltung des regierenden Blocks enden: 2003 wird die Allianz mit der PSP von der MPD und Pachakutik beendet. Die nächsten Monate sind weiterhin von Demonstrationen im ganzen Land, u.a. gegen die Verhandlungen über eine gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA), die Privatisierung von Erdölfeldern und der Strom- und Telekommunikationsunternehmen und Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor gekennzeichnet und lassen die öffentliche Ablehnung des Präsidenten stark ansteigen. Die sozialen Konflikte drehen sich auch verstärkt um die Intensivierung der Erdölaktivitäten, insbesondere um das umstrittene Bauprojekt einer zweiten Pipeline ebenfalls vom Amazonasgebiet zur Pazifikküste (Oleoducto de Crudos Pesados – OPC), die nach zweieinhalb Jahren Bauzeit schließlich 2003 „eröffnet“ wird²³.

Am 20. April 2005 verlässt Gutiérrez schließlich im Hubschrauber den Präsidentenpalast, nachdem er mehrheitlich im Kongress vom Amt enthoben wurde. Wiederum werden die Regierungsgeschäfte vom amtierenden Vizepräsidenten, Alfredo Palacio, übernommen (vgl. Guillén 2007: 117).

Aus makroökonomischer Perspektive stabilisieren sich im Zeitraum nach der Dollarisierung (2000-2006), hauptsächlich aufgrund der wieder steigenden Erdölpreise (auf über 40 USD pro Barrel) zahlreiche Indikatoren wieder: die Gesamthandelsbilanz liegt wieder im positiven Bereich (die Handelsbilanz ohne Erdöl bleibt weiterhin defizitär, aufgrund der geringen Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Industrie und Importabhängigkeit von Kapitalgütern), die Wirtschaft verzeichnet Wachstumsraten von über 4%, die Inflation sinkt wieder auf den einstelligen Bereich und die Reallöhne steigen im Vergleich zu 1999 um 78% an. Auch die Auslandsverschuldung sinkt zwischen 1999 und 2006 deutlich, von 82% auf 32%. Obwohl 2006 fast 40% des gesamten Staatsbudgets für den Schuldendienst, im Vergleich zu den 22% die für den sozialen Bereich, ausgegeben wurden, sinkt im gleichen Zeitraum (1999-2006) die nationale Armutsrate von 52% auf 38%. Dies ist vor allem den für die Ökonomie immer wichtiger werdenden Rücküberweisungen (remittances) der im Ausland lebenden EcuatorianerInnen an ihre Familienangehörigen zuzu-

²³ Die Pipeline ist sowie die SOTE auch rund 500km lang und durchquert sieben Naturschutzgebiete, sowie zahlreiche vulkanisch aktive und erdbebengefährdete Zonen, weshalb sie als stark bruchgefährdet gilt.

schreiben, deren Wert zu dem Zeitpunkt höher als dem der gesamten Bananenexporterlöse ist (vgl. Hurtado 2011: 9; Martín-Mayoral 2009: 131).

Trotz der wiederkehrenden relativen wirtschaftlichen Stabilität bleibt die mehrheitliche Ablehnung gegenüber der betriebenen Wirtschaftspolitik bestehen. Die Art dieser Proteste erfährt infolge jahrelanger Auseinandersetzungen einen emanzipatorischen Wandel: waren die dargestellten Proteste und Aufstände bis zum Anfang des neuen Jahrtausends (2000) noch durch einen eher passiven Widerstandscharakter und einer defensiven Haltung, in Form von Gegenreaktionen auf die neoliberale Regierungspolitik und weniger von einer klaren Strategie geprägt, „[...] *die bis 2002 die Herrschaftsbeziehungen des Landes zwar nicht ausschlaggebend verändern konnten, aber dennoch zu einer Kräfteakkumulation der subalternen gesellschaftlichen Sektoren beitrugen* [...]“ (Guillén 2007: 112), ändert sich dies ab 2003 zu einer wesentlich proaktiveren Haltung der DemonstrantInnen, die unter anderem darin deutlich wird, dass diese Palacio damit drohen, dass wenn die laufenden Verhandlungen mit den USA über die Unterzeichnung eines Freihandelsvertrags nicht eingestellt werden, der „Präsident nach Hause gehen“ wird (vgl. Guillén 2007: 120).

Dieser Wandel der sozialen Kämpfe bildet auch die Grundlage für die folgenden Ereignisse und für die Konstruktion eines alternativen Staats- und Gesellschaftsprojekts, denen die Infragestellung der subalternen Position vor allem der indigenen und bäuerlichen Bevölkerung in der Gesellschaft und der Hegemonie der wirtschaftlichen und politischen Eliten des Landes vorausgegangen war.

Im August 2005 folgt ein weiterer politischer Schlag, als der Wirtschaftsminister unter Palacios Präsidentschaft, Rafael Correa, ein Ökonom aus Guayaquil, seinen Rücktritt verkündet, mit der Begründung in den Verhandlungen mit der Weltbank über einen Kredit von 100 Mio. USD für die Finanzierung des Haushalts gescheitert zu sein. Auch dieses Ereignis bleibt nicht ohne Reaktion: Hunderte Menschen demonstrieren dagegen, dass Palacio, „[...] *dem Druck der USA, der multilateralen Institutionen und der Ölmultis nachgegeben und den Rücktritt von Correa akzeptiert hatte*“ (vgl. Guillén 2007: 118).

Die sozialen Unruhen und Proteste steigen auch in den nächsten Monaten an und werden bis 2006, dem Jahr der nächsten Präsidentschaftswahl mit unverminderter Intensität im ganzen Land weitergeführt.

Nach fast drei Jahrzehnten, in denen sich wie hier aufgezeigt wurde, Ecuador mehr oder weniger stark in einer andauernden wirtschaftspolitischen Krise²⁴ befand – die geprägt war von ständig wechselnden Regierungen, Korruption, Unsicherheit und einer zunehmenden Verschlechterung der sozialen Lage der ecuadorianischen Bevölkerung – kündigt sich mit dem Sieg der Präsidentschaftswahlen im November 2006 durch Rafael Correa, Spitzenkandidat des Movimiento Alianza PAÍS – einem Bündnis aus unterschiedlichen sozialen Bewegungen – und schließlich 2008, mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung, ein Paradigmenwechsel an. Das Konzept des Buen Vivir, als Alternative zu den vorangegangenen gescheiterten „Entwicklungsprojekten“, hat sich in der öffentlich-politischen Diskussion des Landes etabliert. Dies geschah vor allem, wie gezeigt wurde, aufgrund der erfolgreichen Positionierung von neuen sozialen AkteurInnen: anfangs waren dies vor allem indigene Organisationen, spätestens bei den Debatten zur Erarbeitung einer neuen Verfassung zeigte sich aber, dass sich auch andere soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Institutionen mit diesem Konzept identifizieren und für dessen Umsetzung kämpfen (vgl. Cortez; Wagner 2010: 168f.). Sie haben die jahrelange Hegemonie beider Parteien – der Christlich-Sozialen Partei (Partido Social Cristiano - PSC), die die Interessen der traditionellen Eliten repräsentiert, sowie der populistischen Parteien wie der Sozial-Patriotischen Partei (Partido Sociedad Patriótica - PSP) von Ex-Präsidenten Lucio Gutierrez – die versucht hatten neoliberale Reformen umzusetzen bzw. zu intensivieren, endgültig herausgefordert (vgl. Moore; Velásquez 2012: 117).

²⁴ Umfragen des Latin American Public Opinion Project die in Ecuador 2001, 2004 und 2006 durchgeführt wurden, zeigten, dass bei der Mehrheit der EcuatorianerInnen großes Misstrauen gegenüber der Regierung, den politischen Parteien und der Legislative herrschte (vgl. Kennemore; Weeks 2011: 274).

4. Buen Vivir: Eine Alternative zu (wirtschaftlicher) Entwicklung?

NOSOTRAS Y NOSOTROS, el pueblo soberano del Ecuador [...] decidimos construir una nueva forma de convivencia ciudadana, en diversidad y armonía con la naturaleza, para alcanzar el buen vivir, el sumak kawsay; [...]

(Präambel der Verfassung von Ecuador 2008)

Mit diesem Satz beginnt die Präambel der neuen ecuadorianischen Verfassung, die Ende September 2008 mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der WählerInnen angenommen wurde und Ecuador erstmalig als plurinationalen und interkulturellen Staat definiert.

Bereits 2007 hatte die CONAIE konkret vorgeschlagen, den Begriff »sumak kawsay«, der vorwiegend als das „Gute bzw. erfüllte Leben“ übersetzt wird, als Leitprinzip für die Reorganisation des Staates zu etablieren:

“Dies ist ein Moment großer Hoffnung für die großen Mehrheiten des Landes, die wir für die Schaffung einer post-kapitalistischen und post-kolonialen Gesellschaft kämpfen, eine Gesellschaft, die das „gute Leben“ vorantreibt, das von Generation zu Generation durch unsere Vorväter und Vormütter übermittelt wurde, eine Gesellschaft, die die Lehren der Urbevölkerung wiedererlangt und in Harmonie mit unserer Mutter Erde (Pacha Mama) leben kann“ (CONAIE 2007: 1).

An der Einführung und Ausformulierung des Prinzips des Buen Vivir in die neue Verfassung, war auch der ecuadorianische Ökonom, Politiker und Intellektuelle Alberto Acosta Espinosa maßgeblich beteiligt. 1948 in Quito geboren, studierte er von 1974-1979 Volkswirtschaft, mit Schwerpunkt Energiewirtschaft, an der Universität Köln in Deutschland. 2007 ernannte ihn Präsident Rafael Correa zum Minister für Energie und Bergbau und zum Präsidenten der verfassungsgebenden Versammlung die in Montecristi stattfand (2007-2008)²⁵.

Bevor genauer auf die Verankerung des Buen Vivir in der ecuadorianischen Verfassung eingegangen wird, steht am Anfang eine kurze Definition und Genealogie des Konzepts. Folgende Fragen werden in diesem Zusammenhang beantwortet: Was genau beinhaltet das Konzept des Buen Vivir? Woher stammt es und was sind seine zentralen Eckpfeiler?

²⁵ Aufgrund zunehmender Differenzen über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, distanzierte sich jedoch Acosta bald darauf von der Politik Correas.

Wie ist es in der ecuadorianischen Verfassung verankert und welche Implikationen ergeben sich daraus? Diese Fragestellungen und damit zusammenhängende Themen sind Gegenstand dieses Kapitels.

4.1 Ursprung und zentrale Aspekte des Buen Vivir

Allgemein formuliert basiert das Konzept des Buen Vivir laut dem Dachverband andiner indigener Organisationen, der CAOI (Coordinadora Andina de Organizaciones Indígenas), vorwiegend auf den heute bekanntesten indigenen Formen des »Gut lebens«: darunter fallen das bereits erwähnte »sumak kawsay«, auf kechwa in Peru bzw. kichwa in Ecuador²⁶, »suma qamaña«, auf aymara in Bolivien und »ñande reko«, auf guaraní in Paraguay (vgl. Huanacuni 2010/Cortez; Wagner 2010: 178).

Diesen ist gemeinsam, dass sie einen ethischen Hintergrund teilen, der auf der Kosmovision (Weltanschauung) der indigenen Völker Lateinamerikas fußt. Diese geht von einem „holistischen Naturverständnis“ aus und zielt auf das „Zusammenleben in Vielfalt und Harmonie mit der Natur“ ab. Das indigene „Wertesystem“ stellt das Wohlergehen des Menschen in den Mittelpunkt, welches nicht einfach mit dem westlichen Verständnis von Wohlstand gleichgesetzt werden kann. Weiters steht die *Gemeinschaft* (und nicht das Individuum) im Zentrum, die im Einklang mit der Natur leben soll: *‘Ancestral thinking is eminently collective; the conception of Living Well necessarily relies upon the idea of ‘we’. The community encompasses, protects, demands and is the basis for the reproduction of this collective subject that we all [female], all [male] and each one are’* (Radcliffe 2012: 242).

Das Buen Vivir drückt sich in einer grundlegend anderen Art Werte zu empfangen und auch zu zuweisen, aus. Es stellt in Frage wie wir Menschen mit uns selbst und mit unserem Umfeld in Beziehung treten. Ausgangspunkt ist die Vorstellung, dass der Mensch nur ein Teil des Gesamtsystems bildet und alles miteinander verbunden und voneinander abhängig ist: *„Vivir bien, es la plenitud. Saber vivir en armonía y equilibrio; en armonía con los ciclos de la Madre Tierra, del cosmos, de la vida y de la historia, y en equilibrio con toda forma de existencia en permanente respeto“* (Huanacuni: 2010).

²⁶ In Ecuador stammt der Begriff des Buen Vivir aus der indigenen Sprache „kichwa“ und hat folgende Bedeutungen: Sumak: plenitud, sublime, excelente, magnífico, hermoso(a), superior - Kawsay: vida, ser estando, estar siendo (vgl. Huanacuni: 2010).

In diesem Sinne kann man auch nicht „Gut bzw. erfüllt Leben“, wenn es Anderen schlecht geht, oder die Natur zerstört wird. Zugespitzt formuliert, setzt das Verständnis voraus, dass beim Buen Vivir der Verlust einer Spezies der Verlust des Gesamten bedeutet.

Als zentrale Prinzipien des Buen Vivir gelten die *Komplementarität*, *Reziprozität*, *Interdependenz*, *Gleichgewicht* und *Solidarität*, welche auch das Geschlechterverhältnis sowie das Verständnis der Ökonomie kennzeichnen.

Das andine *Geschlechterverhältnis* zielt auf Komplementarität und Reziprozität von Mann und Frau innerhalb der Gemeinschaft ab. Diese wird als multifunktionale Institution, die ökologische, politische, gesellschaftliche und religiöse Aspekte umfasst, verstanden. Aufgrund dieses komplementären Prinzips ist einerseits keine Unterscheidung von Geschlecht (in „Sex“ als natürliches und „gender“ als sozial konstruiertes Geschlecht) möglich und andererseits sind auch andere, beispielsweise homosexuelle Geschlechteridentitäten, ausgeschlossen (Cortez; Wagner 2010: 189ff.).

Diese Vorstellungen von Gemeinschaft und Reziprozität haben weiterführend auch Auswirkungen auf das Zusammenspiel von Wirtschaft und Entwicklung und im weiteren Sinne auf die im westlichen Sprachgebrauch benannte „Reproduktionsarbeit“. Basierend auf dem Prinzip der „Schaffung und Erhalt des Lebens“ in Harmonie mit der „Mutter Erde“ wird die *Ökonomie* als eine lebenserhaltende und lebenspflegende konzipiert:

„Das letztendliche Ziel der Ökonomie der Lebenspflege [economía de la crianza] besteht nicht darin, Geld anzuhäufen, um Macht und Herrschaft zu erhalten [...], sondern ganz im Gegenteil geht es darum, das *sumaq kawsay* (verstanden als ein angenehmes, harmonisches, erfülltes und bescheidenes Leben) miteinander zu teilen, das ein Zustand völliger Harmonie mit sich selbst und seinesgleichen (*Runa*), mit der Natur (*Sallqa*) und den Gottheiten (*Wak'a*) darstellt, welche außerdem an den Prozessen der Distribution und des Konsums der Güter und Dienstleistungen beteiligt sind, ebenso an der gemeinschaftlichen Bemühung sich selbst und alle Lebewesen zu ernähren [...]“ (Enríquez Salas 2008 zitiert nach Cortez; Wagner 2010: 190).

Wichtig ist hier hervorzuheben, dass die Definition des Buen Vivir je nach Territorium und sozialem Kontext variiert und dieses Konzept auch nicht ausschließlich im andinen Raum Lateinamerikas vorzufinden ist. So kann das »*suma qamaña*« der Aymara nicht auf die Shuar, den Bewohnern des Amazonas-Regenwaldgebiets im Süden Ecuadors

übertragen werden. Für die Shuar bedeutet das Buen Vivir oder >>shiir waras<<: „ [...] *una paz doméstica y una vida armoniosa, incluyendo un estado de equilibrio con la Naturaleza*“ (Descola 1996 zitiert nach Gudynas 2011a: 8). Auch die afrokolumbianischen BewohnerInnen an der Pazifikküste des Landes im Chocó, die Uros am Titicacasee in Peru oder das Volk der Mapuches aus dem Süden Chiles haben ihre eigene Auffassung vom Buen Vivir (>>küme mongen<<) (vgl. Gudynas 2011a: 8ff.).

Zudem wird das Konzept nicht nur durch die verschiedenen indigenen Vorstellungen und Werte, sondern auch durch AutorInnen und Traditionen die nicht aus Lateinamerika stammen, beeinflusst. Ökofeministische Ansätze wie beispielsweise die von Vandana Shiva²⁷, die Publikationen von Arne Naess²⁸, einem norwegischen Philosoph (1912-2009), der 1989 den Begriff der „Tiefenökologie“ prägte und die Arbeiten von Aldo Leopold²⁹, einem US-amerikanischen Ökologen (1887-1948), der als Gründer der Naturschutzbewegung gilt, gehören dazu (vgl. Cortez; Wagner 2010: 187; Gudynas 2011a: 8). Ihr Denken wurde und wird teilweise immer noch innerhalb der konventionellen Wissenschaft marginalisiert und/oder ignoriert.

Dem Konzept liegen auch universelle philosophische Prinzipien zugrunde: aristotelische, marxistische, ökologische, feministische, kooperativistische und humanistische (vgl. Acosta 2010: 2).

4.2 Widersprüche zum westlichen Weltbild und dem konventionellem „Entwicklungsbegriff“

In einigen Aspekten herrschen tiefgreifende konzeptionelle Unterschiede zwischen dem Konzept des Buen Vivir, wie es oben definiert wurde, und dem westlichen Weltbild sowie dem vorherrschenden Entwicklungsbegriff. Eduardo Gudynas, uruguayischer Sozialwissenschaftler am CLAES (Centro Latinoamericano de Ecología Social), spricht in diesem Zusammenhang von „ontologischen Konflikten“ (Gudynas 2011a: 14):

Er bezeichnet das Buen Vivir als eine Plattform in der verschiedene Sichtweisen geteilt werden und die auf die Herausbildung einer anderen Zukunft, die teilweise durchaus uto-

Ausgewählte Werke der genannten Wissenschaftlerin und Wissenschaftler:

²⁷ Shiva, Vandana (1997): *Abrazar la vida. Mujer, Ecología y Desarrollo*. Madrid, horas y HORAS.

²⁸ Naess, Arne (1989): *Ecology, community, lifestyle*. Cambridge: Cambridge University Press.

²⁹ Leopold, Aldo (1949): *A Sand County Almanac and sketches here and there*. Oxford [u.a.]: Oxford University Press.

pisch sein mag, gerichtet ist. Ohne die einzelnen Ausprägungen des Buen Vivir auf essentialistische Weise reduzieren zu wollen, hebt Gudynas folgende gemeinsame Kernelemente und deren Widersprüche zum "konventionellem Entwicklungsdenken" dieser Plattform hervor:

Das lineare Verständnis von Entwicklung existiert beim Buen Vivir nicht: „*El Buen Vivir, [...] no tiene una postura ni lineal ni única de la historicidad*“ (Gudynas 2011a: 18f.). In der indigenen Tradition existiert die Vorstellung von einem „unterentwickelten“ Zustand, der überwunden werden muss, nicht. Auch wird Armut nicht mit einem Fehlen an Gütern oder Konsummöglichkeiten assoziiert und Reichtum nicht mit einem Überfluss an diesen (vgl. Acosta 2010: 2).

Eine neue Beziehung zur Natur wird postuliert, in der diese als Rechtssubjekt auftritt. Im Unterschied zum abendländischen Verständnis, wo der Mensch nicht als Teil der Natur gesehen wird und diese eine untergeordnete Stellung gegenüber dem Menschen einnimmt. Diese utilitaristische Beziehung, im ökonomisch-ethischen Liberalismus verankert, ist durch eine Unterwerfung und gleichzeitigen Instrumentalisierung der Natur gekennzeichnet. Darin wird die Natur als Mittel zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse gesehen.

Es werden weder die sozialen Beziehungen ökonomisiert, noch Dinge auf handelbare Güter und Dienstleistungen reduziert. Daraus leitet sich auch ab, dass der Wohlstand nicht ausschließlich vom materialistischen Besitz oder dem Einkommensniveau abhängt, sondern die Lebensqualität aller Menschen sowie sein seelisches/spirituelles Wohlbefinden und die Zufriedenheit (*felicidad*) eine wichtige Rolle spielen.

Aufgrund dieser konzeptionellen Unterschiede weisen manche Autoren auch auf das Dekolonisierungspotenzial des Buen Vivir hin:

„[Das >>sumak kawsay<<] stellt die bisherigen dominanten, weiß-mestizischen, liberalen Werte in Frage, die immer wieder auf koloniale bzw. neokoloniale Konzepte und Lebensweise zurückgreifen, um politische und soziale Projekte zu rechtfertigen. In diesem Sinn stellt >>sumak kawsay<< eine Aufwertung von Lebensformen ins Zentrum der politischen Debatten, die auf einem anderen Weltverständnis basieren als abendländische Traditionen und so eine Alternative dazu bieten können“ (Cortez; Wagner 2010: 174f.).

In seinem Kern richtet sich das Konzept des Buen Vivir gegen das konventionelle Ent-

wicklungsdenken mit der Zauberformel "Wirtschaftswachstum = Entwicklung" und damit zusammenhängend mit der verbreiteten Fortschrittsideologie. So wird Fortschritt im Kontext des Buen Vivir als sozialer Fortschritt verstanden und nicht als alleinige Akkumulierung von materiellem Wohlstand.

Dabei knüpft das Konzept an die wegweisenden Thesen des indischen Ökonomen und Nobelpreisträgers (1998) Amartya Sen an. Er plädiert in seinen Werken³⁰ dafür, Wirtschaftswachstum nicht als Synonym für Entwicklung zu verstehen und prägte den Entwicklungsbegriff als: „*Abbau von Unfreiheiten, die die Handlungs- und Lebensmöglichkeiten des Einzelnen beschränken*“ (Wagner 2010: 116).

Wirtschaftswachstum ist zwar ein wirkvolles Mittel, um Armut zu reduzieren, aber es ist nicht adäquat zur Erreichung aller Ziele. Im Besonderen dann nicht, wenn es nicht inklusiv ist und die Ungleichheit zwischen Staaten aber auch innerhalb von Staaten ansteigen lässt. Kritisiert wird ein wachstumsfixiertes Verständnis von Wohlstand, welches vom BIP/Kopf bzw. Einkommen und materiellem Besitz abhängig gemacht wird. El Buen Vivir stellt die Lebensqualität der Menschen in den Mittelpunkt, ohne diese auf Konsummöglichkeiten oder Besitz zu reduzieren. Zudem kritisiert das Buen Vivir auch den Glauben an ein stetiges Wirtschaftswachstum angesichts der endlichen natürlichen Ressourcen und der begrenzten Fähigkeit des Planeten Umweltschäden zu absorbieren (vgl. Gudynas 2011a: 3f.).

In diesem Sinne versteht es sich auch nicht als alternatives Entwicklungskonzept, sondern als eine Alternative per se zur „Entwicklung“ und fordert die Überwindung gängiger Entwicklungskonzepte:

„[E]l buen vivir implica una ruptura sustancial con la apropiación de la naturaleza para alimentar un desarrollo entendido como crecimiento económico y un progreso concebido como evolución lineal. Por lo tanto, el buen vivir no es solo una cuestión de políticas económicas redistributivas o de nacionalizar tal o cual sector estratégico, sino que apunta a un debate más profundo sobre las raíces conceptuales del desarrollo. Al menos conceptualmente, el buen vivir supera la búsqueda de desarrollos „alternativos“ e intenta ser una „alternativa al desarrollo“ (Gudynas, Acosta 2010: 81).

Typische „Entwicklungsfelder“ wie die Bekämpfung von Ungleichheit stehen dabei zwar

³⁰ Dazu gehören: Sen, Amartya (1973) [1997]: On Economic Inequality. Oxford: University Press / --- (1984): Resources, Values and Development. Oxford --- (1999): Development as Freedom. Oxford.

genauso im Mittelpunkt, aber es treten neue Bereiche hinzu, wie der Kampf gegen den Verlust der Biodiversität und den Klimawandel: „[...] *dos objetivos que guardan la misma relevancia: cero pobreza y cero extinciones de especies nativas. La erradicación de la pobreza y detener el debacle ambiental aparecen como medidas urgentes, y donde una y otra van de la mano, y son igualmente urgentes*“ (Gudynas 2011a: 17).

Reaktionen auf das Buen Vivir

Die Eingliederung des Konzepts des Buen Vivir in die ecuadorianische Verfassung und die sich daraus ergebenden Folgen für die Bedeutung von „Entwicklung“ haben sehr unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Konservative Positionen haben es als eine Rückkehr in die Steinzeit bzw. einem Aufruf zum „Faul-sein“ interpretiert (Gudynas, Acosta 2010: 75).

Der kosmologischen Vision der indigenen Völker Lateinamerikas die im Einklang mit der Natur leben, wird auch eine gewisse Romantisierung vorgeworfen. Diesem kann entgegengehalten werden, dass dieses Lebensprinzip wesentlich zum Widerstand und Überleben der Ureinwohner des Kontinents von über 500 Jahren Kolonisierung und Ausbeutung beigetragen hat (Gudynas, Acosta 2010: 81).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das heutige Buen Vivir ein *plurales Konzept* darstellt, welches aus den Überlappungen und Gemeinsamkeiten der ethischen Leitprinzipien der unterschiedlichen indigenen Völker Lateinamerikas und aus alternativen und kritischen Arbeiten von AutorInnen aus dem „Westen“ hervorgegangen ist und sich in Konstruktion befindet.

In einem Land wie Ecuador, das wie in Kapitel 3 gezeigt wurde, über Jahrzehnte hinweg seinen Mestizo-Charakter „verherrlicht“ und das „Weiße“ bevorzugt, sowie seinen Blick auf das „Entwicklungsmodell“ des amerikanischen Nordens gerichtet hat, stellt, historisch betrachtet, die Verankerung des Buen Vivir als Leitprinzip in der neuen ecuadorianischen Verfassung ein bedeutsames Ereignis dar (vgl. Walsh 2010). Im folgenden Abschnitt werden die wichtigsten Bestimmungen und Neuerungen der neuen Verfassung in diesem Zusammenhang dargestellt.

4.3 Die Verankerung des Buen Vivir in der Ecuadorianischen Verfassung 2008

Die ecuadorianische Verfassung von 2008 (vgl. Georgetown University 2008) ist bereits die zwanzigste des Landes und baut teilweise auf den Errungenschaften der zehn Jahre davor verabschiedeten Verfassung auf (siehe Kapitel 3). Sie ist in neun *Títulos* unterteilt, die jeweils untergeordnete Kapitel aufweisen. Diese beinhalten wiederum verschiedene Artikel. Von insgesamt 444 Artikeln beziehen sich 99 direkt auf das Buen Vivir.

Um das Buen Vivir „zu erreichen“ werden als Oberziele des Staates die Planung der nationalen Entwicklung, die Bekämpfung der Armut, die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung sowie die gerechte Umverteilung der Ressourcen und des Reichtums festgelegt (Art. 3). Zudem wird das Recht der Menschen auf das Leben in einer gesunden Umwelt postuliert und die Erhaltung dieser als öffentliches Interesse deklariert (Art. 14):

„Se reconoce el derecho de la población a vivir en un ambiente sano y ecológicamente equilibrado, que garantice la sostenibilidad y el buen vivir, *sumak kawsay*. Se declara de interés público la preservación del ambiente, la conservación de los ecosistemas, la biodiversidad y la integridad del patrimonio genético del país, la prevención del daño ambiental y la recuperación de los espacios naturales degradados.”

Die Eckpfeiler, die die Umsetzung des neuen „Gesellschaftsvertrags“ laut Verfassung garantieren sollen, stehen in einem Dreiecksverhältnis zueinander. Die Rechte des Buen Vivir, das sogenannte „Entwicklungsregime“ und die Rechte der Natur bilden die Hauptelemente der neuen Verfassung.

Die Rechte des Buen Vivir (Título VII – Art. 340 bis Art. 415)

Zusätzlich zu seiner Bedeutung als transversale Achse der Verfassung hat auch das Buen Vivir ein eigenes Regelwerk mit zwei Kapiteln. Das erste Kapitel umfasst die Bereiche, die die Gleichheit und Inklusion der Bevölkerung Ecuadors betreffen und das zweite regelt die Biodiversität und den Umgang mit den natürlichen Ressourcen, Wasser, Land sowie mit alternativen Energiequellen.

Die über 70 Artikel betreffen genauer gesagt folgende Bereiche: Wasser und Ernährung; eine gesunde Umgebung; Kommunikation und Information; Kultur und Wissenschaft; Bildung (die Schulpflicht wird bis zum Abschluss der Secundaria erhöht (Art. 28); das Wissen der Ahnen; Lebensraum und Wohnungswesen; Gesundheit; Arbeit sowie die

Verankerung von individuellen und kollektiven Rechte. In diesem Zusammenhang wird auch die aktive Förderung der Ernährungssicherheit (Art. 13 und Art. 14) durch den Staat genannt. Auch die soziale Absicherung aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen wird als unverzichtbares Recht definiert (Art. 34). Der Staat trägt die Verantwortung dafür, dass alle Menschen abgesichert sind und legt zudem fest, dass das Sozialversicherungssystem nicht privatisiert werden darf (Art. 369 bzw. Art. 367).

Das „Entwicklungsregime“ (Título VI – Art. 275 bis Art. 339)

Unter dem Entwicklungsregime wird laut Verfassung: „[...] *el conjunto organizado, sostenible y dinámico de los sistemas económicos, políticos, socio-culturales y ambientales, que garantizan la realización del buen vivir, del sumak kawsay*“, verstanden (Art. 275). Dadurch wird klar gemacht, dass „die Entwicklung“ dem Buen Vivir zu dienen hat. Als Motor des Entwicklungsregimes fungiert der Staat, der die Entwicklung des Landes plant (ebd.):

„[...] para garantizar el ejercicio de los derechos, la consecución de los objetivos del régimen de desarrollo y los principios consagrados en la Constitución. La planificación propiciará la equidad social y territorial, promoverá la concertación, y será participativa, descentralizada, desconcentrada y transparente.“

Weiters postuliert die Verfassung einen direkten Konnex zwischen den Entwicklungsstrategien und den Rechten (ebd.):

“El buen vivir requerirá que las personas, comunidades, pueblos y nacionalidades gocen efectivamente de sus derechos, y ejerzan responsabilidades en el marco de la interculturalidad, del respeto a sus diversidades, y de la convivencia armónica con la naturaleza.”

Die Ziele des Entwicklungsregimes (Art. 276) sind umfassend und richten sich auf folgende Bereiche: die Verbesserung der Lebensqualität; ein gerechtes, demokratisches, produktives und solidarisches Wirtschaftssystem mit einer gerechten Verteilung der Erträge und einer würdigen und sicheren Arbeit; die Förderung der Partizipation und der sozialen Kontrolle unter Einbeziehung einer gerechten Repräsentation verschiedener Identitäten in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung; die Erholung und Konservierung der Natur sowie der Erhalt einer gesunden und nachhaltigen Umwelt die allen den gleichen Zugang garantiert; die Stärkung der Fähigkeiten und des Potenzial der Men-

schen, der Ernährungssouveränität, dem Schutz und der Förderung der kulturellen Diversität; die Erhaltung der nationalen Souveränität und der lateinamerikanischen Integration. Es wird festgehalten, dass diese Ziele im Rahmen eines nationalen Aktionsplans (Plan Nacional de Desarrollo) umgesetzt werden (Art. 279 und Art. 280).

Die Rechte der Natur

Der dritte Teil des Dreiecks umfasst die Rechte der Natur. Die ecuadorianische Verfassung bezieht sich in ihren Artikeln immer wieder indirekt und direkt auf Umweltthemen. Wie oben beschrieben wurde, kommt bereits als Ausdruck der Beziehung zwischen dem Entwicklungsregime und dem des Buen Vivir, das Recht der Bevölkerung auf eine gesunde Umwelt vor (Art. 14). Unter Kapitel 7, genauer gesagt in den Artikeln 71 bis 74 werden die Rechte der Natur explizit festgehalten.

Die Begriffe „Natur“ (stammt aus der europäischen Kultur) und „Pachamama“ (in der Kosmovision der indigenen Völker verankert) werden in der Verfassung auf derselben Ebene angesiedelt und als Raum definiert „wo sich das Leben reproduziert und realisiert“. Ihre eigenständigen Rechte bestehen vor allem darin, dass sie das Recht besitzt, dass die Existenz, der Erhalt und die Regenerierung ihrer Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Evolutionsprozesse respektiert werden. Zudem kann jede Person, Gemeinschaft, Volk oder Nationalität die zuständige öffentliche Autorität dazu auffordern, die Rechte der Natur umzusetzen und „der Staat kann die natürlichen und juristische Personen dazu anhalten, die Natur zu schützen und den Respekt für alle Elemente der Ökosysteme zu fördern“ (Art. 71).

Der Natur oder Pachamama wird auch das „Recht auf eine vollständige Wiederherstellung“ anerkannt, welche „unabhängig von der Verpflichtung der Staaten ist natürliche oder juristische Personen zu entschädigen, die von den geschädigten Natursystemen betroffen sind (Art. 72).

Anhand dieser Artikel wird die *ökologische Dimension des Buen Vivir* konsolidiert. Die Natur wird dadurch vom Objekt zum Subjekt. Das bedeutet nicht, dass die Natur unberührbar ist und die Aktivitäten im Bereich des Rohstoffabbaus generell verboten oder illegal sind. Gefordert wird im Kern ein anderer Umgang mit der Natur, der darauf basiert, dass auch sie Werte – unabhängig von der Nützlichkeit für den Menschen – inne hat und der Abbau von Ressourcen nicht der blinden Akkumulation von Kapital, sondern dem

„Guten Leben“ dienen soll. Durch die Einbindung der Umweltthemen in die Entwicklungsstrategie und des Regimes des Buen Vivir wird auch die soziale Dimension mit der der Umwelt verknüpft. (vgl. Gudynas 2009: 217)

Neben der ganzheitlichen Ausrichtung am Buen Vivir hat die Verfassung weitere Neuerungen hervorgebracht (vgl. Schaller; Cacsire de Schaller 2008). Dazu gehört die Möglichkeit der Wiederwahl eines/r Präsidenten/in zu einer zweiten Amtszeit von vier Jahren, die Einführung von direktdemokratischen Elementen (Volksinitiative bzw. konsultative Volksbefragung), sowie die Befugnis des/der Präsident/in einmal pro Amtszeit die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. Im Gegenzug kann auch die Nationalversammlung (Parlament) durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit mittels eines Referendums, den/die Präsidenten/in abwählen. Ein weiteres Novum bildet die Schaffung der *Justicia Indígena* (Indigenenjustiz), die auf dem Gebiet der Ureinwohner traditionelles Recht erlaubt (Art. 171). Eine weitere Besonderheit ist, dass die Verfassung mit der klassischen Hierarchisierung zwischen den einzelnen Rechten bricht (Art. 11), sie werden alle als *interdependent* anerkannt und haben die gleiche Rangstellung.

4.4 Die Etablierung eines sozialen, solidarischen und nachhaltigen Wirtschaftssystems

„El gran salto que se hace en términos de discurso económico con la noción del Buen Vivir es desplazar a la acumulación como categoría central de la economía, y situar la vida con esa centralidad.“

(León 2010: 24)

Der Aufbau eines demokratischen, nachhaltigen und sozialen Wirtschaftssystems und die Ziele der politischen Ökonomie sind ebenfalls in der Verfassung verankert.

Vorgesehen ist die Etablierung eines Wirtschaftssystems, das dem Menschen dient und nicht der alleinigen Akkumulation von Kapital. Gefordert wird darin eine dynamische und ausgewogene Beziehung zwischen dem Staat und dem Markt, in Harmonie mit der Natur: „[...] y tiene por objetivo garantizar la producción y reproducción de las condiciones materiales e inmateriales que posibiliten el buen vivir“ (Art. 283).

Als Bestandteil des Wirtschaftssystems werden öffentliche, private, gemischte, populäre und solidarische Organisationsformen anerkannt. Auch Kooperativen, Assoziationen und

gemeinschaftliche Produktionsformen gehören laut Verfassung dazu.

Dadurch wird die Notwendigkeit der Anerkennung und Unterstützung der vielfältigen und nicht vollständig kapitalistischen (Re-)Produktionsformen herausgestrichen, die auch in Ecuador (noch) existieren (vgl. Radcliffe 2012: 242).

Als Hauptziele der politischen Ökonomie (Art. 284) werden neun Punkte festgelegt. Darunter fällt die Sicherung einer angemessenen Einkommensverteilung und des nationalen Reichtums; die Förderung der nationalen Produktion, Produktivität und systemischen Wettbewerbsfähigkeit, die Akkumulation von technologischem und wissenschaftlichem Wissen, die strategische Einbindung in die globale Ökonomie und in die komplementären Produktionsaktivitäten zur regionalen Integration. Außerdem wird die Sicherung der Ernährungs- und Energiesouveränität, sowie die Förderung des Mehrwerts unter maximaler Effizienz unter Beachtung der biophysischen Grenzen der Natur und des Respekts gegenüber dem Leben und der Kulturen als Ziel festgelegt.

Angestrebt wird eine ausgeglichene Entwicklung auf ökonomischer, sozialer und kultureller Ebene, sowohl in Bezug auf das gesamte Territorium, als auch auf die Integration zwischen den Regionen, und auch zwischen Land und Stadt.

Die politische Ökonomie soll des Weiteren die Vollbeschäftigung vorantreiben und alle Formen von Arbeit unter Einbezug der Arbeitsrechte würdigen. Als weiteres Ziel gilt es die ökonomische Stabilität (verstanden als maximales nachhaltiges Produktions- und Beschäftigungsniveau im Zeitverlauf) zu bewahren und den gerechten Austausch von Gütern und Dienstleistungen in transparenten und effizienten Märkten zu fördern. Letztendlich wird auch das Vorantreiben eines sozial- und umweltverantwortlichen Konsums als Ziel festgelegt (ebd.).

Die konkreten Vorstellungen und geplanten Umstrukturierungen des Wirtschaftssystems im Zuge der „Revolución Ciudadana“ für den Zeitraum 2007-2011, finden sich, neben den bereits erwähnten Artikel in der Verfassung von 2008, offiziell in drei weiteren Dokumenten.

Zunächst beschäftigte sich damit der in der Einleitung genannte 76 Seiten lange Regierungsplan, der im November 2006 von der Partei des Präsidenten Correa veröffentlicht wurde. Darin werden unter dem Titel der „Revolución económica y productiva“ auf knapp 30 Seiten einerseits die Gründe für die Notwendigkeit eines Wandels der produktiven Basis und andererseits die Vorgehensweise wie dieses Ziel erreicht werden soll, erläutert (vgl. Alianza País 2006: 25-55).

Nach dem Amtsantritt von Rafael Correa am 15. Jänner 2007 tritt zunächst der „Plan Nacional de Desarrollo 2007-2010“³¹ in Kraft, für dessen Umsetzung und Evaluierung das Nationale Sekretariat für Planung und Entwicklung (Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo – SENPLADES) eigens errichtet wurde. Diese nationale Entwicklungsstrategie überträgt schließlich die im Regierungsplan angesprochenen Bereiche der Revolution konkret auf zwölf Ziele. Als elftes Ziel wird die „Etablierung eines solidarischen und nachhaltigen Wirtschaftssystems“ festgelegt und damit im Zusammenhang stehende unterschiedliche Indikatoren angeführt, die diese Transformation messbar machen sollen.

Durch die Verabschiedung der neuen Verfassung im September 2008 kommt es wie von dieser vorgesehen, 2009 zu neuen Präsidentschafts-, Parlaments- und Regionalwahlen. Rafael Correa kann sich am 26. April bereits in der ersten Runde mit knapp 52% aller Stimmen gegen die beiden Hauptkonkurrenten (Lucio Gutiérrez, PSP und Álvaro Noboa, PRIAN³²) durchsetzen. Somit beginnt am 10. August 2009 die – auf Grundlage der neuen Verfassung – erste Amtszeit als Präsident von Rafael Correa. In der Nationalversammlung (Parlament) gewinnt das Bündnis von Correa, Movimiento PAÍS, jedoch nicht die Mehrheit (59 von 124 Sitzen, gefolgt von der PSP mit 19, der PSC-Madera de Guerrero mit 11 und PRIAN mit 7 Sitzen) (vgl. El Universo 2009). Aufgrund der in diesem Kapitel genannten institutionellen Neuerungen, wird auch die nationale Entwicklungsstrategie von 2007 reformuliert.

Das SENPLADES veröffentlicht im November 2009 den „Nationalen Aktionsplan für das Erfüllte“³³ Leben“ (Plan Nacional para el Buen Vivir), für den Zeitraum 2009-2013, welcher in einem breiten partizipativen Prozess elaboriert wurde, um die in der Verfassung angesprochene Rechte und Pflichten landesweit auch praktisch umzusetzen. Wiederrum sind es zwölf Ziele (mit tlw. anderen Titeln und Abgrenzungen wie im Plan für 2007-2010) die die Transformation des Landes strukturieren. Ziel Nummer Elf bleibt gleich und widmet sich auch in diesem Dokument der Umgestaltung des Wirtschaftssystems mit dem Ziel:

“Establecer un sistema económico social, solidario y sostenible: **Construimos un sistema económico cuyo fin sea el ser humano y su buen vivir.** Buscamos equilibrios de vida en condi-

³¹ SENPLADES (2007): Plan Nacional de Desarrollo 2007-2010. <http://plan2007.SENPLADES.gob.ec/> (Zugriff 3.5.2012)

³² PSP – Partido Sociedad Patriótica; PRIAN – Partido Renovador Institucional Acción Nacional

³³ „Buen Vivir“ wird in der deutschen Version der Homepage von SENPLADES mit „erfüllt“ übersetzt:

ciones de justicia y soberanía. Reconocemos la diversidad económica, la recuperación de lo público y la transformación efectiva del Estado.”

(vgl. SENPLADES: o.J. – Hervorhebung EA)

Die Umsetzung dieses Zieles, bedeutet – laut Angaben von SENPLADES – das Wirtschaftssystem, welches in den vorangegangenen Jahren von einer „neoliberalen kapitalistischen Hegemonie“ gekennzeichnet war, die „zum Verlust der Souveränität und zu Konzentration des Reichtums, zur Privatisierung vieler Sektoren und zu spekulativen und gegenüber den Menschen, den verschiedenen Völkern und der Natur räuberischen Praktiken“ geführt hat, hin zu einem vom „Konzept des Buen Vivir geleiteten souveränen“ Wirtschaftssystem zu transformieren, das die „Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten überwindet und auf endogenem Weg die Wirtschaft zur Erreichung des Buen Vivir fördert, d.h. eine Entwicklung mit und für alle EcuatorianerInnen, aus allen Regionen, Sektoren, Völkern und Gemeinschaften“ (SENPLADES o.J.).

Um ein solidarisches, nachhaltiges und demokratisches Wirtschaftssystem umsetzen zu können werden Transformationen im gesamten Wirtschaftszyklus angestrebt: in der (Re-) Produktion, der (Um-)Verteilung, dem Konsum und vor allem der Produktionsmatrix, welche die einseitige Primärgüterorientierung und den Abbau von Rohstoffen zugunsten eines diversifizierteren Wirtschaftssystems und einer umweltfreundlichen Produktion schrittweise ersetzen soll. Dadurch soll das Primat der Wirtschaft überwunden werden und diese dem menschlichen Leben und der Natur dienen (vgl. SENPLADES o. J.)

Aufbauend auf dem hohen Grad der Bio- und kulturellen Diversität des Landes, ist es langfristig gesehen auch das Ziel eine „biopolis“-Ökonomie zu etablieren: ‘[...] *generating wealth through biodiversity applications, bio- and nano-technology, and a vibrant ecological and communitarian tourism sector*‘ (Consejo Nacional de Planificación 2009, zitiert nach Radcliffe 2012: 241).

Nachdem in den letzten beiden Kapiteln der Entstehungsweg des gegen-hegemonialen Projekts hin zur Etablierung des Buen Vivir als Leitprinzip in der aktuellen Verfassung Ecuadors nachgezeichnet und die Genealogie und Merkmale des Guten Lebens untersucht wurden, steht nun in Kapitel 5 die Analyse der konkreten Transformationsprozesse zwischen 2007 und 2011, also seit dem Antritt von Rafael Correa als Präsidenten von

Ecuador, im Mittelpunkt. Der Fokus wird dabei auf jene Veränderungen die sich auf das Wirtschaftssystem und der Umwelt- und Ressourcenpolitik beziehen, gelegt.

Fragen die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind: Welche Kontinuitäten und Brüche sind im Akkumulationsmodell erkennbar? Wie hat die globale Wirtschafts- und Finanzkrise Ecuadors politökonomische Entwicklung beeinflusst? In wie fern kann man in Bezug auf die wirtschaftspolitischen Reformen von einer „Revolución Ciudadana“ sprechen? Welche ökonomischen Strukturen, wie z.B. die anhaltende Dollarisierung, haben diese fünf Jahre geprägt und eine Umsetzung des Buen Vivir behindert bzw. gefördert?

5. Politökonomische Transformationen (2007-2011)

„El buen vivir no es un simple regreso a las ideas de un pasado lejano, sino la construcción de otro futuro.“

(Gudynas, Acosta 2010: 74)

Rafael Correa ist nach über 80 Jahren in der Geschichte Ecuadors der erste Präsident, der wieder eine durchgehende Amtszeit erreicht hat (Ray; Kozameh 2012: 2).

Allgemein können folgende zwei Bereiche als Eckpfeiler der neuen Wirtschaftspolitik unter Correa genannt werden: Erstens, die „Rückkehr des Staates“: Nach der vorangegangenen Jahrzehntelangen wirtschaftspolitischen Instabilität kommt es zu einer Wiederaufwertung der staatlichen Funktionen, was im Ziel Nummer Elf als *„la recuperación de lo público“* verstanden wird. Der Staat greift wieder aktiv in die Wirtschaftspolitik ein. Hauptanliegen ist es die staatliche Kontrolle der Erdölressourcen zu sichern und auszubauen und auch den nationalen Reichtum umzuverteilen.

Zweitens, wird die Priorität des Schuldendienstes gegenüber den staatlichen Ausgaben zurückgenommen. Dadurch werden größere Spielräume für die Sozial- und Wirtschaftspolitik geschaffen. Correa setzt die aus der weitgehenden Nationalisierung der nicht erneuerbaren Ressourcen erzielten Mehreinnahmen gezielt für den Ausbau der Infrastruktur, den Bau von Schulen, Krankenhäusern etc. ein.

Diese beiden Eckpfeiler bilden den Rahmen der politökonomischen Analyse dieses Kapitels.

Bevor auf diese beiden Bereiche genauer eingegangen wird, folgt zunächst ein kurzer Abschnitt über die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, die auch die wirtschaftliche Entwicklung Ecuadors während der Periode 2007-2011 beeinflusst hat. Dies wird anhand des Verlaufs des Wirtschaftswachstums des Landes in diesen Jahren deutlich: 2007 beträgt das Wirtschaftswachstum Ecuadors noch 2% und steigt 2008 um beachtliche 7,2%. Nach Ausbruch der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 schlittert auch Ecuador in eine (kurze) Rezession und das BIP sinkt um 0,4%. Nach einer raschen Erholung steigt dieser aber 2010 um 3,6% und 2011 sogar um 7,8% (siehe auch Tabelle 1). Ecuador belegt nach Panama und Argentinien den dritten Platz der Länder mit dem stärksten Wachstum Südamerikas in diesem Jahr (vgl. Ray; Kozameh 2012: 3).

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt (BIP) Ecuador in Mio. USD (2007-2011)

2007	2008	2009	2010	2011
45,789	54,686	52,022	56,998	65,945

Quelle: OPEC 2012: 15

Das Land erholt sich also relativ schnell und auch auf einem höheren Niveau als von den Auswirkungen der globalen Krise erwartet, und das obwohl der globale Abschwung die beiden Bereiche Erdölexporte und Rücküberweisungen, welche die größten und wichtigsten Devisenquellen bilden, gleichzeitig und sehr stark trifft. Hinzu kommt der Umstand, dass Ecuador als „dollarisierte“ Ökonomie keine eigenständige Währung führt und dadurch keinen Einfluss auf die Wechselkursrate hat und nur sehr eingeschränkt die Geldpolitik bestimmen kann. Dadurch fallen gleich zwei der drei wichtigsten makroökonomischen Politikinstrumente, die zur Eindämmung fallender privater Nachfrage, eingesetzt werden können weg. Die Optionen angemessen auf einen wirtschaftlichen Einbruch zu reagieren, sind somit beschränkt.

Die Regierung Correa setzt auf zwei Instrumente, um die Krise zu überwinden: einerseits auf eine expansive Fiskalpolitik (siehe Punkt 5.2) und andererseits auf den Erhalt einer niedrigen Zinsrate. Die Zentralbank führt auch Kapitalbeschränkungen für Banken bezüglich der Höhe der Reserven, die in das Ausland transferiert werden dürfen, ein. Dazu erlässt sie 2009 zwei Bankregelungen (*Fondo de Liquidez* und *Coeficiente de Liquidez Doméstica*), welche folglich die Bankreserven und Liquidität des privaten Banksektors merklich erhöhen. Das Resultat ist, dass nach einem Verfall der Anzahl und Gesamtsumme an vom privaten Sektor vergebenen Krediten im Jahr 2008 bis Anfang 2009, diese Zahlen im Zeitraum Anfang 2009 bis Jänner 2012 sich beinahe verdoppeln: von 336,2 Tausend Krediten auf 609,9 Tausend und von 0,8 Mrd. USD auf 1,6 Mrd. USD.

Wie fast überall auf der Welt steigt auch zu Beginn des Jahres 2008 in Ecuador die Inflation. Treiber für die Inflation sind hauptsächlich die Kategorien „Nahrungsmittelpreise“ und „Hospitality“ im Vergleich zu Transport, Bekleidung oder Wohnen – die Inflation ist somit das Resultat des externen Schocks. Aus diesem Grund erhöht die Zentralbank die Zinsrate nicht. Die durchschnittliche reale Effektivzinssatz fällt von 8,3% im Jänner 2007 auf 0,2% im Dezember 2008 und bleibt auf dem niedrigen Niveau von 2% Ende 2011 (vgl. Ray; Kozameh 2012: 2, 7f.).

5.1 Die Rückkehr des Staates: Staatliche Reorganisation und Extraktivismus

Wie bereits in der Einleitung dieser Arbeit festgehalten wurde, hängt die Umgestaltung des Staates, der Wirtschaft und schließlich der Gesellschaft in Ecuador hin zum Buen Vivir, dem Leben in Einklang mit der Natur, stark davon ab, ob das Land es schafft sein derzeitiges Akkumulationsmodell, einem am primären Sektor orientierten Extraktivismus, zu einer anderen Basis zu transformieren.

Begriffsdefinition Extraktivismus

Als Extraktivismus bezeichnet man ein Wirtschafts- und Entwicklungsmodell, welches hauptsächlich auf der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen beruht, die nicht oder kaum weiterverarbeitet werden und für den Weltmarkt bestimmt sind. Dazu zählen Aktivitäten im Bergbausektor, die Förderung von Kohlenwasserstoffen (Gas, Erdöl) oder der Anbau von Soja-Monokulturen, Lachsfarmen und Ähnliches (vgl. Gudynas 2011b: 70).

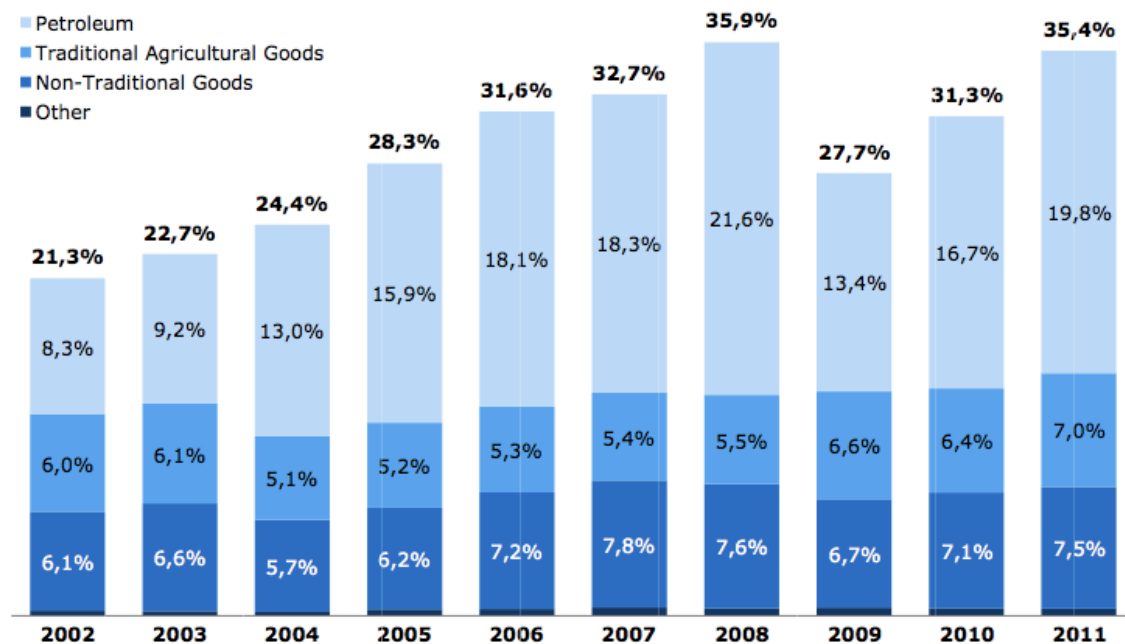
Wie in Kapitel 3 aufgezeigt wurde ist die nationale Produktion des Landes seit Jahrhunderten strukturell überwiegend auf die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ausgerichtet. Bei genauerer Betrachtung der Wirtschaftsstruktur Ecuadors wird die immer noch aktuelle Bedeutung des Primärsektors deutlich. 2001 waren alle fünf wichtigsten Exportprodukte Ecuadors (gemessen an ihrem Gesamtanteil von 67,1% aller Exporte) Primärgüter wie Erdöl (36,8%), Bananen (17,9%) – und nur ein verarbeitetes natürliches Produkt (Tunfisch) mit 2,9% war darunter. Neun Jahre später, 2010, hat sich diese Struktur fast gleich gehalten: 72% der Exporte stammen aus nur fünf verschiedenen Primärgütern: Rohöl, Bananen, Brennöl, Krabben und Rosen (vgl. Freire 2012: o.S.).

Auch wenn als Ziel der neuen Regierung unter Correa angegeben wurde, die Produktionsmatrix zu verändern, um die Nachhaltigkeit des Wirtschaftssystems in Einklang mit der Natur zu garantieren, hat sich der Anteil des Industriesektors an der nationalen Produktion und Wertschöpfungskette in den letzten Jahren kaum verändert. Der Anteil der unterschiedlichen Wirtschaftssektoren am BIP fiel zwischen 2007 und 2011 sehr ähnlich aus. Der Primärsektor weist 2011 einen Anteil von 23,1% (2007: 26,1%), der Industriesektor von 14% (2007: 13,8%) und der Dienstleistungssektor von 53,6% (2007: 51,5%) auf. Die restlichen 9,2% (2007: 8,7%) fallen auf Importzölle und ähnliche Abgaben. Daraus folgt, dass das Spezialisierungsmuster Ecuadors auch nicht modifiziert worden ist.

Zwischen 2007 und 2011 haben sich die Exporte Ecuadors zu 74,3% bzw. 76,7% aus Primärgütern (!) und zu 25,7% bzw. 23,3 % aus industriell-verarbeiteten Gütern zusammengesetzt (vgl. SENPLADES 2012: 17f.).

Die strategische Bedeutung des Erdöls als wichtigstes Exportgut und dominierender Wirtschaftssektor bleibt auch in diesen fünf Jahren unangetastet (siehe Abbildung 4). Der Anteil der Erdölexporte am BIP nimmt sogar leicht zu, von 18,3% im Jahr 2007 auf 19,8% in 2011. Das trifft auch auf den Exportanteil der als traditionelle landwirtschaftliche Güter bezeichneten Kategorie (darunter fallen Kakao, Grundnahrungsmittel wie Kartoffel, Mais, Getreide sowie Obst und Gemüse) zu, dieser steigt von 5,4% (2007) auf 7% (2011) des BIP an. Der Anteil nicht traditioneller Güter wie z.B. von Schnittblumen oder Krabben, bleibt in dieser Periode relativ konstant bei 7,8% (2007) bzw. 7,5% (2011) am BIP.

Abbildung 4: Exportgüter nach Kategorie, Anteil am BIP in Prozent (2002-2011)



Quelle: Banco Central del Ecuador, zitiert nach Ray; Kozameh 2012: 10

Ähnlich wie in Bolivien unter Präsident Evo Morales oder in Venezuela unter Hugo Chávez, war es auch für die neue ecuadorianische Regierung unter Rafael Correa ein zentrales Anliegen die Verträge mit den im Land tätigen Erdölförderunternehmen neu auszuverhandeln, um höhere Renditen für den Staat zu erzielen.

Bezugnehmend auf den Abbau von natürlichen Ressourcen sieht die Verfassung folgendes vor (Art. 74):

„Las personas, comunidades, pueblos y nacionalidades tendrán derecho a beneficiarse del ambiente y de las riquezas naturales que les permitan el buen vivir. Los servicios ambientales no serán susceptibles de apropiación; su producción, prestación, uso y aprovechamiento serán regulados por el Estado.“³⁴

Im Oktober 2008 kommt es daher zur Reform des Kohlenwasserstoff-Gesetzes (Ley de Hidrocarburos) in der neue Konditionen zum Abbau und Export des ecuadorianischen Erdöls beschlossen werden. Die wichtigsten Neuerungen sind, dass der Staat einen Anteil von rund 70% der gesamten Erdölproduktion, gefördert durch die beiden staatlichen Erdölunternehmen Petroecuador und Petroamazonas, für sich beansprucht und ausländische Erdölfirmen die in Ecuador tätig sind, den Status von Dienstleistungsunternehmen sowie nur noch einen Fixpreis pro Barrel erhalten. Dieser Fixpreis variiert je nach Erdölfeld in dem das ausländische Erdölunternehmen operiert. Bei seiner Berechnung wird eine Projektion der langfristigen Preisentwicklung des Erdöls bis 2030 herangezogen. Zusätzlich wird die geschätzte Amortisationsdauer der Investitionen, die Kosten und Ausgaben sowie ein angemessener Wert für die Abdeckung des Risikos, mitberücksichtigt. Der Fixpreis pro Barrel liegt dabei zwischen 24 bis 31,90 USD für die Ausbeutung von kleinen und zwischen 35 bis 41 USD für die der großen Erdölfelder. Sollte der Erdölpreis sinken, behält sich der Staat 25% der Einnahmen der ausländischen Firmen in Form einer Lizenzgebühr (Royalty) vor, die vor der Auszahlung des Fixpreises pro Barrel, bezahlt werden muss. Falls die restlichen staatlichen Einnahmen, nach Bezahlung dieser Lizenzgebühr, trotzdem nicht ausreichen, um den ausländischen Unternehmen ihren Fixpreis auszubezahlen, können diese den gleichen Betrag bei einem Anstieg des Erdölpreises (jedoch nur bis zum Ende der Vertragsdauer) wieder einfordern. Bei einem Anstieg des Erdölpreises wird festgelegt, dass der Staat zu 100% die Differenz des Anstiegs des Erdölpreises erhält (vgl. Redextractivas 2012: o.S.).

Diese Richtlinie bedingt also, dass die ausländischen Unternehmen ihre Kosten senken müssen (bspw. durch Investitionen), wenn sie höhere Profite erzielen möchten. Dies schlägt sich wiederum in höheren Steuereinnahmen für den Staat nieder.

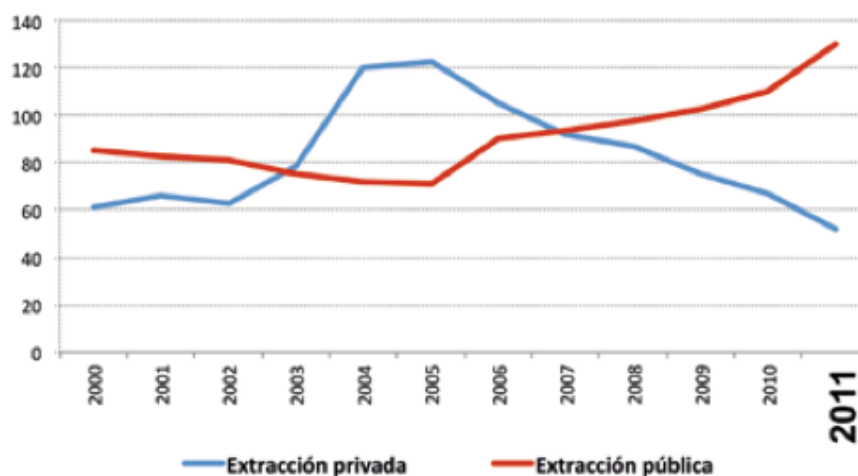
³⁴ Art. 74: <http://pdba.georgetown.edu/Constitutions/Ecuador/ecuador08.html#mozTocId822446> (Zugriff 14.05.2012)

Die Reaktionen auf diese neue Vertragspolitik fallen wie erwartet sehr unterschiedlich aus. Sieben der 16 im Land tätigen ausländischen Erdölunternehmen ziehen sich nach der Bedenkzeit von 120 bzw. 180 Tagen daraufhin zurück, darunter Petrobras aus Brasilien, EDC aus den USA und Canada Grande aus Korea. Fünf der neun verbleibenden ausländische Erdölkonzerne (Andes und Petrooriental aus China, Agip im Besitz des italienischen Staatsunternehmens Enip und die Firmen Repsol-YPF -Spanien/Argentinien und Enap aus Chile) beuten die größeren Ölfelder Ecuadors aus. Sie alleine fördern jährlich rund 251 Mio. Barrel. Die Vertragsänderungen bedeuten für den Staat – bei einem Barrel-Preis von 90 USD – Mehreinnahmen in Höhe von 2,1 Mio. USD pro Tag und 766,5 Mio. USD pro Jahr (vgl. Ortiz 2011).

Correa hat, um seine „alternative wirtschaftspolitische Gesellschaftsvision“ zu symbolisieren, auch einige Ministerien umbenannt und umstrukturiert, darunter das frühere Erdöl- und Bergbau Ministerium zum Ministerium für Nicht-Erneuerbare Natürliche Ressourcen (Ministerio de Recursos Naturales no Renovables – MRNNR) im Jahr 2009 (vgl. Arsel; Angel 2012: 205).

Als Ergebnis dieses neuen Gesetzes kommt es auch zu einer Trendwende in der Entwicklung der privaten und öffentlichen Erdölförderung Ecuadors wie Abbildung 5 deutlich macht.

Abbildung 5: Entwicklung der privaten und öffentlichen Erdölförderung Ecuadors in Mio. Barrel (2000-2011)



Quelle: SENPLADES 2012: 14

Im November 2010 produzierte Ecuador beispielsweise 15,23 Mio. Barrel Öl, also rund 510 Tausend Barrel pro Tag. Davon fielen alleine auf die beiden Staatsbetriebe Petroecuador und Petroamazonas und Río Napo (ein Joint-Venture mit dem venezolanischen Staatsunternehmen PDVSA) zehn Mio. Barrel pro Monat bzw. 334, 5 Tausend pro Tag. Die private Erdölförderung lag hingegen bei 5,26 Mio. Barrel pro Monat bzw. 175.5 Tausend Barrel pro Tag (vgl. Ortiz 2011: o.S.)

Im untersuchten Zeitraum hat Ecuadors Regierung über die höchsten je erzielten Einnahmen aus dem Export von Erdöl, seit Beginn dieser Aktivität 1972 (siehe Tabelle 2) verfügt.

Tabelle 2: Erdöleinnahmen nach Regierungsperioden in Mio. USD (1979-2011)

Gobierno	Valores nominales		Valores constantes (año 2010)	
	Ingresos totales	Promedio mensual	Ingresos totales	Promedio mensual
<i>Jaime Roldós</i>	2.239,70	117,9	1.982,80	104,4
<i>Oswaldo Hurtado</i>	4.960,60	121	3.223,80	78,6
<i>León Febres Cordero</i>	4.465,60	93	3.105,60	64,7
<i>Rodrigo Borja</i>	4.584,10	95,5	3.589,40	74,8
<i>Sixto Durán Ballén</i>	5.184,20	108	3.625,60	75,5
<i>Abdala Bucaram</i>	855,9	71,3	615,6	51,3
<i>Fabián Alarcón</i>	1.476,60	70,3	1.053,40	50,2
<i>Jamil Mahuad</i>	1.702,80	113,5	1.307,40	87,2
<i>Gustavo Noboa</i>	5.485,40	152,4	4.167,60	115,8
<i>Lucio Gutiérrez</i>	6.346,80	226,7	4.512,10	161,1
<i>Alfredo Palacio</i>	8.084,70	404,2	5.645,00	282,3
<i>Rafael Correa (ene07-dic11)</i>	29.669,90	494,5	19.583,50	326,4

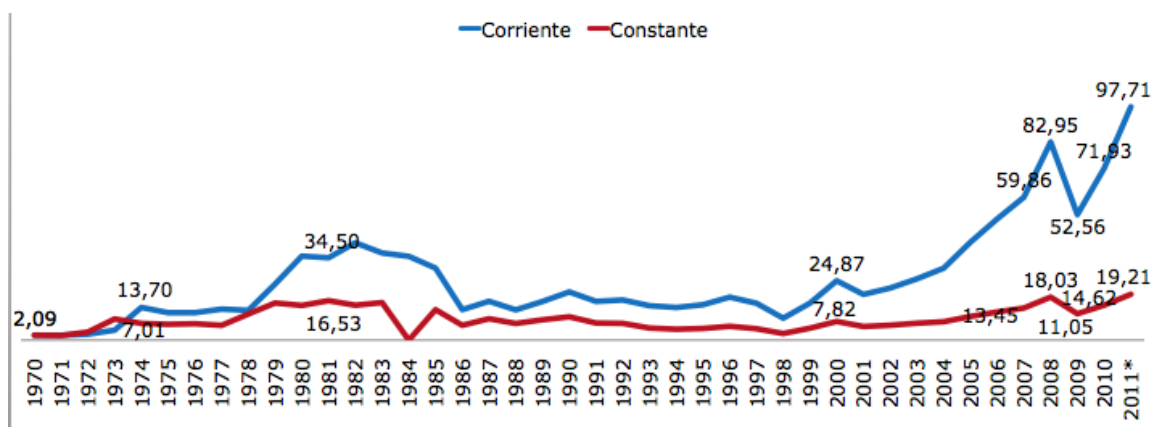
Quelle: Acosta 2012a: 63

Natürlich hängt das einerseits damit zusammen, dass wie bereits erwähnt wurde, keine andere Regierung seitdem über die gleiche Zeitdauer (fünf Jahre) durchgehend an der Macht war. Andererseits spielen die (trotz Krise) hohen Erdölpreise eine große Rolle. In den fünf Jahren der „Revolución Ciudadana“ steigt der Preis (im Jahresdurchschnitt) des

ecuadorianischen Erdöls (siehe Abbildung 6) zunächst von 59,86 USD im Jahr 2007 auf 82,95 USD pro Barrel in 2008. Aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise, die 2008 ihren Höhepunkt erfährt, ist ein deutlicher Preisfall auf 52,56 USD für das Jahr 2009 zu beobachten. Das Preisniveau erholt sich jedoch erstaunlich schnell und steigt bereits 2010 auf 71,93 USD und erreicht 2011 den Rekordpreis von 97,71 USD (vgl. Acosta 2012a: 64f.).

Andererseits ist neben der Steuererhöhung auf die Gewinne der ausländischen erdölfördernden Betriebe auch die Ausweitung der extraktivistischen Tätigkeiten ein wichtiger Erklärungsgrund für die bereits genannten Rekordeinnahmen der Regierung.

Abbildung 6: Entwicklung des ecuadorianischen Erdölpreises pro Barrel (Jahresdurchschnitt) in USD (1970-2011)



Quelle: Banco Central del Ecuador, zitiert nach Acosta 2012a: 64; * Prognose

Remittances und erhöhte Steuern

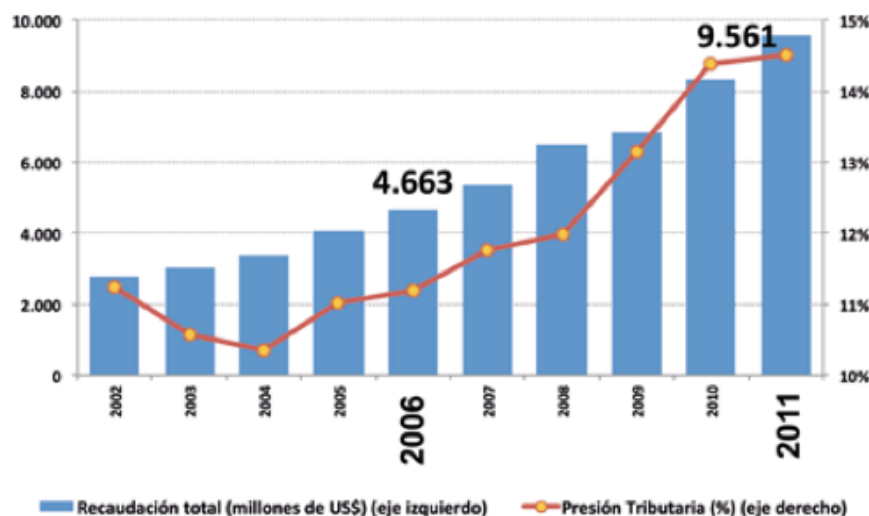
Ermöglicht wird die expansive Fiskalpolitik neben der Haupteinnahmequelle Erdöl durch die Summe der *Rücküberweisungen* der im Ausland lebenden EcuadorianerInnen (im Englischen als „remittances“ bezeichnet) und durch die Steuererhöhungen.

Vor allem während der neoliberalen Krise erhöht sich die Anzahl der EcuadorianerInnen die ihr Glück im Ausland versucht und einen Teil ihres Einkommens an ihre Verwandten zurück überweist, stark (siehe Kapitel 3). Allein zwischen 2002 und 2007 steigen die Rücküberweisungen von 1.627,4 Mio. USD auf 3.087,8 Mio. USD bzw. von rund 5% des BIP auf 7%. Schätzungen zu Folge leben immer noch rund 10% der Bevölkerung Ecua-

dors im Ausland, vor allem in den USA und Spanien. Angesichts der Finanz- und Weltwirtschaftskrise von 2008 und der derzeitigen Euro-Krise ist jedoch ein Rückgang der Migration und dadurch auch der Rücküberweisungen zu beobachten. Diese sind von ihrem Höchststand in 2007 auf 2.324 Mio. USD in 2010 gefallen. Ihr Anteil am BIP beträgt in diesem Jahr noch 3.5%. Nichtsdestotrotz liegt die Höhe der Rücküberweisungen in 2010 über dem Wert der Bananenexporte (2.032,8 Mio. USD), was beachtlich ist, da Bananen nach Erdöl an zweiter Stelle der Exporte Ecuadors liegen (vgl. Machado 2012: o.S.). Obwohl diese Rücküberweisungen – die Ausdruck des „Exports an billiger Arbeitskraft“ sind – nicht direkt an den Fiskus weitergeleitet werden, spielen sie eine bedeutende Rolle für die Wirtschaft durch den Anstieg der Konsumniveaus. Zu beachten ist hier, dass viele dieser Konsummöglichkeiten jedoch durch Importe befriedigt werden (vgl. Acosta 2012a: 64).

Auch die Steuereinnahmen sind aufgrund von Steuerreformen sowie der Bekämpfung von Steuerflucht in dieser Periode stark angestiegen (siehe Abbildung 5). Zu den Erdöleinnahmen kommen in der untersuchten Periode 34.372 Mio. USD an Steuereinnahmen dazu. Im Vergleich dazu betrugen die Steuereinnahmen zwischen 2001 und 2006 nur 20.195 Mio. USD. Die Steuerbelastung (*presión fiscal*) steigt zwischen 2007 und 2011 von 10.7% auf 14.5% an (vgl. Acosta 2012a: 66).

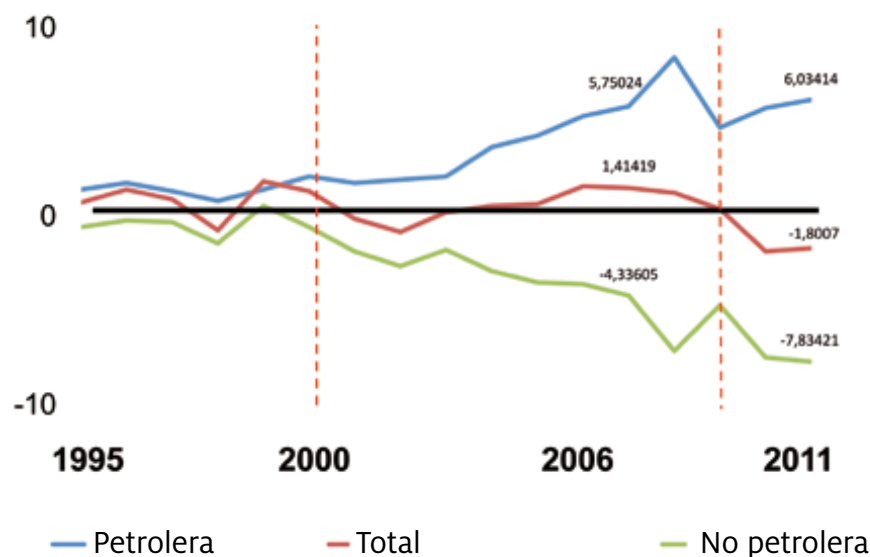
Abbildung 7: Entwicklung der Steuereinnahmen in Mio. USD und Steuerbelastung in Prozent (2002-2011)



Quelle: SENPLADES 2012: 13

Der starke Preisverfall des Erdöls 2008/09 bedeutet für das Land einen starken Rückgang der Exporterträge um rund 25%. Dies führt auch unter anderem dazu, dass die Handelsbilanz 2009 erstmals nach fünf Jahren ein wieder ein Defizit (rund 5% des BIP) aufweist (siehe Abbildung 7). Als Antwort darauf erlässt die Regierung, unter Zustimmung der Welthandelsorganisation WTO, eine Reihe an handelspolitischen Maßnahmen wie die Erhöhung von Importzöllen. Diese laufen jedoch Mitte 2010 aus, weshalb sich die Handelsbilanz weiter verschlechtert und 2011 ein Defizit von 1,8 Mio. USD aufweist (vgl. Ray; Kozameh 2012: 9).

Abbildung 8: Handelsbilanz Ecuadors in Mio. USD (1995-2011)



Quelle: SENPLADES 2012: 32

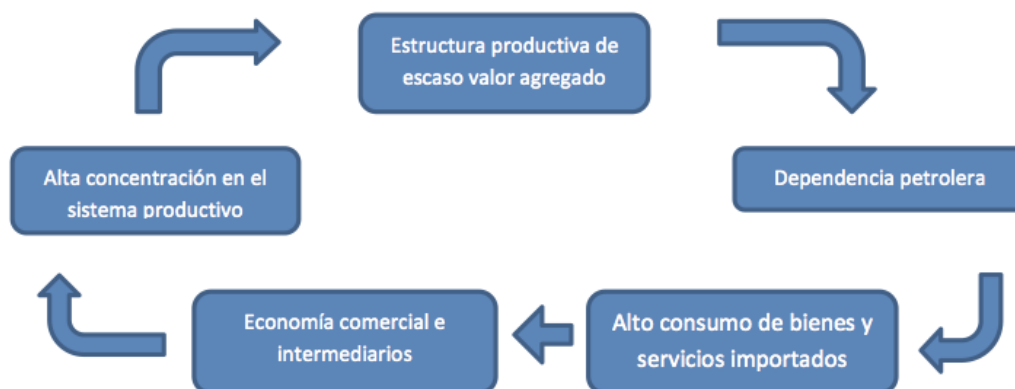
Diese Indikatoren machen die starke Anfälligkeit des ecuadorianischen Wirtschaftsmodells aufgrund seiner instabilen Basis (Erdöl und Primärgüter die den Preisschwankungen am Weltmarkt ausgesetzt sind) des herrschenden Akkumulationsmodells deutlich. Andererseits herrscht auch eine starke *Konzentration der Produktionsmittel* im Groß- und Einzelhandel vor. Dieser Wirtschaftszweig hat 2010 knapp 6,8 Mrd. USD erwirtschaftet und einen Anteil von 11,8% am BIP ausgemacht (vgl. Auswärtiges Amt 2012: o.S.). Dass diese Konzentration an Reichtum von der Regierung bisher kaum angegangen wurde zeigen folgende exemplarische Beispiele (Zahlen aus 2010):

Ein einziger Getränkehersteller (nicht-alkoholischer Getränke) beispielweise dominiert 81% des Markts, der Rest (19%) teilt sich auf 155 Unternehmen auf. Die Herstellung von

(Speise-)Öl wird zu 58% von einem Unternehmen kontrolliert, die restlichen 42% fallen auf 13 Unternehmen. Die industrielle Produktion von Fleisch wird zu 62% von nur einem Unternehmen (Pronaca) kontrolliert. Auch die Herstellung von Milchprodukten wird zu 61% von fünf Unternehmen dominiert, die restlichen 39% des Marktes fallen auf 436 Unternehmen. Ein weiteres Beispiel ist der Anteil von 81% von nur drei Supermarkt-Großhändlern (davon: 50% Corporación La Favorita, 31% Corporación El Rosado, 10% Megasantamaría) am Markt für agroindustrielle Nahrungsmittel. Auch im Elektroniksektor erwirtschaften nur zwei Unternehmen rund 94% der Einnahmen (85% Indurama und 11% Fibroscero) (vgl. Machado 2012: o.S.).

Unterschiedlichste Sektoren werden also von nur einem oder einigen wenigen Unternehmen kontrolliert, das heisst sie treten als Monopole am Markt auf oder der gesamte Sektor kann als Oligopol bezeichnet werden. Laut diesen Berechnungen konzentrieren nur 62 ökonomische Gruppen des Landes 41% des BIP (vgl. Machado 2012: o.S.).

Abbildung 9: Teufelskreis des ecuadorianischen Akkumulationsmodells



Quelle: Machado 2012

Diese Komponenten vervollständigen, zusätzlich zur Erdölabhängigkeit des Landes, den „Teufelskreis“ des Akkumulationsmodells Ecuadors. Ausgehend von einer schwachen industriellen Kapazität, die gekennzeichnet ist von einer Produktionsstruktur die keinen bedeutenden Mehrwert bei der Verarbeitung der Primärgüter erzielt, wird die Wirtschaft vorrangig aus den Gewinnen der Erdölextraktion „finanziert“. Dies wiederum führt zu einer erhöhten Importabhängigkeit von Konsumgütern und Dienstleistungen, von der wie gezeigt wurde, vor allem der stark konzentrierte Groß- und Einzelhandel des Landes profitiert. Die starke Importabhängigkeit des Landes wird auch durch folgende Zahlen deut-

lich: Während Ecuador einerseits versucht sich aus den Gewinnen der Erdölexporte zu finanzieren, ist es andererseits aufgrund seiner mangelnden industriellen Kapazitäten sogar auch auf den Wiederimport von Brennstoffen und Erdölderivaten (!) angewiesen – diese liegen 2011 bei 22% der Gesamtimporte. Der Anteil der Konsumgüter an den Importen ist ebenfalls hoch und beträgt 2011 rund 21% (vgl. Acosta 2012a: 65).

Eine Diversifizierung der Exportgüter würde sicherlich zu einer Stabilisierung der Handelsbilanz beitragen. Die Dollarisierung des Wirtschaft erschwert jedoch eine solche Diversifizierung hin zu nicht-traditionellen Exportgütern zusätzlich, da die Zentralbank nicht die Wechselkursrate ändern kann, um Ecuadors Exporte am Weltmarkt wettbewerbsfähiger zu machen oder um dadurch den Aufbau einer nationalen Industrie, die gegenüber den Importen konkurrenzfähig ist, zu fördern (vgl. Ray; Kozameh 2012: 9).

Bergbaupolitik

Während die Erdölförderung in Ecuador, und auch die Proteste dagegen, bereits eine 40-jährige Geschichte aufweist (siehe Kapitel 3) hat die Regierung Correa bei der extraktivistischen Ausrichtung ihres Wirtschafts- und Entwicklungsmodell mit den geplanten Projekten im Bergbausektor „Neuland betreten“ und ist sozusagen noch einen Schritt weitergegangen.

Nachdem einige Explorationstätigkeiten von Bergbauunternehmen in Ecuador Kupfer-, Gold-, Silber- und Zinkreserven gefunden haben, erlässt 2009 die Regierung unter Correa ein neues Bergbaugesetz (Ley de Minería 2009) und beginnt mit ausländischen Unternehmen die Konzessionskonditionen auszuhandeln. Dies führt dazu, dass sich die sozialen Konflikte bezüglich der Umwelt- und Ressourcenpolitik der Regierung im untersuchten Zeitraum stark auf den Bergbausektor ausweiten.

Viele Umweltschützer und ein Großteil der ecuadorianischen Indigenen Bewegung, die Rafael Correa bei seiner Wahlkampagne und der zur Einberufung einer neuen verfassungsgebenden Versammlung unterstützt hatten, protestieren 2009 mehrmals gegen das im Januar verabschiedete neue Bergbau-Gesetz. Sie haben sich nicht nur weitgehend vom Entstehungsprozess dieses neuen Gesetzes ausgeschlossen gefühlt, sondern auch eine Bevorzugung transnationaler (v.a. kanadischer) Konzerne in diesem Bereich verortet, sowie von Megaprojekten, die negative Auswirkungen auf die Umwelt des Landes mit sich bringen würden (vgl. Bebbington 2012a: 11f.).

Das Gesetz erlaubt in- und ausländischen Bergbauunternehmen weiterhin Explorations- und Extraktionsaktivitäten durchzuführen und sichert dem Staat dabei mehr als die Hälfte der daraus resultierenden Profite. Von einer wachsenden Opposition (wie von der in Ecuador lange tätigen Umweltorganisation „Acción Ecológica“, der in einer umstrittenen Entscheidung kurzzeitig die Arbeitserlaubnis offiziell entzogen wurde), zum Teil auch von ehemaligen UnterstützerInnen Correas, wird das Gesetz aufgrund seiner „neoliberalen Ausrichtung“ stark kritisiert, weil es ausländische Direktinvestitionen anstatt Soziales und Umweltbelange bevorzuge, weil es die Extraktionsrechte über die der Gemeinschaftsrechte stelle, es den Tagebau erlaubt und letztlich die Biodiversität zerstöre, hat das Gesetz zu heftigen Kontroversen geführt. Interessanterweise hat der Vize-Minister für Bergbau, José Serrano Salgado, in einer Erklärung bezüglich der Proteste behauptet, dass das Gesetz notwendig sei, um mit den neoliberalen Politiken zu brechen und es ein effektives Mittel zur Rückeroberung der verlorengegangene Überschüsse darstelle (vgl. Kennemore; Weeks 2011: 275f.).

Der Verabschiedung des Bergbaugesetzes im Jänner 2009 ist daher eine lange Auseinandersetzung zwischen GegnerInnen des Bergbaus, dem Staat und multinationalen Bergbauunternehmen vorangegangen, die hier kurz skizziert werden soll, um ein gutes Beispiel der Ambiguität und der Grenzen im Reformprozess unter der Regierung Correa aufzuzeigen (vgl. Moore; Velásquez 2012: 113f.).

Ein wichtiger Aspekt bei den sozialen Konflikten, die durch geplante Bergbauprojekte im großen Stil aber auch durch die Expansion der extraktivistischen Aktivitäten im Erdölsektor zu Tage kommen, spielt die unterschiedliche Auslegung und der verwendete *Diskurs über Souveränität*: *‘[Anti-mining] [m]ovements and state appeals to sovereignty are [...] territorialized in rather different ways, and come into conflict when located and defined across different scales (local versus national, community versus state)’* (Moore; Velásquez 2012: 114).

Auf der einen Seite definieren GegnerInnen z.B. des Bergbaus Souveränität in einem lokalen Kontext, in dem die verschiedenen Völkern und Nationalitäten des Landes das Entscheidungsrecht über die Land-, Wasser- und Waldnutzung, insbesondere wenn sich diese Ressourcen auf ihren Territorien befinden, haben sollten. Sie setzen sich für eine starke Regulierung ein, die z.B. den Bergbau von Kupfer oder Gold im Bereich fragiler Ökosysteme und Quellgebieten verbietet. Gleichzeitig verorten manche AktivistInnen den Begriff auf einer nationalen Ebene, in dem sie darauf bestehen, dass wenn es eine Bergbau-

industrie gibt, diese dem ecuadorianischen Staat gehören muss. Etwaige Aktivitäten würden auch einer vorherigen Landnutzungsplanung unterliegen, die anderen Wirtschaftsaktivitäten bevorzugt.

Auf der anderen Seite beruht Correas Auffassung über Souveränität auf der Entscheidungsgewalt der nationalen Regierung über strategisch wichtige natürliche Ressourcen und darüber wie und von wem der Untergrund genützt wird, mit dem Ziel ihren Anteil an den Gewinnen durch die Extraktion dieser zur Finanzierung von sozialen Projekten zu erhöhen.

Zu den vehementesten VerteidigerInnen des Bergbaus zählt folglich der Präsident Correa selbst. In einer nationalen Radiosendung bezog er eine klare Position und meinte diesbezüglich:

‘ [...] in no way will we allow them to impede the exploitation of the resources that the country needs [...] it’s absurd to be sitting on top of hundreds of thousands of millions of dollars, and to say no to mining because of romanticisms, stories, obsessions or who knows what’ (Bebbington 2012a: 12).

Doch nicht alle Minister und Ministerinnen auf Regierungsebene sind mit diesem neuen Gesetz einverstanden, z.B. Correas erste Kommunikationsministerin und Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung, Mónica Chuji Gualinga, die nun als hartnäckige Gegnerin der amtierenden Regierung auftritt, sieht in dem neuen Gesetz einen klaren Widerspruch zwischen Theorie und Praxis. In einem Interview mit der Zeitschrift *EcoAmericas* 2009 meinte sie: *‘The law absolutely contradicts the model of [sustainable] living established in the constitution [...] Power has made the president change course, and now [his] goal is to win elections, not guide the country in a serious, committed way to true transformation’* (EcoAmericas 2009 zitiert nach Kennemore; Weeks 2011: 276).

Für eine vollständige Analyse der erfolgten politökonomischen Transformationen in den fünf Jahren der „Revolución Ciudadana“ ist es ebenfalls notwendig die Verwendung der verfügbaren Einnahmen zu analysieren, um infolge die Qualität und Reichweite der Sozialpolitik, vor allem hinsichtlich von Umverteilungsfragen beleuchten zu können. Die Verfassung und der Nationale Aktionsplan für das Gute Leben sieht ja die Etablierung eines sozialen, nachhaltigen und demokratischen Wirtschaftssystems vor (siehe Punkt 4.4). Vor diesem Hintergrund widmet sich der nächste Abschnitt den sozialpolitischen Reformen unter der Regierung Correa.

5.2 Sozialpolitische Reformen unter der Regierung Correa

Der zweite Eckpfeiler der neuen Wirtschaftspolitik unter Correa hängt, wie bereits erwähnt, stark mit den erzielten Mehreinnahmen aus der Ausweitung der extraktivistischen Tätigkeiten und der Rücknahme der Priorität des Schuldendienstes zusammen.

In diesem Zusammenhang etabliert die ecuadorianische Regierung unter Correa bereits in den ersten Monaten ihrer Regierungsperiode im Jahr 2007 eine Auditkommission zur Überprüfung der öffentlichen Schulden (Comisión para la Auditoría Integral del Crédito Público – CAIC).

In ihrem Endbericht, der im Dezember 2008 veröffentlicht wird, empfiehlt die Kommission der Regierung die zwei im Jahr 2000 ausgegebenen größten Staatsanleihen (Global 2012 und Global 2030) als illegal zu deklarieren. Ihr Hauptargument lautet, dass diese das Ergebnis der früheren Schuldenrestrukturierung sind und Schulden, die während der Militärdiktatur übernommen wurden und auch aus der Schuldübertragung vom Privatsektor zum öffentlichen Sektor (siehe Kapitel 3 – „sucretización“) beinhalten. Sie führt auch zahlreiche Irregularitäten während des Restrukturierungsprozesses an, wie z.B. das Fehlen eines Bieterverfahrens (vgl. Ray; Kozameh 2012: 6).

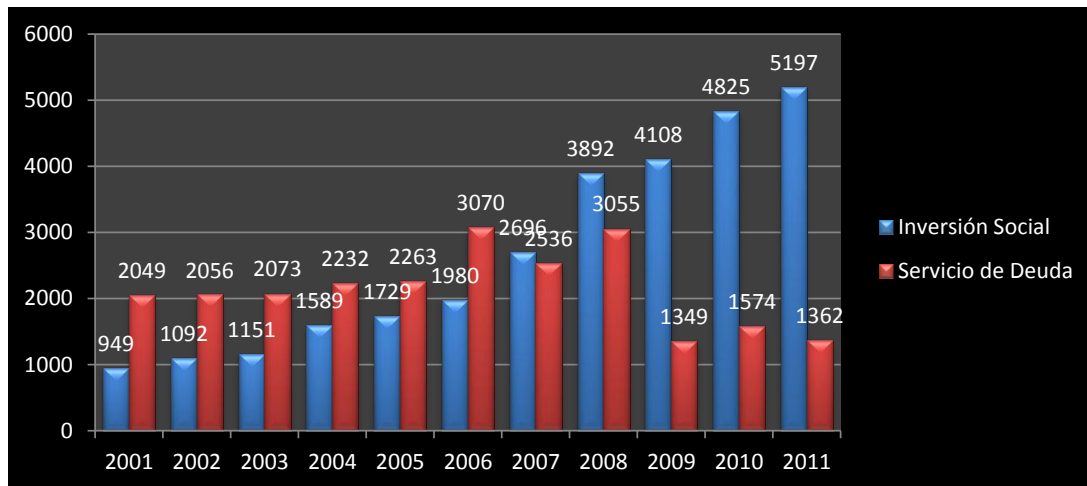
Im Juni 2009 wird von der ecuadorianischen Finanzministerin María Elsa Viteri der Rückkauf von 91% der Anleihen Global 2012 und Global 2030 zu 35% ihres Ausgabewertes verkündet. Hierfür zahlte der Staat ca. 1 Mrd. USD. Was als innenpolitischer Erfolg für die Regierung Correa gilt, bedeutet für das Land, dass es nur mit einem erheblichen Aufschlag am freien Geldmarkt Kredit bekommen kann, da es sich technisch gesehen, aufgrund der nicht Bedienung der im Markt verbleibenden Anleihen, im „default“ befindet (vgl. Auswärtiges Amt 2012: o.S.).

Der Zahlungsausfall hat in dem untersuchten Zeitraum kaum einen Einfluss auf den bereits niedrigen öffentlichen Schuldenstand (2001 betrug dieser noch 66,5% des BIP und 2007 nur noch 30,4% bzw. 2011 21,8%), sondern vielmehr auf den Anteil der Zinszahlungen am BIP, dieser verringert sich von 2% auf 0,9% – dadurch werden zusätzlich öffentliche Einnahmen für soziale Ausgaben „freigemacht“ (vgl. Ray; Kozameh 2012: 6).

Zudem münden die überaus hohen Deviseneinnahmen aus dem Erdöllexport in merklich höhere Ausgaben für den sozialen Bereich (vor allem in die Bereiche Bildung und Ge-

sundheit) im Zuge einer expansiven Fiskalpolitik, wie folgende Abbildung 4 deutlich macht: die öffentlichen Sozialausgaben steigen von 1.980 Mio. USD (rund 0,35% des BIP) im Jahr 2006 auf 5.197 Mio. USD (rund 3,8% des BIP) im Jahr 2011 an.

Abbildung 10: Vergleich der öffentlichen Sozialausgaben vs. Schuldendienst in Mio. USD (2001-2011)



Quelle: Machado 2012

Bildung und Gesundheit

Die Qualität der Schulbildung liegt in Ecuador historisch betrachtet hinter einigen Ländern der Region zurück und ist gekennzeichnet von geringen Ausgaben für den Bildungsbereich, hohe Quoten von Schüler und Schülerinnen welche die Schule frühzeitig abbrechen und vor allem von großen Unterschieden in Bezug auf den Zugang zu Bildung zwischen unterschiedlichen ökonomischen und ethnischen Bevölkerungsgruppen, sowie einem starken Stadt-Land Gefälle. Aufgrund dieser Problematiken wurde der 2006 unter dem vorangegangenen Präsidenten Alfredo Palacio erlassene „Zehnjahresplan der Schulbildung in Ecuador 2006-2015“ (*Plan Decenal de Educación de Ecuador*) als eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung 2007 implementiert. Hauptziele sind die Universalisierung der Vorschule (für Kinder zwischen 0-5 Jahre) und der Grundschulbildung zu erreichen, die Einschulungsquote auf 75% der SchülerInnen der Sekundarschulen anzuheben und den Analphabetismus zu beseitigen.

Die ecuadorianische Regierung hat um diese Ziele zu erreichen, das Gesetz für Finanzierung und Bildung (*Ley Orgánica de Financiamiento y Educación*) verabschiedet. Dieses

Gesetz sieht die jährliche Steigerung des Bildungsbudgets um 0,5% vom BIP bis 2012 bzw. bis die Höhe des Bildungsbudgets zumindest 6% des BIP erreicht hat. Im Rahmen des Zehnjahres-Programms steigt das Bildungsbudget von 2,59% des BIP in 2006 auf 5,59% in 2011 an. Zusätzlich werden alle Gebühren an öffentlichen Schulen abgeschafft, das Frühstücksprogramm ausgeweitet und die Regierung hat damit begonnen SchülerInnen mit gratis Schulbüchern, Schulmaterial und Uniformen auszustatten. Trotz dieser Reformen bleiben die Diskrepanzen der Abschlussraten zwischen den SchülerInnen nach fünf Jahren immer noch hoch: SchülerInnen aus dem ärmsten Quintil besuchen durchschnittlich nur 6,7 Jahre die Schule, während die aus dem wohlhabenderen Quintil im Durchschnitt 14,2 Jahre in die Schule gehen. Die Situation verschärft sich bei SchülerInnen aus ländlichen Gebieten und aus ethnischen Minderheiten gegenüber den urbanen Pendants zusätzlich. Laut dem offiziellen ecuadorianischen Statistikinstitut INEC (Instituto Nacional de Estadística y Censo) lag die Analphabetismus Rate bei der letzten Volkszählung 2010 landesweit bei 6,8%. Zwischen den Ethnien gibt es aber immer noch sehr starke Unterschiede: Indigene 20,4%, MontubierInnen 12,9%, AfroecuadorianerInnen 7,6%, Mestizen 5,1% und Weiße 3,7% (vgl. Machado 2012: o.S.).

Auch die Qualität der Schulbildung weist immer noch große Defizite auf, weshalb 2011 die Implementierung von landesweiten Bildungsstandards angekündigt wurde (vgl. Ray; Kozameh 2012: 17ff.).

Die Ausgaben im Gesundheitsbereich steigen ebenfalls zwischen 2006 und 2011, und zwar von 1,24% auf 2,17% des BIP. Dadurch konnte das Gesundheitsnetz stark ausgebaut werden. Durch die ausgedehntere Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen fließen in diesem Zeitraum jedoch durchschnittlich 64,6% des Budgets in die laufenden Kosten, was wiederum auch in diesem Bereich keine bedeutenden Qualitätssteigerungen zur Folge hat (vgl. Acosta 2012a: 66; Machado 2012: o.S.).

Ein weiterer Faktor für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit, Bildung und der Einkommen bildet auch die Ausweitung des „Bono de Desarrollo Humano“ Programms das 1998 in Ecuador in Zusammenarbeit mit der Weltbank etabliert wurde. Es handelt sich dabei um ein „Cash-transfer-Programm“, für Mütter mit Kindern unter 16 Jahren (oder alleinerziehende Väter), Personen über 65 Jahre bzw. Personen mit Behinderungen, die zu den unteren 40% der Einkommensverteilung zählen. Die Anzahl der Begünstigten dieses Programms steigt von rund 979 Tausend Menschen 2007 auf über 1,8 Mio. im Jänner 2012 an. KritikerInnen dieses Programms, sehen darin eine Ausweitung der klie-

telistischen und assistenzialistischen Transferprogramme, die unter den vorangegangenen Regierungen implementiert worden sind. Hinzu kommt, dass obwohl 2003 Bedingungen (regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen und regelmäßiger Schulbesuch) für den Erhalt des Geldtransfers festgelegt wurden, sich in der Praxis herausgestellt hat, dass diese nur bei der Registrierung bescheinigt werden müssen, und nicht während der gesamten Partizipation am Programm (vgl. Ray; Komazeh 2012: 15).

Ausbau der Infrastruktur

Das bereits erwähnte starke Wirtschaftswachstum von 2011 (7,8%) ist grossteils auf den Anstieg der staatlichen Investitionen im öffentlichen Sektor zurück zu führen: Während des gesamten Zeitraums 2007-2011 betragen diese knapp 24 Mio. USD – das Dreifache, verglichen mit den knapp 8 Mio. USD öffentlicher Investitionen zwischen 2001 und 2006. Diese Investitionen können als anti-zyklische Maßnahmen und als Instrument zur Abfederung der negativen Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, vor allem durch den kurzzeitigen aber starken Preisabfall des ecuadorianischen Erdölpreises, gesehen werden (vgl. Buendia 2010: 5).

Tabelle 3: Ecuador: BIP nach Industrie und Ausgabenkategorie, jährliches prozentuelles Wachstum (2004-2011)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Overall GDP	8.8	5.7	4.8	2.0	7.2	0.4	3.6	7.8
By Industry:								
Agriculture ¹	0.2	0.8	5.1	4.1	5.4	1.5	-0.2	5.9
Commerce	0.6	0.9	5.1	3.2	6.6	-2.3	6.3	6.3
Construction	0.3	0.6	3.8	0.1	13.8	5.4	6.7	21.0
Manufacturing	0.4	1.2	7.1	4.9	8.1	-1.5	6.7	6.9
Mining, Extraction, and Refining	6.3	0.1	3.1	-7.7	1.0	-2.4	-2.5	4.3
Public Administration ²	0.1	0.1	2.8	5.9	14.6	5.4	0.5	2.4
Transportation and Warehousing	0.2	0.2	5.2	3.1	5.4	3.7	2.5	6.1
Other Services ³	0.9	1.4	5.8	6.0	7.1	1.7	5.4	9.3
Other ⁴	0.9	0.5	3.5	4.7	11.8	-1.5	4.7	5.9
By Expense Category:								
Private Consumption	4.6	7.2	5.4	3.7	6.9	-0.7	7.7	5.9
Government Consumption	3.6	3.5	3.7	6.1	11.5	4.0	1.4	4.1
Gross Fixed Capital Formation	4.9	10.9	3.8	2.5	16.1	-4.3	10.2	12.3
Exports	15.1	8.6	8.8	2.3	3.3	-5.9	2.3	8.2
Imports	11.4	14.1	9.1	7.9	9.9	-11.6	16.3	0.7

Notes:

Source: Banco Central del Ecuador (No date – a).

¹ Agriculture also includes livestock, hunting, forestry, and fishing.

² Public administration also includes defense and social security.

³ Other Services include hospitality, communications, rental housing, business and household services, education, and health.

⁴ Other includes electricity and water provision, finance, and private households with domestic staff.

Quelle: Banco Central del Ecuador, zitiert nach Ray; Kozameh 2012: 3

Wie folgende Tabelle 3 zeigt, beruht ein wesentlicher Teil des BIP auf dem erzielten Wachstum im Bausektor, der 2011 einen Höchststand von über 40% Anteil am BIP erreicht hat.

Der erwähnte Bau-Boom ist auch eine Folge der Ausweitung des Zugangs zu Wohnraumfinanzierungs-Programmen wie „*Bono de la vivienda*“ bereits in 2007 und der unter günstigen Bedingungen vergebenen Hypothekendarlehen des Instituts der Sozialen Sicherheit (Instituto Ecuatoriano de Seguridad Social - IESS) ab der zweiten Jahreshälfte von 2009. Nach diesem Zeitpunkt verdoppelt sich bis 2011 die Gesamthöhe der gewährten Kreditsumme von 774 Mio. USD (in 2008 von privaten und anderen Banken) auf 1.462 Mio USD (in 2011), wovon alleine 766 Mio. USD vom IESS vergeben werden. Auch das Mikrokreditprogramm „*Crédito de Desarrollo Humano*“ wird signifikant ausgeweitet: während 2007 13 Mio. USD insgesamt knapp 38.000 Menschen zu Gute kommen, sind es 2011 34.5 Mio. USD für rund 82.000 EcuatorianerInnen (vgl. Ray; Kozameh 2012: 4f.).

Die insgesamt negative wirtschaftliche Entwicklung, die sich im Handelsbilanzdefizit Ecuadors manifestiert, und der „default“-Status am internationalen Finanzmarkt haben die Regierung unter Correa gezwungen, andere Quellen zur Finanzierung der expansiven Fiskalpolitik aufzusuchen. Darunter fällt auch der stark diskutierte Einfluss Chinas in der gesamten Region Lateinamerika und auch speziell in Ecuador. Im folgenden Exkurs über die Rolle Chinas in Ecuador wird diese „wirtschaftliche Beziehung“ genauer analysiert, um Schlussfolgerungen über mögliche Auswirkungen auf die Umsetzung des Buen Vivir ziehen zu können.

5.3 Exkurs: Die Rolle Chinas in Ecuador

In einer umfassenden Studie über Chinas Präsenz als Kreditgeber in Lateinamerika geben drei Forscher des Global Development and Environment Institute (GDAE) der Tufts University (Boston) einen Einblick in die Volumina, die Charakteristika und Zusammensetzung der Kredite Chinas an lateinamerikanische Länder sowie deren Konditionen und Umweltauflagen für den Zeitraum 2005 bis 2011 (Gallagher et al. 2012). Das ist insofern schwierig, als die zwei Hauptakteurinnen, die chinesische Entwicklungsbank (CDB) und die chinesische Export-Import Bank (China Ex-Im Bank) nicht regelmäßig Daten über ihre Tätigkeiten publizieren. Weiters vergleichen sie in ihrem Bericht die chinesischen

Kredite nach den genannten Faktoren, mit denen von „westlichen“ Kreditgebern, wie die von der Weltbank, der Inter-American Development Bank und der nordamerikanischen Export-Import Bank (US Ex-Im Bank).

Die Autoren gehen nach ihren Berechnungen davon aus, dass China der Region während des oben genannten Zeitraums insgesamt Kredite in Höhe von knapp 75 Mrd. USD gewährt hat, davon rund 80% von der CDB und rund 12% von der China Ex-Im Bank. Die restlichen 6% stammen von der Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) (ebd.: 5). Im Vergleich dazu hat die Weltbank rund 48 Mrd. USD und die Inter-American Development Bank (IDB) knapp 62 Mrd. USD an Krediten während des gleichen Zeitraums in dieser Region vergeben. Dabei fokussieren 87% der vergebenen Kredite der chinesischen Banken auf folgende Sektoren: Energie, Bergbau, Infrastruktur, Transport und Wohnungsbau, während die „westlichen Geber“ nur rund 30% ihrer Kredite an diese Sektoren vergeben. Stattdessen richten sich ihre Geldflüsse hauptsächlich an den Gesundheits- und Sozialsektor sowie an umweltbezogene Projekte (ebd.: 17).

Unterschiede gibt es auch bei den Zielländern. Zu den Kreditnehmern Chinas gehören Argentinien, Brasilien, Bolivien, Chile, Costa Rica, Peru, Jamaica, Venezuela und Ecuador, wobei 91% der Kredite allein an Venezuela, Brasilien, Argentinien und Ecuador flossen. Im Vergleich dazu erhielten vor allem Mexiko, Kolumbien und Peru Kredite der westlichen Banken.

Ecuador erhielt von den insgesamt 75 Mrd. USD folgende Kreditsummen von China:

Tabelle 4: Chinesische Kredite an Ecuador in Mio. USD (2009-2011)

Jahr	Kreditnehmer	Kreditgeber	Summe	Verwendungszweck
2009	Petroecuador	PetroChina	1.000	Vorauszahlung für Öl von Petroecuador
2010	Regierung	Ex-Im Bank	1.682,7	Wasserstaudamm Coca-Codo Sinclair
2010	Petroecuador	CDB	1.000	80% frei verfügbar, 20% ölgebunden
2010	Regierung	Ex-Im Bank	621,7	Wasserkraftwerk Sopladora
2011	Regierung	CDB	2.000	70% frei verfügbar, 30% ölgebunden
Total			6.304,4	

Quelle: Gallagher et al. 2012: 6 – eigene Zusammenstellung.

„Kredit-für-Öl“ – Politik Chinas

Interessanterweise erhielten allein Venezuela und Ecuador zusammen, 61% der gesamten vergebenen Kredite Chinas an Lateinamerika. Diese Zahl kontrastiert stark mit den von der Weltbank bzw. IDB vergebenen Krediten an diese Länder seit 2005: nur 13% (8, 485 Mio. USD) der IDB-Kredite in Höhe von 67,741 Mio. USD und weniger als ein Prozent (153 Mio. USD) der Weltbankkredite in Höhe von 53,365 Mio. USD richtete sich an sie (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Kredite der Weltbank, IDB und chinesischer Banken an ausgewählte Länder in Lateinamerika in Mio. USD (2005-2011)

Land	Summe Kredite	Weltbank	IDB	China
Venezuela	44,528	-	6,028	38,500
Ecuador	8,914	0,153	2,457	6,304
Brasilien	39,628	15,338	12,559	11,731
Mexico	27,410	14,739	11,671	1,000
Total	120,48	30,23	32,715	57,535

Quelle: Gallagher et al. 2012: 8 – eigene Zusammenstellung.

Zurückzuführen ist dies auf die oben genannte Rolle Chinas als „lender of last resort“ und auf seine „Kredit-für-Öl“ Politik die ab 2008 die Basis für drei der fünf Kredite an Ecuador (Höhe: 4 Mrd. USD) und fünf der sechs Kredite an Venezuela (Höhe: 32 Mrd. USD) bildet. Nur mit Brasilien hat China 2009 auch einen Kredit dieser Art abgeschlossen – in Höhe von 10 Mrd. USD. Bezogen auf diese drei Kredite für Ecuador wurde ersterer mit einem Zinssatz von 7,25%, der zweite von 6% und der dritte von 6.9% vereinbart. Auf den ersten Blick schienen diese Zinssätze hoch zu sein – ein Grund dafür liegt im Kreditausfall Ecuadors zwischen 2008 und 2009 bei seinen staatlichen Anleihen in Höhe von 3.2 Mrd. USD. Laut JP Morgan's verlangen anderen staatliche Kreditgeber von Ecuador einen Zinssatz, der bei 8,45% über den der Staatsanleihen liegt (JP Morgan 2011 zitiert nach ebd.: 16). Die chinesischen Banken fungieren hier durchaus als „lender of last resort“.

Entgegen der verbreiteten Kritik, dass diese „Kredit-für-Öl“ Politik schädlich für lateinamerikanische Kreditnehmer und Ölproduzenten sei argumentieren die Autoren, dass das

Gegenteil der Fall sei, da nicht im Vorhinein die Preise und die Anzahl der daraus zu liefernden Barrel festgelegt wird. Im Fall von Ecuador zum Beispiel verpflichtet sich die staatliche Erdölfirma Petroecuador täglich tausende Erdölbarrel an China zu verschiffen. PetroChina, eine chinesische Erdölfirma kauft dieses Öl im Zuge seiner Ankunft in China, d.h. zum aktuellen Tagespreis der am Markt dafür angeboten wird. 79% des Erlöses zahlt es auf das Konto der chinesischen Entwicklungsbank CDB von Petroecuador ein. Die CDB hebt dann das Geld direkt von diesem Konto ab, um damit den Kredit abzuführen. Daraus folgt, dass bei diesem Geschäft zwei staatliche Banken und zwei staatliche Erdölunternehmen involviert sind und davon profitieren. Im Vergleich zu Venezuela können Ecuador und Brasilien aufgrund der niedrigeren Kreditsummen einen höheren Anteil der Gewinne aus dem Verkauf des Erdöls behalten (ebd.: 14f.).

Die Autoren heben zwei Argumente hervor, die chinesische Kreditvergabe-Politik erklären. Erstens wird dadurch der Rohstoffbedarf Chinas adressiert. Allein durch diese sieben Kredite an Venezuela, Ecuador und Brasilien sichert sich China die Lieferung von rund 1,5 Mrd. Barrel Erdöl über die nächsten zehn Jahre – bei einem täglichen Verbrauch von rund 8 Mio. Barrel (2012) bedeutet diese Summe die Versorgung von immerhin 6.5 Monaten an Erdöl. Zweitens, und noch wichtiger vielleicht, ermöglicht diese „Kredit-für-Öl“ – Politik China Kredite an Kreditnehmer zu vergeben, die von den meisten Banken oder Ländern nicht als kreditwürdig erachtet werden (wie eben Venezuela und Ecuador ebd.: 8), indem das Ausfallrisiko durch diese Ölbindung reduziert wird und dadurch auch niedrigere Zinssätze möglich sind: *‘CDB can siphon interest directly out of the oil payment, ensuring that if the country wants to export oil to China, it will have to pay back the loan. Lower default risk means lower risk premiums and reduced interest rates’* (ebd.: 16).

Die Untersuchung der sonstigen Auflagen für die Gewährung chinesischer Kredite an lateinamerikanische Länder zeigt, dass China das Prinzip der „Nicht-Einmischung in nationale Angelegenheiten“ auf seine Kreditpolitik überträgt. Dies wird von vielen Regierungen (auch in Afrika) geschätzt, da es einer Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe näher komme, als bei Krediten von westlichen KreditgeberInnen, die die Einhaltung bestimmter Sozial- und Umweltstandards einfordern. Die chinesischen Auflagen richten sich fast immer auf die Verpflichtung der KreditnehmerInnen chinesisches Equipment in den Bereichen Bauwirtschaft, Telekommunikation, Satelliten, Öl und Eisenbahn. bzw. Dienstleistungen mit einem Teil der geliehenen Summe zu kaufen (ebd.: 19). Wie hoch diese Summe ausfällt kann beträchtlich variieren, wie anhand von zwei chinesischen Krediten

an Ecuador veranschaulicht werden kann:

Beim ölgebundenen Kredit in Höhe von 1 Mrd. USD von 2010 verpflichtete sich Ecuador 20% davon in den Erwerb chinesischer Güter und Dienstleistungen zu investieren. Im Vergleich dazu kann der knapp 1,7 Mrd. USD schwere Kredit für den Bau des Coca-Codo Sinclair Wasserkraftwerks als ein 100% Export-Kredit gesehen werden, denn damit muss Ecuador die chinesische Firma „Sinohydro“, die den Bau des Wasserkraftwerks leitet, bezahlen. Die zwei Wasserkraftwerke Coca-Codo Sinclair (Zinssatz 6,9% und 15 Jahre Laufzeit) und Sopladora 2010 sind Teil der nationalen Strategie Ecuadors zur Erreichung der Energieautonomie und weitgehender Energieunabhängigkeit von den Nachbarländern Peru und Kolumbien (ebd.: 13) und um eine Situation wie die von 2009 zu vermeiden, als es in Folge der anhaltenden Dürre zu wiederholten Stromausfällen aufgrund der limitierten Stromerzeugung vom damaligen größten Wasserkraftwerk des Landes (Paute) kam. Bis 2016 sollen 93% des nationalen Energieverbrauchs durch die Stromerzeugung von Wasserkraftwerken gedeckt werden. Dafür wurden unter der Regierung Correa elf neue Wasserkraftwerke geplant, davon sind drei schon fertig und acht befinden sich derzeit im Bau (vgl. El Telégrafo 2012a: o.S.).

Aus dieser kurzen Analyse über Chinas Rolle als Kreditgeber in Lateinamerika und speziell in Ecuador lässt sich sagen, dass China die westlichen KreditgeberInnen wie die Weltbank in dieser Funktion deutlich abgelöst hat. Dies ist im Fall Ecuadors insofern verständlich, weil die Regierung unter Correa bewusst mit dem „Erbe des Neoliberalismus“ brechen möchte, weil beide Länder an einen Ausbau ihrer Rohstoffsektoren und Infrastrukturprojekte interessiert sind und nicht zuletzt, weil Ecuadors „Auswahl“ aufgrund seiner geringen Kreditwürdigkeit auf den internationalen Finanzmärkten sehr beschränkt ist.

Inwiefern diese langfristige Verschuldung Ecuadors bei China die Umgestaltung des Wirtschaftssystems im Rahmen des Buen Vivir fördert ist fraglich. Die staatliche Verschuldung Ecuadors ist alleine zwischen 2009 und 2011 von 19,7% auf 30,7% des BIP angestiegen. Den Aussagen von Präsident Correa zu Folge ist auch eine Umkehrung dieses Trends nicht absehbar, im Gegenteil:

„[...] mientras más nos puedan prestar, mejor. Lo que necesitamos para el desarrollo es financiamiento y lo que más tenemos son proyectos rentables. [...] Somos complementarios con China, ellos tienen exceso de liquidez y escasez de hidrocarburos, nosotros tenemos exceso de hidrocar-

buros y escasez en liquidez. China financia a Estados Unidos, y pudieran sacar del subdesarrollo a Ecuador“ (Ecuador en Vivo 2012).

Nach diesem Exkurs über die Rolle Chinas in Ecuador steht am Ende der Analyse der sozialpolitischen Reformen unter der Regierung Correa der Bereich der Agrarpolitik und die Reichweite der tatsächlichen Armutsreduzierung im Mittelpunkt.

Agrarpolitik

Ein Drittel der ecuadorianischen Bevölkerung lebt am Land und ist auch Großteils in der Landwirtschaft tätig. Nichtsdestotrotz trug der Umsatz der Land- und Forstwirtschaft 2010 lediglich 3,395 Mrd. USD zum BIP des Landes bei (vgl. Auswärtiges Amt 2012: o.S.). Dies hängt einerseits damit zusammen, dass Ecuador durch eine sehr ungleiche Verteilung der Landwirtschaftsflächen gekennzeichnet ist: nur 5% der Bevölkerung konzentrieren 52% des gesamten Agrarlandes in ihren Händen während 60% der Kleinbauern auf einen Anteil von 6,4% der verfügbaren Agrarfläche kommt. Der Gini-Koeffizient veränderte sich zwischen 2006 und 2010 folglich nur minimal: von 0,83 auf 0,79 (je näher der Koeffizient bei Eins ist, desto größer ist die Ungleichheit) (vgl. SENPLADES 2012: 36). In den fünf Jahren der „Revolución Ciudadana“ ist es zu keiner Reform in diesem Sektor gekommen, es gibt auch keine wirklichen Indizien dafür, dass eine gerechtere Verteilung dieser Produktionsmittel geplant ist, denn Correa hat diesbezüglich gemeint, „dass die Verteilung von kleinen Agrarflächen der Verteilung von Armut gleichkommt, da diese unproduktiv und ineffizient seien“ (vgl. Acosta 2012a: 68).

Hier schließt sich die Regierungspolitik einer Entwicklung an, die nach Bowen (2011) mit der Formierung eines übergeordneten hegemonialen Projekt der Eliten des Landes zusammenhängt, das bis heute noch wirksam ist und grundlegende Transformationen wie die einer Landreform verhindert. Ab den 1990er Jahren, als soziale Bewegungen, angeführt von den unterschiedlichen Indigenen Bewegungen Ecuadors, zunehmend ihre Unzufriedenheit mit der nationalen Politik manifestieren und sich die Proteste im ganzen Land ausweiten, formiert sich das hegemoniale Projekt der Eliten, das hauptsächlich die drei Prinzipien Multikulturalität, ökonomischer Liberalismus und (repräsentative) Demokratie umfasst und zusammengefasst auf dem Konzept der „multikulturellen Marktdemokratie“ basiert. Diese Prinzipien dienen dazu die indigenen Völker Ecuadors in das politische System zu integrieren und gleichzeitig jene (radikaleren) Forderungen der Indigenen

Bewegungen wie vor allem wirtschaftliche Umverteilungsforderungen, welche die politischen und ökonomischen Machtquellen der Eliten gefährden, auszuklammern und beispielsweise aufgrund der Protestformen als undemokratisch zu delegitimieren (vgl. Bowen 2011: 452).

Armutsreduzierung

Nach der vorangegangenen Analyse der Verwendung der staatlichen Einnahmen unter der Regierung Correa, stellt sich abschließend die Frage, inwiefern die sozialpolitischen Reformen auch zu einer Armutsreduzierung beigetragen haben.

Zwischen dem Zeitraum 2007 und 2011 ist die nationale Armutsrate (gemessen am Einkommen) von 37,6% auf 28,6%, sprich um fast acht Prozentpunkte gefallen (siehe Tabelle 6). Große Unterschiede gibt es diesbezüglich jedoch zwischen der Armut am Land und in der Stadt: hier beträgt der jeweilige Anteil 25,9% bzw. 60,6% (2007) und 17,4% bzw. 50,9% (2011).

Tabelle 6: Armutsrate Ecuadors nach Einkommen (2006-2011)

		Poverty			Extreme Poverty		Gini Coefficient		
		Urban	Rural	National	Urban		Urban	Rural	National
2006	II	26.3%					49.3		
	III	25.6%					49.8		
	IV	25.9%	60.6%	37.6%			51.1	50.5	54.0
2007	I	24.3%					49.2		
	II	22.4%					52.3		
	III	22.0%			7.0%		50.1		
	IV	24.3%	61.3%	36.7%	7.9%		52.2	50.1	55.1
2008	I	26.2%			8.2%		48.4		
	II	23.3%	58.0%	35.0%	7.6%		49.7	48.0	52.5
	III	22.0%			7.4%		50.6		
	IV	22.6%	59.7%	35.1%	7.6%		48.3	47.9	51.5
2009	I	23.6%			7.4%		48.3		
	II	21.8%			6.7%		49.0		
	III	25.5%			8.6%		50.2		
	IV	25.0%	57.5%	36.0%	8.2%		48.2	45.5	50.4
2010	I	22.6%			6.5%		47.7		
	II	22.9%	52.9%	33.0%	7.9%		49.8	47.0	51.9
	III	22.7%			7.7%		48.2		
	IV	22.5%	53.0%	32.8%	7.0%		48.7	44.1	50.5
2011	I	21.4%			6.3%		47.7		
	II	19.2%			5.9%		47.3		
	III	18.0%			6.5%		46.0		
	IV	17.4%	50.9%	28.6%			44.1	45.6	47.0

Quelle: Banco Central del Ecuador; Instituto Nacional de Censos, zitiert nach Ray; Kozameh 2012: 15

Die Reduktion der Armut erscheint im ersten Blick beachtlich. Wenn man jedoch die nie dagewesene Höhe an Einnahmen bedenkt, die die Regierung Correa in diesen fünf Jahren im Vergleich zu früheren Regierungen zur Verfügung gehabt hat, die Priorisierung der Sozialausgaben vor den Schuldentilgungen bedenkt und die oben genannten Zahlen mit der Armutsreduzierung unter den vorangegangenen Präsidenten vergleicht – zwischen 2001 und 2006 ging die nationale Armut um 20, die ländliche Armutsrate um 11 und die in der Stadt um 19 Prozentpunkte zurück – relativiert sich diese Feststellung wieder.

Der letzte Abschnitt dieses Kapitels widmet sich einer speziellen „politökonomischen Reform“ im Bereich der Ressourcen- und Umweltpolitik Ecuadors unter der Regierung Correa: der Yasuní-ITT Initiative. Wie unter Punkt 5.1 analysiert wurde sind, trotz Protesten und lauter Kritik von Seiten der Zivilgesellschaft, die extraktivistischen Aktivitäten, während der letzten fünf Jahre, intensiviert und ausgeweitet worden. Im Zentrum des Spannungsverhältnisses zwischen dem „erstarkten“ Staat, der die alleinige Regulierung der nichterneuerbaren Ressourcen für sich beansprucht, und der Zivilgesellschaft, die jahrzehntelang gegen die Ausbeutung der Natur protestiert hat, stellt sich zugespitzt die Frage, „Wer *darf* für die Natur sprechen“? Muss es in dieser Beziehung automatisch zu einem „Null-Summen-Spiel“ kommen, in der die Machtsteigerung der einen Seite auf Kosten der Anderen geht? Die Natur spielt in diesem Kontext eine weitaus größere Rolle, als nur die einer „symbolischen Konfliktarena“: *‘[Nature] is central to the project of creating an alternative as it is simultaneously a source of economic value as well as a set of relations that underwrite the well-being of individuals as well as communities’* (vgl. Arsel; Angel 2012: 206).

5.4 Die Yasuní-ITT Initiative – Paradigmenwechsel oder Rückschritt?

Ein historisch einzigartiges Beispiel, wo ein langsames Umdenken auf ökonomischer, ökologischer und politischer Ebene sichtbar ist und welches – falls es umgesetzt werden sollte – langfristig die Interessen der Menschen und der Natur berücksichtigt ist die Yasuní-ITT Initiative. Sie ist deshalb bemerkenswert, weil sie das Potenzial dazu hat, einen neuen Mechanismus für Länder zu kreieren, mit dem diese ihre Bedürfnisse an natürlichen Ressourcen zu profitieren, ausbalancieren könnten.

Gleichzeitig werden anhand dieser Initiative auch die gegenwärtigen Konflikte und widersprüchlichen Aktivitäten rundum das Thema Extraktivismus in Ecuador nochmals deutlich. Zusammenfassend könnte man sagen, dass die unter Correa erlassenen Wirtschaftspolitiken, zu nicht erneuerbaren Energien und insbesondere zum Schutz der Umwelt, nicht zu einer breiteren Partizipation und Inklusion der Zivilgesellschaft geführt haben, sondern im Gegenteil die bestehenden sozialen Konflikte verschärft hat (vgl. Arsel; Angel 2012).

Im Kern der Initiative geht es darum, kein Erdöl aus den sogenannten Ishpingo-Tambococha-Tiputini (ITT) Feldern des 1979 gegründeten Nationalparks Yasuní zu fördern (dort befinden sich immerhin ca. 20% der gesamten Erdölreserven des Landes). Der Nationalpark umfasst heute rund 980.000 Hektar und befindet sich im östlichen Amazonasgebiet Ecuadors (Oriente) an der Grenze zu Peru. Im Jahre 1989 wurde dieser von der UNESCO (United Nations Education, Science and Cultural Organization) unter ihrem 'Man and the Biosphere Programme' aufgrund seiner einzigartigen Vielfalt und Bedeutung zur 'biosphere reserve for humanity' ernannt (vgl. Rival 2012: 158).

Dieser Vorschlag, ist ursprünglich in den 1990-er Jahren, im Zuge heftiger Auseinandersetzungen über die Erdölförderung im Amazonasgebiet, in der Zivilgesellschaft (z.B. durch Organisationen wie „Acción Ecológica“ und „Oil Watch“) entstanden und hat sich immer weiter entwickelt. Schließlich wurde die Initiative 2006, im Zuge des Wahlkampfes von Correa, in den Regierungsplan integriert und nach seinem Sieg, von Alberto Acosta, dem ersten Energie- und Umweltminister seines Kabinetts, offiziell zur Umsetzung aufgenommen.

Im September 2007 hat Rafael Correa, in einer Rede bei den Vereinten Nationen, die Initiative erstmals der internationalen Staatengemeinschaft präsentiert. Auf den ersten Blick scheint diese Idee „verrückt“ zu sein: Gerade Ecuador, ein „unterentwickeltes“ Land, das wie gezeigt wurde, sehr stark von den Erdöleinnahmen abhängig ist, soll, in einer global auch vom Erdöl abhängigen Wirtschaft, auf die Ausbeutung (eines Teiles) dieser Ressourcen verzichten? Betrachtet man die Initiative jedoch durch die Brille des Konzepts des „Buen Vivir“ wird klar, dass der Vorschlag den Weg dazu öffnet, menschliches Leben auf der Erde anders zu organisieren und er eine Post-Erdöl-Ökonomie ermöglichen soll. Eckpfeiler der Initiative sind der Schutz der bislang größten durch WissenschaftlerInnen nachgewiesenen biologischen Vielfalt im Amazonasgebiet (Oriente) inklusive des

Fortbestands nicht-kontakter indigener Gruppen³⁵ sowie einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz – bereits durch das Vermeiden (!) von rund 410 Mio. Tonnen CO₂, die bei der Erdölförderung emittiert werden würden – zu leisten (vgl. Acosta 2012b: 101f.). Als Ausgleich soll die internationale Gemeinschaft rund 50% des „entgangenen Gewinns“ (350 Mio. USD jährlich für einen Zeitraum von 13 Jahren) aus der Nichtförderung von 850 Mio. Barrel Rohöl und im Gegenzug für die dadurch vermiedenen Emissionen, in einen Treuhandfonds einzahlen. Dabei soll das Prinzip der gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung bezüglich der „ökologischen Schulden“ von Staaten zur Anwendung kommen, das heißt das die sogenannten Industrieländer einen weitaus größeren Anteil leisten müssen als andere, weniger industrialisierte Länder (vgl. Rival 2012: 163).

Sowohl in Ecuador selbst als auch international wurde die Initiative ambivalent aufgenommen. Auf nationaler Ebene wurden beispielsweise 2007 noch vom leitenden Manager des staatlichen Erdölkonzerns Petroecuador, hinter dem Rücken des damaligen Ministers für Energie und Bergbau, verpflichtende Verträge mit verschiedenen ausländischen Unternehmen zur Förderung des Erdöls aus diesem Gebiet unterzeichnet, die danach per Dekret vom Präsidenten aufgelöst wurden. Verschiedene AkteurInnen der Zivilgesellschaft Ecuadors fühlten sich auch vom Prozess von der Entwicklung, über die Bekanntmachung bis zur Adaptierung der Initiative weitgehend ausgeschlossen, da die Initiative hauptsächlich zwischen dem ecuadorianischen Staat und internationalen Akteuren auf institutioneller Ebene diskutiert wurde. Ihre Erwartungen an einen partizipativen und inklusiven Prozess, stützte sich unter anderem auf Artikel 95 der Verfassung, welcher „die Partizipation aller StaatsbürgerInnen als EntscheidungsträgerInnen bei der Planung und Entscheidung von Staatsangelegenheiten“ festlegt. Ein Faktor ist sicherlich, dass eine nicht unbedeutenden Anzahl an Personen mit zivilgesellschaftlichen Hintergrund, nach Correas Wahl, die „Reihen gewechselt“ hat, indem sie begonnen haben für den Staat zu arbeiten. Acosta gilt dabei als das prominenteste Beispiel. Dies hat zum Teil dazu geführt, dass die Zivilgesellschaft geschwächt wurde und ihre Agenda, vor allem bezüglich

³⁵ In Ecuador sind zwei indigene Gruppen die freiwillig in Isolation im Amazonasgebiet an der Grenze zu Peru leben bekannt: die Taromenani und die Tagaeri. Die Existenz weiterer Gruppen kann nicht ausgeschlossen werden. Ihr Lebensraum Mitten im Yasuni Park wird durch die geplanten Erdölaktivitäten bedroht, z.B. im sogenannten „Armadillo-Block“, obwohl laut Verfassung von 2008 jede Form extraktivistischer Tätigkeiten verboten ist wenn nachweislich nicht kontaktierte Gruppen dort leben. Weitere Bedrohungen bilden die Entwaldung und der illegale Holzraubbau, die sich ausbreitenden Monokulturen in der Landwirtschaft, unkontrollierte Siedlungsaktivitäten und illegaler Tourismus (vgl. Acosta 2012: 100,108).

der Umwelt- und Rechte, immer mehr in Vergessenheit geraten ist (vgl. Arsel; Angel 2012: 215f.). Parallel dazu, ist die Yasuní-ITT Initiative immer stärker mit Correa persönlich und seiner Regierung identifiziert worden:

‘Therefore, what had started as part of a long-standing indigenous and environmentalist resistance against oil exploitation in the Amazon and later became articulated as an idea of the civil society to reshape Ecuadorian democracy, had effectively been appropriated by a state machinery whose actions and processes – regardless of their intent – had marginalized the very people that advocated the proposal in the first place’ (vgl. Arsel; Angel 2012: 218).

International wurde die Initiative auf unterschiedlichen Ebenen breit diskutiert und vielfach gelobt (von den Vereinten Nationen, der OPEC, dem Weltsozialforum etc.), bis 2008 die Ablehnung des Projekts durch den deutschen Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, öffentlich wurde. Dies bedeutete insofern einen Tiefschlag, weil viele potenzielle UnterstützerInnen das deutsche Engagement für unumstößlich hielten (vgl. Acosta 2012b: 103f.). Seine Entscheidung stand zudem auch im Widerspruch zur breiten Unterstützung der SDP (Sozialdemokratischen Partei Deutschlands), der linken Parteien und der Grünen im deutschen Bundestag, die öffentlich die Bundesregierung dazu aufforderten die Yasuní-Initiative zu unterstützen. Das Ausbleiben von konkreten Zusagen internationaler Beiträge an die eigens dafür eingesetzte ecuadorianische Verhandlungskommission führte gleichzeitig dazu, dass in Ecuador parallel die Möglichkeit, also Plan B, verfolgt wurde und immer noch wird, d.h. zumindest ein Teil des im ITT-Gebiet gelagerten Erdöls zu fördern.

Weitere Rückschläge für die Initiative und ihre Glaubwürdigkeit waren das Fernbleiben Correas von der UN-Klimakonferenz COP-15 in Kopenhagen 2009 sowie eine „verfehlte Erklärung“ seinerseits Anfang 2010 *„[...] mit der er selbst die möglichen Geber_innen des Yasuni-ITT-Fonds angriff sowie die Auflösung der Verhandlungskommission und sogar den Rücktritt seines Außenministers auslöste“* (Acosta 2012b: 106). Was folgte war eine groß angelegte Desinformations- und Verleumdungskampagne gegen die Initiative, angeführt von RepräsentantInnen der Erdölkonzerne. Umfragen zeigen jedoch, dass die Mehrheit (über 60%) der ecuadorianischen Bevölkerung die Initiative unterstützt (vgl. Rival 2012: 168).

Nach weiteren Diskussionen über den Zweck der Renditen aus dem Treuhandfonds, der vom UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) verwaltet wird, wurden von der Regierung schließlich 2010 fünf Ziele ausformuliert und eine neue, weniger profilierte Verhand-

lungskommission unter der Leitung von Ivonne Baki eingesetzt. Als Ziel wurden 100 Millionen USD bis Ende 2011 festgelegt. Die Einnahmen daraus sollen erstens der Transformation des Energiemodells durch die Weiterentwicklung von erneuerbaren Energiequellen dienen. Zweitens sollen Schutzgebiete etabliert und erhalten sowie in die Wiederaufforstung bedeutender Flächen investiert werden. Das vierte Ziel spricht das Vorantreiben einer nachhaltigen sozialen Entwicklung in der Amazonasregion an. Schließlich sollen die Renditen auch in technologische Forschung einfließen.

Die institutionelle Ausgestaltung der Initiative veränderte sich also im Zeitverlauf mehrere Male, was nicht nur Unsicherheit hervorgebracht hat, sondern wiederum wenig Möglichkeiten für eine Partizipation und Mitbestimmung der Zivilgesellschaft geschaffen hat.

Bis Ende 2011 konnten einige Länder, darunter Chile, Peru, Australien, Belgien und Frankreich für das Projekt gewonnen werden. Manche der angekündigten Gelder gelten jedoch als umstritten, z.B. der Betrag von 50 Mio. USD in Form einer Umschuldung seitens der italienischen Regierung, der eine als illegitim angesehen Schuld beinhaltet oder die knapp 47 Mio. USD der deutschen Bundesregierung, die ausdrücklich nicht für den Yasuní-ITT Treuhandfonds, sondern für andere Projekte im Amazonasgebiet vorgesehen sind (vgl. Acosta 2012b: 105ff.).

Trotz dieser Erfolge besteht eine gewisse Inkohärenz der ecuadorianischen Regierung fort, die anhand von ambivalenten Aussagen des Präsidenten bezüglich der Initiative deutlich wird. Eine weitere Bedrohung für das Projekt, neben dem Druck der Ölkonzerne, ist auch die von manchen Politikern angestrebte marktförmige Finanzierung des Projekts durch die Kohlenstoffmärkte in Form des REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) Programms. Der Emissionshandel bedeutet nämlich eine weitere Inwertsetzung der Natur, anstatt den Umweltschutz zu fördern und der Umweltgerechtigkeit des Landes Rechnung zu tragen.

Die eigentliche Bedrohung der Initiative kommt laut KritikerInnen vom Staat selbst (vgl. Arsel; Angel 2012: 220f.). Denn während bei früheren staatszentrierten Wirtschafts- und Entwicklungsmodellen die Inwertsetzung der Natur als treibende Kraft für die sozioökonomische Entwicklung des Landes gesehen wurde und folglich die „Verwendung“ der Natur unter staatliche Kontrolle gebracht wurde, hat der ecuadorianische Staat nun damit begonnen, nicht nur die Rolle der Zivilgesellschaft als „Beschützerin der Natur“ zu kolonisieren, sondern auch ihren Raum in der Gesellschaft (‘societal space’).

In diesem Zusammenhang sind zwei voneinander unabhängige Dimensionen der Yasuní-Initiative bedeutend:

Erstens, stellt sich die Frage nach dem wirklichen Potenzial der Initiative, alte Wirtschafts- und Wertkonzepte zu transformieren, wenn diese Marktmechanismen zur Bezahlung von „Leistungen des Ökosystems“ umfasst.

Zweitens, ist die Ausweitung der staatlichen Aufgaben vom „bloßen“ Erlassen von Umweltschutzrichtlinien, hin zur „Übernahme des Umweltschutzes als Ganzes“, bedeutend.

Beide Dimensionen teilen die zentrale Funktion des Staates. Die Durchsetzung eines neuen Konzepts vom Wert der Umwelt, wie es die Yasuní-ITT Initiative vorschlägt, hängt in hohem Maß von der Bereitschaft und Fähigkeit des Staates diesen Wert zu „kreieren“ und durchzusetzen, ab. Kein andere/r AkteurIn kann dabei in dieser Art diese Rolle übernehmen. Auch bezüglich der zweiten Dimension, die mit der Verwurzelung der Rechte der Natur in der Verfassung zusammenhängt, spielt der Staat die Hauptrolle, denn: „ [...] *no other public or private body is capable of matching the state's unique capability to create and enforce a constitution*” (Arsel; Angle 2012: 222).

Diese Beobachtungen weisen darauf hin, dass der Eintritt des ecuadorianischen Staates in diesen traditionellen Bereich der Zivilgesellschaft (Schutz der Natur) und die darauf folgende schrittweise Exklusion der AkteurInnen kein Zufall ist. Bezogen auf die Analyse der Entwicklung der Yasuní-ITT Initiative ist folgendes damit gemeint: Sobald eine Strategie zur staatlichen Richtlinie formuliert wird, die den Staat als Hauptakteur, wenn nicht als einzigen Akteur definiert, der aufgrund seiner Macht Schritte setzen kann, die nur seine Aktivitäten als bedeutsam erscheinen lassen, kommt es zu einer Negierung jeglicher Möglichkeiten für eine sinnvolle Partizipation und Inklusion. Mit anderen Worten: *‘Once the polity is defined as the state’s – because according to the constitution and the Ecuadorian laws the only one that can take decisions about the extraction of oil is the state – the only one that has the political ability to promote or not the initiative is the state’* (Arsel; Angle 2012: 222).

Correa hat nicht nur einmal darauf hingewiesen, dass der Staat die möglichen Einnahmen (rund 700 Mio. USD) aus der Erdölförderung dieses Gebietes unter anderem für den Bau von Schulen, Krankenhäusern und Staudämmen benötigt.

Angesichts dieser Entwicklungen und Unsicherheiten über die Aufgaben der unterschiedlichen Akteure, ist eine Intensivierung der sozialen Konflikte in Ecuador zu erwarten.

Ob das Erdöl im Yasuní Park im Boden gelassen oder nur teilweise abgebaut wird ist noch offen und hängt einerseits von der Höhe der internationalen Ausgleichszahlungen und andererseits von den Entscheidungen der Regierung und letztendlich der ecuadorianischen Bevölkerung ab, denn laut Verfassung könnte der Präsident einen Antrag bei der Nationalversammlung (Parlament) für die Erlaubnis der Erdölförderung in diesem Gebiet stellen und diese wiederum eine Volksabstimmung dazu veranlassen (vgl. Acosta 2012b: 111).

6. Conclusio

„Básicamente estamos haciendo mejor las cosas con el mismo modelo de acumulación, antes que cambiarlo, porque no es nuestro deseo perjudicar a los ricos, pero sí es nuestra intención tener una sociedad más justa y equitativa.“

Präsident Rafael Correa, 15.01.2012 (El Telégrafo 2012b)

Ecuador hat seit den 1990er Jahren, mit dem Aufkommen der Indigenen Bewegung und den sozialen Protesten gegen die vorherrschende Wirtschaftspolitik und gesellschaftliche Ordnung, wie in Kapitel 3 und 4 aufgezeigt und analysiert wurde, einen bemerkenswerten Wandel durchgemacht. Die Verabschiedung einer neuen Verfassung 2008 hat Ecuador theoretisch als Staat und Gesellschaft neu „gegründet“ und durch die Verankerung des Buen Vivir als Leitprinzip, einen fundamentalen Transformationsprozess eingeleitet. Die Etablierung des Konzepts des Buen Vivir hat insbesondere die Grundprinzipien des bisherigen Wirtschaftsmodells (Wirtschaftswachstum und materieller Wohlstand als Endziel) und auch den konventionellen Entwicklungsbegriff in Frage gestellt sowie eine Diskussion über alternatives Wissen und kulturelle Praktiken eröffnet. Gleichzeitig wurde, auf dieser Ebene auch die Basis zur Bekämpfung von historischen sozialen, ökonomischen und politischen Ungleichheiten gelegt.

Praktisch gesehen sind aus einer politökonomischen Perspektive, viele der angestrebten Reformprozesse, wie in Kapitel 5 diskutiert wurde, traditionellen Paradigmen unterlegen, so dass im analysierten Zeitraum (2007-2011) wenige Transformationen, die mit einer Umsetzung des Buen Vivir verbunden sind, stattgefunden haben. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Folgende Punkte, die mit den ökonomischen Strukturen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen des Landes in Verbindung stehen, können als bedeutende, limitierende Faktoren bei der Umsetzung der „Revolución Ciudadana“ und letztendlich des Buen Vivir in Ecuador genannt werden: Die mangelhafte Umsetzung einiger Reformen, die Fortführung und sogar Ausweitung des auf dem Abbau von Rohstoffen basierenden Wirtschaftsmodells, die zunehmende Opposition gegen die Regierung und die gleichzeitig niedrige politische Toleranz letzterer gegenüber ihren KritikerInnen (vgl. Kennemore; Weeks 2011).

Die Intensivierung extraktivistischer Tätigkeiten nimmt, wie in Kapitel 5 aufgezeigt wurde, in der ecuadorianischen Regierung des Präsidenten Correa eine zentrale Stellung ein. Dabei wird die „nationale politische Agenda“ gegenüber territorialen Ansprüchen priorisiert und auf diskursiven Weg bzw. mittels physischer Kraft durchgesetzt. Anstatt die von diesem Sektor ausgehenden negativen Umwelteinflüsse und die Konflikte rund um den Erhalt der Lebensgrundlage der betroffenen Bevölkerung durch eine verstärkte Regulierung zu minimieren, bezieht sich der Großteil der Reformen auf die Ausweitung der Rohstoffförderung. Bemerkbar ist dabei eine feindselige Haltung gegenüber all jenen, die sich für Umweltgerechtigkeit und letztendlich für die Ziele des Buen Vivir einsetzen. Die Rechtfertigungen dafür sind mannigfach und reichen vom „Aufruf zur Souveränität“, der Behauptung der Notwendigkeit dieser Einnahmen aus dem Extraktivismus bis hin zur Verunglimpfung von KritikerInnen der betriebenen Ressourcen- und Umweltpolitik, als „kindisch, dumm, selbstüchtig und terroristisch“ (vgl. Bebbington 2012b: 221f.).

Wie im vorangegangenen Kapitel aufgezeigt wurde führten Richtlinien wie das neue Bergbaugesetz von 2009 zu einer zunehmenden Opposition und Entfremdung einstiger UnterstützerInnen von Correa. Diese stammt nicht so sehr aus dem Elitesektor der Gesellschaft, sondern vielmehr aus sozialen Gruppen, die besonders von den Auswirkungen dieser Maßnahmen betroffen sind: Indigene und UmweltschützerInnen, die bereits eine Tradition in der Massenmobilisierung im Auftreten gegen neoliberale Politiken haben. So auch die CONAIE, die 2010 folgendes deklariert hat: *„Manifestamos que el gobierno de Rafael Correa es falso socialista traidor, populista, genocida, fascista a los principios del sumak kawsay, además encubre el colonialismo del siglo XXI.“* (CONAIE: 2010 o.S.).

Der Umstand, dass nur 5% der Gesamtbevölkerung Ecuadors in der eher abgelegenen Amazonasregion leben und sozusagen „direkt“ von den Folgen der extraktivistischen Aktivitäten betroffen ist, ist in diesem Zusammenhang ein nicht unbedeutender Faktor. Das in Kapitel 3 angesprochene Phänomen der *Regionalisierung* des Landes scheint nach wie vor aktuell zu sein.

Anstatt das Akkumulationsmodell grundlegend zu transformieren (hin zu einer solidarischen Ökonomie) wird – legitimiert durch eine stärkere Staatsintervention und Sozialpolitik – der Extraktivismus progressiver Regierungen Lateinamerikas wie der Correas, intensiviert. Ziel ist es in mittlerer Frist vom Extraktivismus loszukommen durch das wi-

dersprüchliche Mittel, den Extraktivismus heute zu stärken, um zukünftig diversifizieren zu können.

Zu beobachten ist daher in Wirklichkeit was Ulrich Brand als „lateinamerikanische Paradoxie“ bezeichnet:

„Die ‚lateinamerikanische Paradoxie‘ der progressiven Regierungen besteht darin, dass ihnen der politische Spielraum zuvorderst durch eine verstärkte Weltmarktintegration über die Produktion bzw. Förderung und den Verkauf von Agrargütern, fossilen Energieträgern oder Mineralien ermöglicht wird. Die Wirtschaftskommission der UNO für Lateinamerika (CEPAL) nennt das eine ‚Rückkehr des Kontinents zur Primärgüterproduktion‘. Es kommt in diesem Kontext flächendeckend zu einer verstärkten Naturausbeutung durch nationale oder transnationale Unternehmen. Auf kritische Hinterfragung oder offenen Widerstand gegen dieses Modell reagieren die Machthaber oft repressiv. Dabei **klaffen Verfassungsnormen und -wirklichkeiten in zentralen Fragen weit auseinander, die postulierten Transformationsprozesse sind zu oft Makulatur**“ (Brand 2011: o.S. – Hervorhebung EA).

Dieser Umstand wird auch als „Neo-Extraktivismus“ bezeichnet. „Neo“ daher, weil obwohl die lateinamerikanische Linke in der Vergangenheit die einseitige Rohstofforientierung ihrer Ökonomien scharf kritisierte, hat sie diese nun selbst, mit den Neuerungen, dass der Staat die Abschöpfung der Rohstoffrenten dominiert und eine aktive Sozial- und Wirtschaftspolitik betreibt, zur zentralen Grundlage ihres Wirtschafts- und Politikmodells gemacht. Viele Kontinuitäten sind jedoch weiterhin erkennbar: die bereits genannte starke Weltmarkteinbindung und strategische Orientierung auf den Rohstoffsektor – mit gravierenden ökologischen Konsequenzen – aber auch die fehlende wirtschaftliche Diversifizierung sowie die Nichtbeseitigung grundlegender sozialer Ungleichheiten, wie die Umverteilung der Produktionsmittel.

In Ecuador wird eine Diversifizierung der Akkumulationsbasis zusätzlich durch die bestehende *Dollarisierung* erschwert, da die Zentralbank nicht einfach die Wechselkursrate ändern kann, um damit Ecuadors Exporte am Weltmarkt wettbewerbsfähiger zu machen oder um dadurch den Aufbau einer nationalen Industrie, die gegenüber den Importen konkurrenzfähig ist, zu fördern. Offiziell wird die Dollarisierung nicht in Frage gestellt. In den fünf Jahren hat die Regierung keinerlei Anstrengungen unternommen, um wieder eine eigene Währung zu implementieren.

Es stellt sich hier die Frage nach den Gründen, die diese Entschlossenheit den Extraktivismus weiter voranzutreiben, erklären können (vgl. Bebbington 2012b: 221f.).

Ein grundlegender Faktor, der zum besseren Verständnis des Phänomens „der lateinamerikanischen Paradoxie“ beiträgt, besteht laut Bebbington (2012b) darin, dass die Art und Weise wie die Regulierung von extraktivistischen Tätigkeiten erfolgt, stark von der vorangegangenen nationalen politischen Ökonomie, also den *historischen Erfahrungen*, abhängt (vgl. Bebbington 2012b: 223). Das historische Erbe Ecuadors hat, wie in Kapitel 3 aufgezeigt wurde, das Entstehen von Institutionen bzw. die Aneignung von notwendigen Fähigkeiten zur Verwaltung einer Erdölwirtschaft nicht gerade begünstigt. Einerseits fehlte der über Jahrzehnte hinweg agrarisch geprägten Ökonomie die Erfahrung auf dem extraktivistischen Sektor, andererseits führte die starke politökonomische Regionalisierung des Landes mit den unterschiedlichen und mächtigen regionalen Eliten zu keiner übergreifenden Hegemonie und somit auch nicht zum langsamen Aufbau von Institutionen, wie dies bei manchen Kaffeeökonomien (z.B. in Brasilien) der Fall gewesen ist.

Im Gegenteil, jahrelange Konflikte, Klientelismus, Korruption und wechselnde Allianzen sind ständige Begleiter in der politökonomischen Entwicklung Ecuadors. Somit ist der Kontext in den 1970er Jahren, als schlagartig die Förderung des Erdöls und die Ausbeutung der Natur im Amazonasgebiet beginnt, von schwachen politischen Institutionen und einem schwachen öffentlichen Sektor geprägt – dem auch noch jedwede Erfahrung mit dem Management von extraktivistischen „Booms“ fehlt. Die Folge ist eine weitere Krisenanfälligkeit und politökonomische Instabilität im Zuge der wirtschaftlichen Expansion.

Dies erklärt auch das fehlende Vertrauen vieler Teile der ecuadorianischen Gesellschaft in die Fähigkeiten des Staates eine effektive und inklusive Entwicklung, basierend auf den extraktivistischen Aktivitäten, zu garantieren. Auf der anderen Seite haben wichtige Innovationen und Reformen im Bereich der Regulierung dieses Sektors (wie z.B. die Umsetzung der Pflicht der vorherigen Konsultation in manchen Gebieten), aufgrund fehlender personeller und/oder fiskalischer Ressourcen, nur auf der gesetzlichen und nicht auf der praktischen Ebene stattgefunden (vgl. Orihuela; Thorp 2012: 42f.).

In gewisser Weise könnte den „progressiven“ Regierungen Lateinamerikas auch unterstellt werden, dass sie, aus einer makroökonomischen Perspektive betrachtet, in der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ihren *größten komparativen Vorteil* sehen. Hinzu

kommt die Vorstellung, dass es einfacher sei die Erlöse aus den extraktivistischen Tätigkeiten zu kontrollieren und sich anzueignen, als von weiter verstreuten und schwieriger zu steuernden Einnahmequellen, wie aus dem informellen Sektor oder aus anderen wirtschaftlichen Aktivitäten in einem kleineren Maßstab.

Ein weiterer Grund, der die gezielte Intensivierung dieses Wirtschaftssektors erklären könnte, lässt sich auf der politischen Ebene finden: die *zentralisierten Einnahmen* sind attraktivere Ressourcen für die Finanzierung von öffentlichen Dienstleistungen, da sie „effektiver“ im Sinne der Zuordenbarkeit und folglich in der Generierung von politischem Kapital agieren. Mit anderen Worten: dadurch *lassen sich einfacher WählerInnen gewinnen*, als durch weniger zentralisierte („bottom-up“) Maßnahmen, finanziert aus alternativen Einnahmequellen.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass im Februar 2013 die nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Ecuador stattfinden. Dies kann mit ein Grund sein, weshalb die Regierung unter Correa keine radikaleren Transformationen vor allem hinsichtlich einer Umverteilung der Produktionsmittel, wie durch eine Agrarreform, umgesetzt hat.

Schließlich könnten diese Regierungen (bspw. auch Evo Morales in Bolivien, Hugo Chávez in Venezuela), obwohl sie sich sehr wahrscheinlich durchaus über die Risiken und die negativen Auswirkungen des Extraktivismus im Klaren sind, einfach davon überzeugt sein, dass mit modernen Technologien und zeitgemäßen Verfahren „alles anders wird“: *‘[...] [they] feel that **this time** they can do things differently, and in that way appease movements’ concerns about government’s ability to ensure adequate regulation of extraction, to protect citizens’ rights and to share the benefits of extraction more broadly’* (Bebbington 2012b: 222 – Hervorhebung im Original).

Diese Ansicht ist insofern problematisch, weil sie dazu verleitet ein auf der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen orientiertes Wirtschaftssystem als einzige Option darzustellen und außer einer verstärkten Nationalisierung der Einnahmen daraus und der Industrialisierung dieser Aktivitäten, keine substantielle Veränderung der ökonomischen Struktur fördert (vgl. Bebbington 2012b: 222).

Legitimiert wird das vorangetriebene Wirtschafts- und „Entwicklungsmodell“ der Regierung, das als „Extraktivistische Sozialdemokratie“ bezeichnet werden kann, wie bereits

erwähnt wurde, primär durch die aus den Erlösen der Erdölexporte finanzierten Programme zur Armutsbekämpfung. Zu kritisieren ist hier, dass soziale Gleichheit dadurch ausschließlich auf die Dimension der ökonomischen Verteilungsgerechtigkeit reduziert wird. Dies steht in Diskrepanz zu den Zielen des Buen Vivir, wo ausdrücklich von demokratischer Partizipation und Umweltgerechtigkeit die Rede ist. Die Bekämpfung von Armut führt also weiterhin zu einem Trade-off mit der Erhaltung der Natur.

Aufgrund der mangelhaften Umsetzung vieler Reformen, wie die der Ausbreitung der demokratischen Partizipation und der Intensivierung des Extraktivismus anstatt der Transformation der ökonomischen Basis, ist die Glaubwürdigkeit der Regierung nicht nur auf nationaler, sondern auch zunehmend auf internationaler Ebene bedroht. Zudem stellt sich bei der andauernden Abhängigkeit von ausländischer Investition und Kapital die Frage, inwieweit die *Nachhaltigkeit der neuen Reformen* auf lange Sicht überhaupt gegeben sein kann, denn die sozialpolitischen Anstrengungen und Umverteilungspolitiken bedürfen einer sicheren ökonomischen Basis, um langfristig erfolgreich sein zu können (vgl. Kennemore; Weeks 2011: 278f.).

Der Weg zum Post-Extraktivismus

Gefordert wird von KritikerInnen des extraktivistischen Wirtschafts- und Entwicklungsmodell keine vollständige Unterlassung jeglicher Aktivitäten im Rohstoffsektor, sondern wie Eduardo Gudynas herausgearbeitet hat, das Zurückfahren derselben auf einen „minimalen Extraktivismus“ (vgl. Gudynas 2012: 147ff.).

Derzeit erleben wir, so der Wissenschaftler, der die Debatte über die Nachhaltigkeit des extraktiven Wirtschaftsmodells in Lateinamerika ausgelöst hat, entweder einen „plündernden“ oder einen „behutsamen Extraktivismus“. Ersterer ist gekennzeichnet durch eine starke Präsenz multinationaler Konzerne, welche die sozialen und ökologischen Folgekosten ihres Rohstoffabbaus externalisieren und die von den südamerikanischen Regierungen zur Finanzierung ihrer Sozialprogramme akzeptiert wird.

Beim „behutsamen Extraktivismus“ werden zumindest bestimmte Umwelt- und Arbeitsstandards eingehalten sowie geeignete Technologien zur Minimierung der Umweltfolgen eingesetzt. Es bleibt zumindest auch ein Teil der Wertschöpfung im Land und die sektor-

spezifischen Investitionen und Kapitalflüsse werden transparent gemacht (z.B. durch Einhaltung der EITI – Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft).

Der „minimale Extraktivismus“ geht als „Teil einer Alternative zu Entwicklung“ über diese konventionellen Entwicklungsmodelle hinaus. Die stark reduzierten extraktivistischen Aktivitäten *„[...] müssen sozialen und ökologischen Anforderungen entsprechen, direkt mit nationalen oder regionalen Produktionsketten in Verbindung stehen und Verbrauchsnetzen für eine wirkliche Verbesserung der Lebensqualität zu Gute kommen“* (Gudynas 2012: 149). Es geht also darum, dass die Bergbauförderung zuallererst der lokalen bzw. nationalen Nachfrage dient und der Verbrauch dieser Ressourcen direkt mit der Lebensqualität und dem Schutz der Natur (durch geringeren Material- und Energieverbrauch aufgrund der Reduzierung) verbunden ist.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die in Kapitel 5 analysierten Transformationsprozesse vielmehr einen post-neoliberalen Charakter als den einer „Revolución“ haben. Die Schwerpunktsetzung einer expansiven Fiskalpolitik, die sich vor allem in der umgesetzten Sozialpolitik des Landes widerspiegelt, stellt eine klar „sichtbare“ Gegenbewegung zur vorangegangenen Wirtschaftspolitik dar. Die ambitionierten Ziele der Verfassung unter dem Leitprinzip des Buen Vivir bleiben jedoch größtenteils auf der Strecke: *‘The left wing administration of Correa seems trapped between its proclaimed progressive commitment to [...] social groups and the fiscal revenue needed to deliver national development dreams’* (Orihuela; Thorp 2012: 43).

Um auf das Eingangszitat dieser Arbeit zurück zu kommen, in dem Daniel Bell behauptet, dass „die Wirtschaft nur so gerecht sein kann, wie das kulturelle Wertsystem, als dessen Teil sie sich fühlt“, spielt auch diese „kulturelle Dimension“ meiner Meinung nach bei der mangelnden Umsetzung des Buen Vivir in Ecuador eine bedeutende Rolle. Mit anderen Worten: es stellt sich die Frage, in wie fern die aktuellen Prozesse und die umgesetzten Reformen zu einer Veränderung der Vorstellungen und Werte, die sich während der vorangegangenen Neoliberalen Dekaden in den Gesellschaften verankert haben (Individualismus-Ideologien, Konsumismus, die „Vermarktung“ der Zivilgesellschaft etc.), beigetragen haben (vgl. Escobar 2010: 8).

Arturo Escobar (2010), ein Vertreter des Post-Development Ansatzes, ortet das Scheitern der Umsetzung des Buen Vivir in Ecuador in den Widersprüchen und Spannungen zwischen dem vorherrschenden „Neo-Developmentalism“ und dem „Post-Development“. Er

versteht unter „Neo-Developmentalism“ jenes Verständnis von Entwicklung, das die Grundprinzipien vom Entwicklungsdiskurs (wie es in Punkt 4.2 ausgearbeitet wurde) nicht in Frage stellt. Post-Development steht im Vergleich dazu für das Öffnen von sozialen Räumen, in denen diese Vorstellungen wie von manchen Sozialen Bewegungen, herausgefordert und bestritten werden (vgl. Escobar 2010: 20).

Auf Ecuador bezogen, hat das Konzept des Buen Vivir genau diesen konzeptionellen Bruch mit dem konventionellen Entwicklungsdenken hervorgebracht (kollektives Wohlbefinden statt individueller Wohlstand, die Anerkennung von Plurinationalität und Interkulturalität sowie den Subjektstatus der Natur, um ein paar Aspekte zu wiederholen).

Die von der Regierung umgesetzten Politiken haben jedoch in ihrem Kern immer noch eine umfassende Ausrichtung auf Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für „Entwicklung“, wie die Reformen rund um die staatliche Regulierung der strategischen Felder (Energie- und Kohlenwasserstoff, Bergbau etc.) gezeigt haben. Durch diese Herangehensweise werden von vornherein kulturelle und umwelttechnische Kriterien, die dem Konzept des Buen Vivir zu Grunde liegen sowie alternatives Wissen im Umgang mit diesen Sektoren ausgenommen (vgl. Escobar 2010: 22).

Es besteht noch eine große Diskrepanz und fehlende Koheränz zwischen den angestrebten Transformationen und der Realität. Es scheint, dass: *‘[...] the ‘profound cultural shift’ [...] of SK [sumak kawsay] has not been realised at a national level, as modernity and progress continue to have the same values as they did under (neoliberal) developmentalism’* (Radcliffe 2012: 247).

7. Literaturverzeichnis

Acosta, Alberto (2006) [2. Auflage]: Breve historia económica del Ecuador. Quito: Corporación Editora Nacional.

Acosta, Alberto (2009) : La Maldición de la Abundancia. Quito: Ediciones Abya-Yala.

Acosta, Alberto (2010): Sólo imaginando otros mundos, se cambiará éste. Reflexiones sobre el Buen Vivir. In: Revista Sustentabilidades. Vol. 2, 2010. <http://www.sustentabilidades.org/revista/publicacion-02/solo-imaginando-otros-mundos-se-cambiara-este-reflexiones-sobre-el-buen-vivir> (Zugriff 24.2.2012)

Acosta, Alberto (2012a): El retorno del Estado. Primeros pasos postneoliberales, mas no postcapitalistas. La Tendencia N° 13, abril-mayo, Quito, 63-73.

Acosta, Alberto (2012b): Hindernisse der Yasuní-ITT Initiative. Eine Interpretation aus der Perspektive der politischen Ökonomie. In: FDCL - Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – Rosa-Luxemburg-Stiftung [Hrsg.]: Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika, Berlin: FDCL-Verlag, 98-114.

Alianza País (2006): Plan de Gobierno del Movimiento PAÍS 2007-2011. Un primer gran paso para la transformación radical del Ecuador. Quito. Online verfügbar: http://www.montecristivive.ec/portal/index.php?option=com_docman&task=doc_details&gid=127&Itemid=118 (Zugriff 10.05.2012)

Arsel, Murat; Angel, Natalia Avila (2012): “Stating“ Nature’s Role in Ecuadorian Development. Civil Society and the Yasuní-ITT Initiative. Journal of Developing Societies 28, 2 (2012), 203-227.

Ataç, Ilker; Lenner, Katharina; Schaffar, Wolfram (2008): Kritische Staatsanalyse(n) des globalen Südens. In: Mattersburger Kreis [Hrsg.]: Periphere Staatlichkeit. Kritische Staatstheorie der Schwellenländer: Theoretische Konzepte und Anwendungen. Journal

für Entwicklungspolitik XXIV 2-2008, Wien: Mandelbaum, 4-9.

Auswärtiges Amt (2012): Ecuador – Wirtschaft. http://www.auswaertiges-amt.de/sid_B6A6F0F3E12EADEB9F07F6D6E16E8AE1/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Ecuador/Wirtschaft_node.html (Zugriff 20.06.2012)

Azzellini, Dario (2007) [2. Auflage]: Venezuela Bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts? Köln [u.a.]: Neuer ISP-Verlag.

Bebbington, Anthony (2012a): Extractive industries, socio-environmental conflicts and political economic transformations in Andean America. In: Bebbington, Anthony (2012) [Hrsg.]: Social conflict, economic development and the extractive industry: evidence from South America. 1st. ed., Oxford: Routledge, 3-26.

Bebbington, Anthony (2012b): Conclusions. In: Bebbington, Anthony (2012) [Hrsg.]: Social conflict, economic development and the extractive industry: evidence from South America. 1st. ed., Oxford: Routledge, 214-225.

Becker, Joachim (2003): Politische Ökonomie. Modul 5. Globaler Kapitalismus. <http://www.wu.ac.at/vw3/downloads/telematik/politischeoekonomie5.pdf> (Zugriff 28.06.2012)

Becker, Joachim (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg: Metropolis.

Becker, Joachim (2008): Der kapitalistische Staat in der Peripherie: polit-ökonomische Perspektiven. In: Ataç, Ilker; Lenner, Katharina; Schaffar, Wolfram [Hrsg.]: Kritische Staatsanalyse(n) des globalen Südens. Journal für Entwicklungspolitik XXIV 2-2008, 10-32.

Becker, Joachim et al. (2007): Variationen kapitalistischer Entwicklung. In: Becker, J. et al. [Hrsg.]: Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, 7-62.

Bernecker, Walther (o.J.): Der "Cepalismo": Eine regionale Wirtschaftstheorie und Entwicklungsstrategie. <http://www.orient.uni-erlangen.de/kultur/papers/berneck.htm> (Zugriff 7.7.2012)

Bhaskar, Roy (1998) [1979, 1999]: The Possibility of Naturalism. A Philosophical Critique of the Contemporary Human Sciences. Brighton: The Harvester Press.

Boris, Dieter (2001): Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts. Hamburg: VSA.

Boris, Dieter (2007): Staaten in der Peripherie – Das Beispiel Lateinamerika. In: Becker et al. (Hrsg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, 243-259.

Bowen, James D. (2011): Multicultural Market Democracy: Elites and Indigenous Movements in Contemporary Ecuador. Cambridge University Press: Journal of Latin American Studies 43, 451- 483.

Brand, Ulrich (2009): Entwicklung, Staat und Zivilgesellschaft. In: ÖFSE [Hrsg.]: Staat und Entwicklung. Wien: Südwind Verlag, 67-74.

Brand, Ulrich (2010): Der Staat als soziales Verhältnis. In: Lösch, Bettina; Thimmel, Andreas [Hrsg.]: Kritische Politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach: Wochenschauverlag, 145-156.

Brand, Ulrich (2011): Alternativen zu Entwicklung.
<http://www.rosalux.de/news/37436/alternativen-zu-entwicklung.html> (Zugriff 11.6.2012)

Buendia, Fernando (2009): Transición Postneoliberal en el Ecuador: Hacia un Sistema Económico para el Buen Vivir. In: Politiques socioéconomiques de la gauche en Amérique latine, Revue Vie Economique, Vol 1, Nr. 3, 1-10. http://www.eve.coop/mw-contenu/revues/4/33/RVE_vol1_no3_EcuadorES.pdf (Zugriff 15.3.2012)

CONAIE (2007): Propuesta de la CONAIE frente a la Asamblea Constituyente, Principios y lineamientos para la nueva constitución del Ecuador. Por un Estado Plurinacional, Unitario, Soberano, Incluyente, Equitativo y Laicos. Quito.

CONAIE (2010): Declaración al Pie de Taita Imbadura y Mama Cotocachi los Pueblos y Nacionalidades Indígenas del Ecuador frente a la Cumbre de los Presidentes del ALBA-TCP con „Autoridades indígenas y afrodecendientes“. Quito, 2010.

Cortez, David; Wagner, Heike (2010): Zur Genealogie des indigenen >>guten Lebens<< (>>*sumak kawsay*<<) in Ecuador. In: Gabriel, Leo; Berger, Herbert [Hrsg.]: Lateinamerikas Demokratien im Umbruch. Wien: Mandelbaumverlag, 167-202.

Ecuador en Vivo (2012): El Endeudamiento con China no tiene límite y es necesario para el país, dice Correa. <http://www.ecuadorenvivo.com/2012021786631/> (Zugriff 23.6.2012)

El Telégrafo (2012a): Correa supervisa proyecto hidroeléctrico Coca-Codo Sinclair. http://www.telegrafo.com.ec/index.php?option=com_zoo&task=item&item_id=47278&Itemid=2 (Zugriff 23.7.2012)

El Telégrafo (2012b): El desafío de Rafael Correa. Evaluación personal del Presidente de la República del Ecuador tras cinco años de mandato. o.S. Online verfügbar: http://www.telegrafo.com.ec/index.php?option=com_zoo&task=item&item_id=26719&Itemid=107 (Zugriff 20.7.2012)

El Universo (2009): Partidocracia y reciclaje marcan futura Asamblea. <http://www.eluniverso.com/2009/07/19/1/1355/A9BEDBB534B446389CA8C68C29DB7B08.html> (Zugriff 5.8.2012)

EP Petroecuador – Empresa Pública de Hidrocarburos del Ecuador (2010): El Petróleo en Ecuador. <http://www.eppetroecuador.ec/idc/groups/public/documents/archivo/001138.pdf> (Zugriff 10.7.2012)

Ernst, Tanja; Schmalz, Stefan (2009): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden: Nomos.

Escobar, Arturo (2010): Latinamerica at the crossroads: alternative modernizations, post-liberalism, or post-development? Cultural Studies 24 (1), 1-65.

Flacso (2011): Archivo de Lenguas y Culturas del Ecuador. Lenguas. http://www.flacsoandes.org/archivo_lenguas/index.php?option=com_content&view=article&id=70%3Aresumen-de-lenguas-en-el-ecuador&catid=31&Itemid=1&lang=es (Zugriff 2.07.2012)

Frauley, Jon; Pearce, Frank (2007): Critical realism and the social sciences: methodological and epistemological preliminaries. In: Frauley, Jon; Pearce, Frank [Hrsg.]: Critical realism and the Social Sciences. Heterodox Elaborations. Toronto [u.a.]: University of Toronto Press, 3-29.

Freire, María Belen (2012): Economic Diversification: The Case of Ecuador. New York: Revenue Watch Institute.

Gallagher, Kevin P.; Irwin, Amos; Koleski, Katherine (2012): The New Banks in Town: Chinese Finance in Latin America. Inter-American Dialogue Report. <http://www.thedialogue.org/page.cfm?pageID=32&pubID=2870&s> (20.7.2012)

Georgetown University (2008): Constitution of Ecuador 2008. <http://pdpa.georgetown.edu/Constitutions/Ecuador/ecuador08.html> (Zugriff 14.05.2012)

Gobierno de Ecuador (o.J.): Plan Nacional para el Buen Vivir 2009-2013. <http://plan.SENPLADES.gob.ec/objetivo-11> (Zugriff 22.2.2012)

Gordillo, Ramiro (2004): Petróleo y medio ambiente en el Ecuador. In: Fontaine, Guillaume (Hrsg.): Petróleo y desarrollo sostenible en Ecuador. 2. Las apuestas. Quito: Flacso, Sede Ecuador, 45-56.

Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte. Bd. 1. Hamburg/Berlin: Argument.

Gramsci, Antonio (1992): Gefängnishefte. Bd. 4. Hamburg/Berlin: Argument.

Gramsci, Antonio (1994): Gefängnishefte. Bd. 6. Hamburg/Berlin: Argument.

Gramsci, Antonio (1996): Gefängnishefte. Bd. 7. Hamburg/Berlin: Argument.

Gudynas, Eduardo (2009): Politische Ökologie: Natur in den Verfassungen von Bolivien und Ecuador. In: Juridikum 2009/4, 214-218.

Gudynas, Eduardo (2011a): Buen Vivir: Germinando alternativas al desarrollo. In: América Latina en movimiento, Nr. 462, Febrero 2011, 1-18.
http://www.economiasolidaria.org/files/Articulo_Buen_Vivir_alai462.pdf (Zugriff 20.2.2012)

Gudynas, Eduardo (2011b): Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen. In: Kurswechsel 3/2011, 69-80.

Gudynas, Eduardo (2012): Post-Extraktivismus und Transitionen auf dem Weg zu Alternativen zu Entwicklung. In: FDCL e.V. (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika) & Rosa-Luxemburg-Stiftung [Hg.]: Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika, Berlin: FDCL-Verlag, 144-161.

Gudynas, Eduardo; Acosta, Alberto (2010): El buen vivir más allá del desarrollo. In: Quehacer Nr. 181, 70-81. http://www.desco.org.pe/apc-aa-files/6172746963756c6f735f5f5f5f5f5f/11_Gudynas_181.pdf (Zugriff 20.2.2012)

Guillén, Diana (2010): Auf dem Weg zu einem alternativen Staats- und Gesellschaftsprojekt? Überlegungen zur jüngsten Vergangenheit Ekuadors. In: Mattersburger Kreis [Hrsg.]: Soziale Bewegungen im integralen Staat in Lateinamerika. Journal für Entwicklungspolitik XXXVI 1/2010, Wien: Mandelbaum, 101-129.

Henderson, Paul (1997): Cocoa, Finance and the State in Ecuador, 1895-1925. In: Bulletin of Latin American Research, Vol. 16, No. 2, 169-186.

Hoffman, Karl-Dieter (2008): Erdöl als Entwicklungsfaktor in Ecuador. Fluch oder Segen? <http://www.bpb.de/internationales/amerika/lateinamerika/44743/erdoel?p=0> (Zugriff 1.7.2012)

Huanacuni, Fernando Mamani (2010): Buen Vivir / Vivir Bien. Filosofía, políticas, estrategias y experiencias regionales andinas. Coordinadora Andina de Organizaciones Indígenas – CAOI, o.S. <http://www.reflectiongroup.org/stuff/vivir-bien> (Zugriff 22.2.2012)

Hurtado, Osvaldo (2011): Economía Política en la Democracia Ecuatoriana. Temas de Economía y Política – Tomo 18. Quito: Cordes.

Ibarra, Hernán (2010): Den Staat neu gründen. Verfassungsprozesse in Lateinamerika. Quito: Centro Andino de Acción Popular.

INEC – Instituto Nacional de Estadística y Censos (2010): Censo 2010. <http://www.inec.gob.ec/estadisticas/> (Zugriff 7.07.2012)

Kennemore, Amy; Weeks, Gregory (2011): Twenty-First Century Socialism? The Elusive Search for a Post-Neoliberal Development Model in Bolivia and Ecuador. In: Bulletin of Latin American Research, Vol. 30, No. 3, 267-281.

Kolmas, Kathi (2012): China Invests in Ecuador, But at What Cost? <http://www.revenuwatch.org/news/china-invests-ecuador-what-cost> (Zugriff 1.10.2012)

Kuppe, René (2010): Das Ringen um Recht: vom liberalen zum plurinationalen Konstitutionalismus. In: Gabriel, Leo; Berger, Herbert [Hrsg.]: Lateinamerikas Demokratien im Umbruch. Wien: Mandelbaumverlag, 111-144.

Lefebver, Louis (1985): El fracaso del desarrollo: introducción a la economía política del Ecuador. In: Lefebver, Louis (1985) [Hrsg.]: Economía política del Ecuador. Campo, Región, Nación. Quito: Corporación Editora Nacional, 1. Kapitel.

León T., Magdalena (2010): Reactivación económica para el Buen Vivir: un acercamiento. In: America Latina en Movimiento, Nr. 452, Febrero 2010, 23-26. Online verfügbar:

<http://decrecimientoybuenvivir.files.wordpress.com/2011/01/reactivacion-economica-para-el-buen-vivir.pdf> (Zugriff 21.2.2012)

Machado, Decio (2012): Las élites económicas: los verdaderos beneficiarios del Gobierno de Rafael Correa. www.rebelion.org/docs/145047.pdf (Zugriff 4.5.2012)

Maldonado, Carlos Larrea (1987): Auge y crisis de la producción bananera (1948-1976). In: Maldonado, Carlos Larrea (Hrsg.): El banano en el Ecuador: transnacionales, modernización y desarrollo. Quito: Corporación Nacional Editora, 37-66.

Martín-Mayoral, Fernando (2009): Estado y mercado en la historia de Ecuador. Desde los años 50 hasta el gobierno de Rafael Correa. Nueva Sociedad, N° 221, mayo-junio 2009, 120-136.

Merkens, Andreas (2010): Hegemonie, Staat und Zivilgesellschaft als pädagogisches Verhältnis. Antonio Gramscis Politische Pädagogik. In: Lösch, Bettina; Thimmel, Andreas [Hrsg.]: Kritische Politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach: Wochenschauverlag, 193-204.

Moore, Jennifer; Velásquez Teresa (2012): Sovereignty negotiated. Anti-mining movements, the state and multinational mining companies under Correa's '21st Century Socialism'. In: Bebbington, Anthony (2012) [Hrsg.]: Social conflict, economic development and the extractive industry: evidence from South America. 1st. ed., Oxford: Routledge, 112-133.

Mora, Enrique Ayala (2008) [3. Auflage]: Resumen de historia del Ecuador. Quito: Corporación Editora Nacional.

Müller, Hans-Peter (2007): Max Weber. Köln: Böhlau Verlag.

Novy, Andreas; Jäger, Johannes (o.J.): Internationale Politische Ökonomie. www.lateinamerika-studien.at/content/wirtschaft/ipo/pdf/theorien.pdf (Zugriff 6.7.2012)

OPEC (2012): Annual Statistical Bulletin 2012. Vienna.

Orihuela, José Carlos; Thorp, Rosemary (2012): The political economy of managing extractives in Bolivia, Ecuador and Peru. In: Bebbington, Anthony (2012) [Hrsg.]: Social conflict, economic development and the extractive industry: evidence from South America. 1st. ed., Oxford: Routledge, 27-45.

Ortiz, Gonzalo (2011): Erdölfirmen verlassen Ecuador.
<http://www.klimaretter.info/wirtschaft/hintergrund/7864-erdoelfirmen-verlassen-ecuador>
(Zugriff 20.09.2012)

Pühretmayer, Hans; Puller, Armin (2011): Grundlagen sozialwissenschaftlicher Denkweisen. Wien: Universität Wien, Fakultät für Sozialwissenschaften.
<http://www.univie.ac.at/sowi-online/esowi/cp/denkenpowi/denkenpowi-titel.html> (Zugriff: 10.7.2012)

Redextractivas (2012): Los nuevos contratos de servicios en Ecuador.
<http://www.redextractivas.org/es/2012-02-10-17-31-28/2012-02-02-17-13-23/los-nuevos-contratos-de-servicios-en-ecuador.html> (Zugriff 16.12.2012)

Radcliffe, Sarah A. (2012): Development for a postneoliberal era? Sumak kawsay, living well and the limits to decolonisation in Ecuador. *Geoforum* 43 (2012), 240-249.

Ray, Rebecca; Kozameh, Sara (2012): Ecuador's Economy since 2007. Washington: Center for Economic and Policy Research.
<http://www.cepr.net/index.php/publications/reports/ecuadors-economy-since-2007>
(Zugriff 10.10.2012)

Rival, Laura (2012): Planning development futures in the Ecuadorian Amazon. The expanding oil frontier and the Yasuní-ITT initiative. In: Bebbington, Anthony (2012) [Hrsg.]: Social conflict, economic development and the extractive industry: evidence from South America. 1st. ed., Oxford: Routledge, 153-171.

Schaller, Sven; Cacsire de Schaller, Romina Luz Hermoza (2008): Umpolung am Äquator. Ecuadors Suche nach einer stabilen politischen Verfassung. <http://www.quetzal->

leipzig.de/lateinamerika/ecuador/umpolung-am-aquator-ecuadors-suche-nach-einer-stabilen-politischen-verfassung-19093.html (Zugriff 15.06.2012)

Schodt, David (1991): Export Agriculture and Economic Development: Ecuador during the Banana Boom, 1945-1965. <http://lasa.international.pitt.edu/members/congress-papers/lasa1991/files/SchodtDavid.pdf> (Zugriff 10.07.2012)

SENPLADES (2012): 5 años de Revolución Ciudadana. Plan Nacional para el Buen Vivir. Quito.

SENPLADES (o.J.): Objetivos para el Buen Vivir. Objetivo 11. <http://plan.SENPLADES.gob.ec/objetivo-11> (Zugriff 15.3.2012)

Wagner, Christoph (2000): Amartya Sen (*1933). Entwicklung als Freiheit - Demokratie gegen Hunger. E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr.4, April 2000, 116-119.

Walsh, Catherine (2010): Development as Buen Vivir: Institutional arrangements and (de)colonial entanglements. In: Society for International Development, 2010, 53(1), 15–21.

Williamson, John (1990): What Washington Means by Policy Reform. In: Williamson, John [Hrsg.]: Latin American Adjustment: How Much Has Happened? Washington, D.C.: Institute for International Economics. Auch online verfügbar unter: <http://www.iie.com/publications/papers/paper.cfm?researchid=486> (Zugriff 7.7.2012)

Wolff, Jonas (2008): Zur jüngsten Geschichte Ecuadors. Von gestürzten Präsidenten, beständigen Krisen und dem Überleben einer chronisch instabilen Demokratie. <http://www.bpb.de/internationales/amerika/lateinamerika/44739/geschichte?p=all>

Zamosc, Leon (2007): The Indian Movement and Political Democracy in Ecuador. In: Latin American Politics and Society, Vol. 49, Nr. 3, 1-34.

8. Anhang

8.1 Zusammenfassung

Der lateinamerikanische Andenstaat Ecuador befindet sich in einem tiefgreifenden Wandlungsprozess. Verschiedene Gruppen der Indigenen Bewegung Ecuadors haben es seit der Jahrtausendwende geschafft durch ihren Diskurs und ihre Fähigkeit andere soziale Schichten zu mobilisieren, eine breite Transformation in die Wege zu leiten. 2008 kulminierte dieser Prozess in der Verabschiedung einer neuen Verfassung, die auf dem Leitprinzip des Buen Vivir basiert. Das Konzept des Buen Vivir hat insbesondere das bisherige Wirtschaftsmodell und das konventionelle Entwicklungsverständnis in Frage gestellt sowie eine Diskussion über alternatives Wissen und kulturelle Praktiken eröffnet. Erstmals weltweit wurden der Natur institutionell Rechte anerkannt.

Nach über fünf Jahren (2007-2011), die die neue Regierung unter Rafael Correa nun an der Macht ist, möchte ich mit meiner Arbeit eine Art Zwischenbilanz ziehen und aus einer politökonomischen Perspektive untersuchen, welche ökonomischen Strukturen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse eine Umsetzung des Buen Vivir in Ecuador limitieren (bzw. fördern). Der Fokus liegt dabei auf dem Bereich der Umwelt- und Ressourcenpolitik Ecuadors, weil genau darin, in der Umgestaltung des Akkumulationsregimes, der Prüfstein für die Transformation des Landes liegt. Nach einer Ausführung der politökonomischen Entwicklung Ecuadors (1830-2006), der Vorstellung des Konzepts des Buen Vivir und der Analyse der politökonomischen Transformationen und Reformen unter Correa wird schließlich gezeigt, wieso die ambitionierten Ziele der Verfassung unter dem Leitprinzip des Buen Vivir größtenteils auf der Strecke geblieben sind.

Schlagwörter:

Ecuador, Buen Vivir, Politische Ökonomie, Kritischer Realismus, Regulationstheorie, Staatlichkeit in der Peripherie, Soziale Bewegungen, Rafael Correa, (Post-) Development, Ressourcen- und Umweltpolitik, Yasuní-ITT Initiative

8.2 Abstract

The Andean state of Ecuador in Latin America is going through a profound process of change. Since the turn of the millennium, different groups of the Indigenous Movement from Ecuador have succeeded in enabling a broad transformation process through their discourse and capability of mobilising other social groups. This process culminated in 2008 in the adoption of a new constitution, which is based on the concept of Buen Vivir as the guiding principle. The concept of Buen Vivir has particularly challenged the previous economic model and the conventional understanding of development and has furthermore opened a discussion about alternative knowledge and cultural practices. For the first time worldwide, nature has been granted institutional rights.

In my diploma thesis, I want to draw up an interim balance of the more than five years (2007-2011) during which the new government under Rafael Correa has been in power in Ecuador. From a political-economic perspective I will analyse which economic structures and balance of forces limit respectively support the implementation of Buen Vivir in Ecuador. The focus is on the environmental and resource policies, as the touchstone of the country's transformation lies precisely therein: in the redesign of the regime of accumulation. After an outline of the political and economic development of Ecuador (1830-2006), the presentation of the concept of Buen Vivir and an analysis of the political-economic transformation and reforms under Correa, I will finally show why the ambitious goals based through the constitution on the concept of Buen Vivir as the guiding principle, have largely come to nothing.

Subject Headings:

Ecuador, Buen Vivir, Political Economy, Critical Realism, Regulation Theory, Statehood in peripheral Countries, Social Movements, Rafael Correa, (Post-) Development, Environmental and Natural Resources Policy, Yasuni-ITT Initiative

8.4 Curriculum Vitae

Emily Amann BSc



I. Persönliche Daten

Geburtsdatum/-ort:

10.03.1988, in Wien

E-mail:

emily.amann@gmx.net

Staatsbürgerschaft:

Österreich

II. Ausbildung

Seit Oktober 2007

Universität Wien: Diplomstudium **Internationale Entwicklung**

Oktober 2007 - November 2011

Wirtschaftsuniversität Wien: Bachelorstudium Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Studienzweig **Volkswirtschaft**

1998 - 2006

Bundesgymnasium Blumenstraße, Bregenz

Sprachlicher Schwerpunkt (Engl., Franz., Latein, Span.)
Matura mit Auszeichnung

1995 - 1998

Volksschule Schendlingen, Bregenz & Volksschule Lochau

1994 - 1995

Volksschule López Ferreiro, Santiago de Compostela (E)

III. Berufserfahrung

Seit März 2012

Projektmanagerin bei ICEP – Institut zur Cooperation bei Entwicklungs-Projekten, Wien

Oktober 2011 - Februar 2012

Praktikum bei ICEP – Wirtschaft und Entwicklung, Wien

August 2011

Praktikum Valartis Bank, Liechtenstein

April 2011

Dolmetscherin für Gäste aus Nicaragua, Welthaus Wien

Juli 2009

Volontariat im Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend – Abteilung C2/11 Multilaterale Handelspolitik, Wien

August - September 2008

Hübler Bordgastronomie, Bregenz

Juli - August 2006 & 2007

Bregenzer Festspiele – Publikumsservice, Bregenz

Juli 2005

Pfänder-Kiosk – Verkauf & Bedienung, Bregenz

IV. Auslandsaufenthalte

Sept. 2006 - Juni 2007

Freiwillige Sozialarbeit im Sanatorio von Viña del Mar, Chile

2005

Sprachwoche in Barcelona

2003/2004

Schulaustausch mit Holland / Frankreich

V. Fremdsprachenkenntnisse

- Englisch
- Spanisch
- Französisch
- Portugiesisch

Sehr gute Kenntnisse in Wort und Schrift

Fließend in Wort und Schrift (Muttersprache)

Grundkenntnisse

Anfängerkenntnisse